

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

22. Sitzung vom 13. Oktober 2008 • von 18.00 bis 0.05 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Gfeller Konrad, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
39 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 20
Zweidrittelsmehr: 26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Doris Becker, Gemeinderätin
Matthias Jauslin, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat
Paul Huwiler, Gemeinderat
Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende
Abteilungsleiter
Peter Lehmann
Hansruedi Bircher
René Bossert
Franco Corsiglia
Beat Herzog

Entschuldigungen
Külling Harold, Vizeammann
Bächer Andy

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11112 betr. Wohlen erklärt sich zur Stadt / Kreditbewilligung für die begleitenden Massnahmen
3. Kenntnisnahme 11115 betr. Finanzplan 2008 - 2012
4. Bericht und Antrag 11114 betr. Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Wohlen
5. Motion 11094 betr. Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG

169 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Eingänge:

Gfeller Konrad, Präsident: eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 25. August 2008 zu verzeichnen:

- Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Wohlen
- Finanzplan 2008-2012 der Einwohnergemeinde Wohlen
- Antwort zur Anfrage 11116 betr. Behördenpropaganda des Gemeinderates
- Bericht und Antrag 11117 Aufhebung des Einbürgerungsreglements und Ergänzung des Geschäftsreglements
- Einladung für die heutige Einwohnerrat-Sitzung
- Sitzungsdaten des Einwohnerrates 2009
- Einladung Wirtschafts Anlass vom 27. November 2008
- Einladung Neuzuzüger Anlass vom 25. Oktober 2008
- Protokoll der 20. Einwohnerratssitzung vom 16. Juni 2008
- Bericht der Finanzkommission zum Voranschlag 2009
- Schreiben vom 30. September 2008 betr. Voranschlag 2009
- Bericht der Finanzkommission zum Finanzplan 2008-2012
- Anfrage 11118 betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision - Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen

Mitteilungen

Gfeller Konrad, Präsident: Seit dem 20. September 2008 trägt eine Einwohnerrätin einen neuen Namen. Dies kommt vor, wenn sich zwei Menschen das Ja-Wort geben. Im Namen des Einwohnerrates gratuliere ich Frau Corinne Manimanakis ehemals With zur Vermählung und wünsche ihr und ihrem Mann alles Gute und mögen die Vorstellungen, Ziele und Wünsche in Erfüllung gehen.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich weiss, die heutige Sitzung ist gut befrachtet, also packen wir es an.

Entgegen der Traktandenliste schlage ich Ihnen vor, das Traktandum 5 - Motion 11094 betr. Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG den anderen Traktanden vorzuschieben. Bestehen dagegen Einwände, bitte ich diese zu melden, ansonsten beginnen wir mit diesem Traktandum. Der restliche Ablauf findet gemäss Einladung statt.

170 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Motion 11094 betr. Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG

Gfeller Konrad, Präsident: Ich möchte gerne noch vorgängig erwähnen, dass Herr Alain Thiébaud ein längeres Votum halten wird. Ich hoffe, es gibt hier im Einwohnerrat keine juristischen Auseinandersetzungen, denn dies ist nicht der richtige Ort dafür. Es geht hier um die Motion und die Kompetenz zur Tarifgestaltung und um die Übertragung oder Nichtübertragung an den Einwohnerrat.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte Ihnen gerne eine Übersicht über die Gründe geben, welche zu dieser Motion geführt haben.

1. Fehlende Transparenz

Im Rahmen der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben, dazu gehört unter anderem auch die Stromversorgung, muss die IBW Rechenschaft über ihre Tätigkeit und die Verwendung der notwendigen Mittel ablegen. Im Auslagerungsbeschluss vom 2001/2002 wurde vergessen, eine ausdrückliche Aufsichtskompetenz zu verankern.

2. Tarif

Der Gemeinderat nimmt die Möglichkeit zur Tarifgestaltung nach Art. 3 Abs. 1 des Leistungs- und Konzessionsvertrages nicht wahr. Seit kurzem gibt es zusätzlich unklare Vorgaben im Stromversorgungsgesetz und der Stromversorgungsverordnung und seitens der Elektrizitätskommission (ELCom) eine ungenügende Aufsicht. Eine wirksame Kontrolle der Tarife fehlt.

3. Tarifgrundlage

Das öffentliche Recht ist nach meiner Meinung hier klar besser als das Privatrecht. Bei Kleinkunden besteht ein unlösbares Problem mit dem Vertragsschluss bzw. mit dem Konsens.

4. Corporate Governance

Die IB Wohlen AG hinkt vergleichbaren Firmen hinterher, punkto Transparenz bei den Salären der Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Es fehlt die Information über Tätigkeit und die aktuellen Unternehmensziele.

5. Konkurrenz Privatfirmen

Im Zusammenhang mit den Installationstätigkeiten gibt es die Möglichkeit eine Quersubventionierung.

Es gibt zur Tarifgestaltung zwei Varianten. Die erste ist die Erhebung der Tarife auf Grund eines privatrechtlichen Vertrages. Die zweite ist die Erhebung der Tarife kraft gesetzlicher Anordnung. Beispiel: Alle Energieversorger im Kanton Zürich. Der Kanton Zürich hat da explizite Bestimmungen erlassen.

Wichtig ist, dass diese beiden Möglichkeiten auf das neue Stromversorgungsgesetz und die neue Stromversorgungsverordnung keinen Einfluss haben.

Ich möchte gerne aufzeigen, was in der Gemeinde Wohlen in der letzten Zeit gelaufen ist betreffend den Tarifen. Es gibt die offizielle Variante und die tatsächliche Variante. Man hat im Leistungsvertrag offiziell eine Klausel drin, die besagt, dass die Tarife eigentlich privatrechtlich sind, der Gemeinderat diese jedoch genehmigen muss. Das Problem ist, dass das nicht geht, weil die Genehmigung zwangsläufig öffentlich-rechtlich ist. Dies wurde von Herrn Kern, Anfangs 2005 in seiner Dissertation zu den kommunalen Energieversorgungsunternehmen im Kanton Aargau auch offiziell kritisiert.

Man dachte, es laufe nach dem Leistungsvertrag. Tatsächlich war es jedoch anders. Die Gemeinde hat vergessen die Reglemente aus den 90er Jahren bei der Auslagerung auszuführen. Der Gemeinderat hat die Kompetenz erhalten, jedoch hat er es nicht ausgeführt. Man hat dann in Wohlen gemerkt, dass etwas nicht stimmen kann. Man hat dann aus irgendwelchen Gründen unterlassen etwas zu unternehmen. Das hatte zur Folge, dass die alten Reglemente von 1995 und 1997 bis zum 1. Oktober 2008 gültig waren. Die Tarife wurden auf Grund dieser Reglemente erhoben. Erst mit der vor kurzem erfolgten Änderung, sollte sowohl die Ausführung der Reglemente, wie auch der einseitige Verzicht auf Art. 3 Abs. 1 vom Leistungs- und Konzessionsvertrages dazu führen, dass die Tarife jetzt privatrechtlich sind.

Wenn man das Privatrecht betrachtet, gibt es drei Gestaltungsvarianten.

- Variante 1 – Vertrag zulasten Dritter
- Variante 2 – Vertrag vom Bürger mit der IBW
- Variante 3 – Spezialbeispiel

Im Moment ist einfach wichtig, dass die Gemeinde Wohlen mit der IB Wohlen AG einen Leistungs- und Konzessionsvertrag abgeschlossen hat. Darin steht, dass sogenannte Vertragsbeziehungen zwischen der IBW und den Kunden dem Privatrecht unterstehen sollen und dass der berühmte Art. 3 Abs. 1, auf welchen man jetzt verzichtet hat, in der Übergangsfrist bis zur gesetzlich verordneten Marktöffnung von Elektrizität bzw. Gas unterliegen allgemein gültigen Tarifen der Genehmigung durch den Gemeinderat. Darauf hat man verzichtet und das war auch der Kritikpunkt, welcher zur Verteilung des Flugblattes geführt hat.

Variante 1 – Vertrag zu Lasten Dritter

Beispiel: Alain T. und Jean-Pierre G. möchten ihr Auto verkaufen. Sie überlegen, wem sie dieses am Besten verkaufen könnten. Sie finden, dass Arsène P. dazu am geeignetsten wäre. Aus diesem Grund machen sie einen Kaufvertrag in welchem steht, dass Arsène P. das Auto kauft von Jean-Pierre G. mit Zusatz: Jean-Pierre G. oder Alain T. bestimmt den Preis. Muss jetzt Arsène P., welcher jetzt ein umweltfreundliches Velo hat, das Auto von Jean-Pierre G. übernehmen? Ich sage Nein.

Variante 2 – Privatrecht

Vertragsabschluss zwischen der IBW und Bürgern. Ich verweise hier auf Art. 1 OR – zum Abschluss des Vertrages ist die übereinstimmende, gegenseitige Willenserklärung der Parteien erforderlich. Was ist denn, wenn ein Bürger gar kein Vertrag möchte? Oder nicht zu diesen Konditionen? Die zweite Lösung ist die, für welche sich die IBW entschieden hat, offenbar auf Beratung hin. Das Vertragsverhältnis zwischen dem Kunden und der IBW entsteht durch schriftliche Vereinbarung oder durch den Bezug von Leistungen.

Was meint hier das Bundesgericht? Das Bundesgericht meint zum Vertragsschluss folgendes: „Erfolgt der Tarif einseitig durch die Anstalt in zum vornherein feststehenden Bedingungen in der Weise, dass beim Vorliegen der gleichen Umstände ohne weiteres die gleichen Bedingungen gelten, dann ist ein Verhältnis öffentlich-rechtlicher Natur anzunehmen“ (BG 105.2.234, Erwägungen 2).

Mit Blick auf Art. 3, welcher seit 1. Oktober 2008 gültig ist. Hier hatte das Bundesgericht einen Fall zu beurteilen, bei welchem ein unwirksames Reglement vorlag. Es wurde überlegt, ob dieses Reglement eventuell in den Vertrag integriert werden soll. Es heisst hier: „Die Tatsache des Energiebezugs gelte als Anerkennung des Reglements zu den jeweils geltenden Vorschriften und Tarifen. Vertragsinhalt könne es jedoch nur werden, wenn jeder einzelne Bürger es mindestens konkludent annehmen würde. Die blossе Tatsache des Energiebezuges würde für die Unterwerfung unter das Reglement nicht genügen. Abgesehen davon ist fraglich, ob ein Vertrag, bei dem die eine Vertragspartei sämtliche Vertragsbedingungen nach belieben einseitig abändern kann, überhaupt gültig wäre.“ Genau dies liegt ja im Moment vor!

Variante 3

Was wäre, wenn wir das System, welches wir im Moment bei der IBW haben, auf andere Sachen im Gemeindebereich ausdehnen würden? Ich behaupte, der Gemeinderat könnte ohne weiteres z.B. die Grüngutgebühren jetzt sofort einführen, wenn das System IBW funktionieren würde. Es wäre ganz einfach. Man müsste lediglich einen Leistungs- und Konzessionsvertrag zwischen der Gemeinde und der Abfallentsorgungsfirma abschliessen. Allgemein verbindliche Lieferbedingungen, Vertragsbeziehung zwischen der Abfallentsorgungsfirma und ihren Kunden unterstehen dem Privatrecht, ev. noch einer Genehmigungspflicht. Das heisst diese Abfallentsorgungsfirma könnte einfach Rechnungen versenden. An jeden, der seinen Abfall/Container auf die Strasse stellt. Ich weiss nicht, wie so etwas funktionieren soll! Ich frage mich auch, wo die Genehmigung der Gebühren durch den Einwohnerrat und das Volk geblieben ist? Und muss die Rechnung der Abfallentsorgungsfirma tatsächlich bezahlt werden?

Die Auswirkungen des Stromversorgungsgesetzes auf die Rechtsnatur des Stromlieferungsverhältnisses. Es gibt hier eine ganz neue Dissertation von Michèle Balthasar vom 2007, im Gegensatz zum EMG, welches das Stromverhältnis dem Privatrecht zugewiesen hat, regelt das StromVG die zukünftige Rechtsnatur der Elektrizitätslieferungsverträge nicht ausdrücklich. Im Kanton Zürich sind sie ja weiterhin öffentlich-rechtlich und das funktioniert offenbar sehr gut.

Hier die Bestimmungen, welche nach meiner Meinung relevant sind und nach diesen Kriterien die ELCom eine Überprüfung vornimmt. Erstens die Aufschlüsselung nach Netznutzung, Energielieferung, Abgabe und Leistungen an das Gemeinwesen und Weitergabe von Preisvorteilen. Artikel 15: als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes, sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Drittens: Die Kapitalkosten, hier geht es um die Herstellungs- und Anschaffungskosten von den ursprünglichen Anlagen. Zur Stromversorgungsordnung: Entstehungskosten einer effizienten Produktion und langfristigen Bezugsverträgen.

Können wir eine erfolgreiche Beschwerde vor ELCom führen? Das Problem mit den Formulierungen ist, was undeutlich im Gesetz steht, darf die ELCom nur auf ganz offensichtliche Unrichtigkeiten prüfen. Sonst wird sie vom Bundesverwaltungsgericht zurückgepfiffen. Die Aussichten bei einer solchen Beschwerde sind relativ gering. Das zweite ist die mangelnde Transparenz. Wie soll jemand in Wohlen eine gute Beschwerde an die ELCom formulieren, wenn er nicht weiss, was mit diesen Kriterien nicht im Einklang steht. Man kann es ja eigentlich gar nicht begründen.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich unterbreche an dieser Stelle und bitte Alain Thiébaud etwas vorwärts zu machen. Vorgesehen waren 15 Minuten, diese sind jetzt abgelaufen.

Thiébaud Alain, FDP: Ich habe noch 3 oder 4 Folien, welche ich zeigen möchte. Ich wäre sonst froh, wenn du in den Ausstand treten würdest.

Gfeller Konrad, Präsident: Nein, ich sage dir jetzt, was du zu tun hast. Ich möchte dich bitten langsam zum Ende zu kommen, weil du hier eine juristische Abhandlung machst.

Thiébaud Alain, FDP: Ich werde das nicht machen. Weil dies genau der relevante Punkt im vorliegenden Fall ist.

Gfeller Konrad, Präsident: Du hast nun noch 5 Minuten Zeit, dann werde ich dir das Wort entziehen.

Thiébaud Alain, FDP: Drittens ist die offensichtliche Überlastung der ELCom als Folge der vielen Beschwerden. Die Folge wird sein, dass die ELCom bestenfalls in der Lage sein wird, einige der grösseren Präzedenzfälle zu statuieren. Das sagt nicht irgend jemand, das sagt Walter Stoffel, Präsident der WEKO.

Am Schluss nochmals die Argumente für die Genehmigung der Tarife durch den Einwohnerrat.

1. **Transparenz.** Eine Genehmigung der Tarife durch den Einwohnerrat bedeutet, dass die IB Wohlen die Berechnungsgrundlage veröffentlichen muss, damit wir Einwohnerräte einen angemessenen Beschluss fassen können.
2. **Einfache, klare und punktgenaue Festsetzung der Tarife durch den Einwohnerrat.**
3. **Rechtssicherheit.** Es gibt keinen juristischen „Murks“ mehr, bei der Herstellung des Vertrages durch die IB Wohlen AG und dem Bürger, sondern es ist klar, es gibt ein Reglement und das ist die Grundlage.
4. **Aufsichtskompetenz.** Man bekommt dadurch eine gewisse Aufsichtskompetenz, welche man bei der Auslagerung eben nicht gehabt hat. Es gibt eine saubere Trennung der Beaufichtigten und dem Beaufsichtiger.
5. **Die Genehmigung.** Durch die Genehmigung nehmen wir die Verantwortung gegenüber der Konsumenten wahr. Bis mind. 2014 ist es nicht möglich, unbegründete Aufschläge zu machen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt zu dieser Motion wie folgt Stellung:

1. Konzessionsvertrag

Die Beziehungen zwischen der Einwohnergemeinde und der IB Wohlen AG werden im Konzessionsvertrag vom 28. Mai 2002 geregelt.

In Art. 3 ist die Preisgestaltung geregelt. Unter anderem steht dort, dass bis zur gesetzlich verordneten Marköffnung von Strom resp. Erdgas die allgemein gültigen Tarife der Genehmigung durch den Gemeinderat Wohlen unterliegen.

2. Neue Ausgangslage

Die gesetzlichen Grundlagen für die Marktöffnung sind inzwischen in Kraft getreten: Auf den 1. Januar 2008 wurde das Bundesgesetz über die Stromversorgung und auf den 1. April 2008 die Verordnung dazu in Kraft gesetzt. Damit wurde u.a. die Aufsicht über die Energietarife der unabhängigen Elektrizitätskommission (ELCom) übertragen.

Bis Ende August müssen die Netzbetreiber sämtliche Informationen über ihre Kosten, Abgaben und Tarife auf einer einzigen Internetadresse veröffentlichen (www.strom.ch). Jedermann kann dagegen bei der ELCom reklamieren, welche die erforderlichen Überprüfungen vornimmt.

Die IB Wohlen AG haben den neuen gesetzlichen Vorschriften nachgelebt.

3. Übergeordnete Gesetzgebung löst Kontrollfunktion des Gemeinderats ab

Mit der Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes und der dazugehörigen Verordnung ist, wie erwähnt, die Überwachung der Stromtarife an die ELCom übertragen worden. Die Kontrolle durch den Gemeinderat, wie sie im Konzessionsvertrag stipuliert ist, ist damit durch übergeordnete Gesetzgebung abgelöst worden. Unter diesen Umständen ist auch die Forderung der Motion, die Genehmigung der Stromtarife dem Einwohnerrat zu übertragen, gesetzwidrig und es kann gar nicht darauf eingetreten werden.

4. Aufhebung des alten Rechts

Am 12. März 2001 hat der Einwohnerrat mit 32 zu 2 Stimmen der Überführung der IBW in eine Aktiengesellschaft deutlich zugestimmt. Die Stimmberechtigten haben am 10. Juni 2001 die Verselbstständigung der IBW mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 66,8 % bestätigt. Ich erinnere an die Vorlage, eine gute Sache. Es gab dazu öffentliche Orientierungsveranstaltungen. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der detaillierte Bericht bei der Gemeindekanzlei eingesehen werden kann. Im weiteren ist der Gemeindebeschluss, welcher auch vom Einwohnerrat beschlossen worden ist, allen Stimmbürgern zugestellt worden. In Ziffer 8 des Beschlusses haben sie auch die Aufhebung des bisherigen Rechts beschlossen und den Gemeinderat beauftragt, den Zeitpunkt der Ausserkraftsetzung der bestehenden Erlasse zu bestimmen.

In Ausübung dieses Auftrags und in Anlehnung an das inzwischen erlassene übergeordnete Recht im Bereich Stromversorgung hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 1. September 2008 die beiden Reglemente „Allgemeine Anschlussbedingungen „ und „Allgemeine Lieferbedingungen“ per 30. September 2008 ausser Kraft gesetzt. Diese werden ersetzt durch die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der IBW“.

5. Gastarif

Keine gesetzliche Marktöffnung hat bisher beim Erdgas stattgefunden. Die Tarife für das Erdgas unterstehen weiterhin der Bestimmung des Konzessionsvertrags. Sie müssen vom Gemeinderat genehmigt werden. Beim Erdgas besteht die Gefahr der Ausnützung einer Monopolstellung nicht. Denn Erdgas steht in dauernder Konkurrenz zu andern Energien. Nach Meinung des Gemeinderats wäre es nicht vorteilhaft, die Genehmigung der Erdgaspreise dem Einwohnerrat zu unterstellen. Der Erdgaspreis ist kein politischer Preis, sondern ein marktwirtschaftlicher.

6. Finanzpolitisches

Als Aktionär ist die Gemeinde an einer gesunden IBW interessiert.

Die IBW hatten grosse Verpflichtungen zu erfüllen und mussten dafür die nötigen finanziellen Mittel erwirtschaften: Rückzahlung des Darlehens der Gemeinde Wohlen, Ausfinanzierung der Pensionskasse, Rückstellungen für Altlast im Gaswerkareal, schaffen der Reserven.

Aus der Überführung der IBW in eine Aktiengesellschaft hat die Einwohnergemeinde neben dem Aktienkapital von Fr. 8 Mio. eine Darlehensforderung von Fr. 12 Mio. erhalten. Die IB Wohlen AG haben diese Fr. 12 Mio. der Einwohnergemeinde im Jahr 2003 überwiesen.

Daneben erwartet die Aktionärin von ihrem Unternehmen auch Erträge. Die IB Wohlen AG hat der Gemeinde von 2002 bis und mit 2008 Zinsen, Konzessionsgebühren und Dividenden im Rahmen von rund Fr. 5,8 Mio. überwiesen. Zudem bezahlte sie im selben Zeitraum an die Gemeinde Wohlen Steuern im Betrag von Fr. 720'450.—(alle drei Unternehmen zusammen).

Man kann nicht gleichzeitig tiefe Tarife und eine günstige Gewinnsituation haben. Ob die künftigen Preise der IBW für Energielieferungen an gebundene Kunden und Netznutzungsentgelte angemessen sind, entscheidet in Zukunft die ElCom als Regulator für den Strommarkt. Jedermann hat das Recht, eine Beschwerde bei der ElCom einzureichen und so eine Überprüfung von unabhängiger Stelle zu veranlassen.

7. (Wirtschafts)-Politisches

Die Gemeinde Wohlen hat die IBW verselbstständigt. Sie tat dies im Wissen oder gar mit dem Willen, dass die politische Einflussnahme dabei preisgegeben wird. Akzeptieren wir nun die Konsequenzen, nämlich die Spielregeln des privaten Unternehmertums, welche bezüglich des Stroms bereits durch übergeordnete Gesetzgebung eingeschränkt sind.

Die Wahrnehmung der Interessen einer nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen organisierten Unternehmung darf nicht verpolitisiert werden.

8. Stromtarif: Öffentlichrechtliche Abgabe oder privatrechtlicher Kaufpreis

Art. 2 Abs. 2 des Konzessionsvertrags lautet: „Die Vertragsbeziehungen zwischen den IB Wohlen AG und ihren Kundinnen/Kunden unterstehen dem Privatrecht.“

Dieser Konzessionsvertrag war integrierender Bestandteil der Vorlagen an den Einwohnerrat und an die Stimmberechtigten, wurde also von diesen beiden Gremien so akzeptiert und beschlossen.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion abzulehnen.

Perroud Arsène, SP: Unsere Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser eine grundlegende Aufgabe des Staates ist. Wir haben die Liberalisierung des Strommarktes nie verstanden und werden es nie verstehen. Dass die Privatwirtschaft nicht immer alles besser und billiger macht als der Staat, zeigen die steigenden Strompreise. Nun haben wir aber leider diese Gesetze, die IBW wurde privatisiert und die Eigentümerrechte liegen in der Hand der Gemeinde Wohlen, resp. des Gemeinderats.

Wir werden der Motion mehrheitlich nicht zustimmen. Es geht nicht, einerseits die Privatisierung einer Firma zu fordern, wie es allen voran SVP und FDP getan haben, und andererseits dieser Firma dann die nötigen Kompetenzen nicht in die Hand zu geben. Dazu gehört auch die Tarifgestaltung.

Die Fraktion SP/ELG sieht folgende Problematik: Die IBW gehört eigentlich der Gemeinde, also auch jedem Einzelnen von uns. Mitbestimmen können wir aber wenig und von der Eigentümervertretung durch den Gemeinderat fühlt man sich nicht vertreten. Diesem Misstand kann aber nicht über die Tarifgestaltung beigegeben werden, sondern über die Wahrnehmung der Aktiönärsrechte. Und hier sehen wir Lösungsansätze. Zwei Beispiele:

- Anhörung der Parteien durch den Gemeinderat, wenn es um Anträge an der GV geht.
- Wahl der Gemeindevertreter im Verwaltungsrat durch den Einwohnerrat.

Ich weiss, sofort werden die Einwände kommen, dass die Forderungen nicht mit dem Aktienrecht und dem Gemeindegesetz zu vereinen seien. Wir sind sicher, dass es verschiedene andere Möglichkeiten gäbe, die Mitbestimmung zu erhöhen. Alle Möglichkeiten müssten aber genau geprüft werden. Einen Vorstoss, der die Wahrnehmung der Eigentümerrechte sinnvoll ändert, würden wir unterstützen.

Siebenmann Johannes, EVP: Diese Motion ist heikel. Sie löst Emotionen aus und die Materie ist äusserst komplex. Wir wollen nicht gegen die IBW polemisieren. Wir wollen nicht das bisherige Geschäftsgebaren der IBW per se kritisieren oder Misstrauen sähen.

Wir wünschen uns Transparenz. Wir haben ein gesamtschweizerisches Problem, welches sich mit der Gesetzgebung einstellt. Nämlich: Teurer Strom, Mehreinnahmen und man weiss nicht was mit diesen Mehreinnahmen geschieht. Manche sagen, es werde Auslandexpansion finanziert. Andere meinen, es werden nur Netzgebühren der Swissgrid auf den Konsumenten überwält. Wir wissen nicht, was stimmt. Wir sind sicher einverstanden mit der Position des Gemeinderates. Auch wir wollen eine gesunde IB Wohlen AG. Walter Dubler sagte, eine günstige Gewinnsituation und tiefe Tarife würden sich ausschliessen. Dem können wir folgen, wir wollen vielleicht gar nicht tiefe Tarife, aber massvolle Tarife.

Wir sind der Meinung, dass sich dies nicht zum vornherein auf eine gesunde Unternehmenskultur auswirkt, sondern im Gegenteil, es stärkt das Vertrauen in das Unternehmen. Dies ist eigentlich unser Anliegen.

Die Motion ist aus verschiedenen Gründen nicht ganz einfach. Es stellt sich die rechtliche Frage und unsere ganze Fraktion sieht sich hier ausser Standem, den springend Punkt zu beantworten. Dieser wurde ebenfalls von Walter Dubler formuliert unter drittens, ob eine Kontrollfunktion von uns als Einwohnerräten der übergeordneten Gesetzgebung von der ELCom widerspricht oder nicht. Das muss der rechtliche Fachexperte beurteilen.

Falls diese Motion überwiesen wird, stellt sich die Frage, ob der Einwohnerrat tatsächlich den nötigen Sachverstand und die nötige Kompetenz hat, eine solche Tarifgestaltung auch auf alle Seiten befriedigend zu regeln. Dies ist ganz gewiss eine sehr anspruchsvolle Zielsetzung.

Alain Thiébaud hat diese Motion an unserer Fraktionssitzung vertreten und ich sage dies jetzt aus persönlicher Sicht, es hat ein gewisser Meinungsbildungsprozess stattgefunden. Vielleicht ist man am Anfang dieser Motion kritisch gegenüber gestanden und hat dann doch den Eindruck gewonnen, dass eigentlich die Transparenz wünschenswert ist und dass es der IB Wohlen AG hilft, wenn sie die Transparenz gewährleistet. Wir wollen weder eine Verpolitisierung noch eine Kontrollfunktion, welche ein Unternehmen schädigt. Dennoch sind wir zum Schluss gekommen, dass diese Motion von unserer Seite Unterstützung findet.

Donat Ruedi, CVP: Die CVP-Fraktion wird diese Motion nicht überweisen.

Begründung

1. Diese Motion hat vorläufig ein Teilziel erreicht. Der Strompreis ist vorübergehend gesunken.
2. Die Transparenz ist in Zukunft durch das neue Stromversorger Gesetz gewährleistet.
3. Es macht keinen Sinn, das komplexe System einer Tarifgestaltung im Einwohnerrat zu diskutieren.
4. Die Motion wurde von der Zeit eingeholt und ist überflüssig geworden. Am besten würden die Motionäre diese Motion zurückziehen.
5. Die CVP unterstützt grundsätzlich keine so pamphletisch gezogene Schriften.

Steiner Landert Judith, SVP: Wir sind der selben Meinung wie Gemeindeammann Walter Dubler: Tiefe Preise sind und hohe Rendite geht nicht. Wir sehen dies im umgekehrten Sinn genau gleich. Wir haben hohe Preise und eine tiefe Rendite. Die SVP-Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich hoffe, als Einzelvotant ist es auch gestattet, etwas zu sagen. Ich beschränke mich auf 5 Minuten.

Ich habe dazu drei Vorbemerkungen:

1. Ich finde es bis jetzt eine gute Diskussion, welche hier geführt worden ist. Angefangen vom Votum des Gemeinderates bis hin zu den Meinungen der Fraktionen. Wir haben seit der Auslagerung vor 6 Jahren nicht zuviel über die IBW gesprochen, sondern zu wenig, nämlich gar nicht. Ich meine dies als Feststellung und nicht als Vorwurf.
2. Der Gemeinderat liegt in 2 Punkten falsch. Der erste Punkt ist die Marktöffnung, die ist bis jetzt nicht passiert, wenn man von Grosskunden absieht. Für den Grossteil: das sind alle bis auf 60 Kunden in Wohlen - ist der Markt nicht geöffnet. Wir sind gezwungen, bei der IBW zu beziehen. Wir können nicht bei einem anderen Anbieter beziehen. Aus diesem Grund hätte der Gemeinderat die Preiskontrolle nicht aus der Hand geben dürfen. Der 2. Punkt, bei welchem wir der Auffassung sind, dass der Gemeinderat nicht richtig liegt, ist die Aussage, dass es illegal sei, wenn ein politisches Gremium den Strompreis festlege. Was ist denn in der Gemeinde Berikon? Was ist denn in der Gemeinde Besenbüren? 1/3 der Stromwerke im Kanton Aargau ist in der Gemeindeverwaltung enthalten. Da wird der Strompreis von der Gemeindeversammlung festgelegt. Bei 1/3 der Gemeinden wird der Strompreis vom Einwohnerrat oder von der Gemeindeversammlung festgelegt. Es gibt noch 1/3 Gemeinden mit Genossenschaften, die machen es nicht. In der Stadt Zürich legt das Parlament den Preis fest. Das ist sicher zulässig und wenn der Gemeinderat das Gegenteil behauptet, dann tut es mir leid. Es ist einfach falsch!
3. Herr Präsident, sie sagten zu Beginn, Sie wollen keinen Juristenstreit. Da bin ich der gleichen Meinung. Ich spreche hier auch nicht sehr juristisch, aber wir haben hier einige Anwälte im Einwohnerrat oder der Herr Gemeindegemeinschafter ist für mich ein Rechtsgelehrter. Weshalb die IBW noch einen Anwalt im Schlepptau hat, weiss ich nicht. Er wurde übrigens auch als Lobbyist vorgestellt. Ich persönlich akzeptiere es nicht, dass ein Lobbyist nachher das Parlament berät, gemäss Reglement ist er als Sachverständiger abzulehnen.

Ich möchte mein Votum auf 3 Punkte beschränken:

1. Welches sind die heutigen Ziele, welche die Gemeinde Wohlen mit der IBW hat?
2. Wie ist die Führung? Welches sind andere mögliche Ziele?
3. Welches ist die Bedeutung dieser Motion?

Zum heutigen Zeitpunkt haben wir ja gar keine Ziele mit dieser Firma. Im Legislaturprogramm, welches erst seit kurzem existiert, stelle ich nichts fest. Ich weiss nicht, was das strategische Ziel der Eigentümerin ist. Es gibt kein Ressort dazu. Seit 6 Jahren ist dem Gemeinderat nicht klar, welches Mitglied zuständig ist für das Ressort Stromversorgung. Das geht doch nicht! Die IBW macht CHF 30 Mio. Umsatz und niemand ist zuständig. Ich meine es nicht unbedingt als Kritik, aber wenn man schon merkt, dass es ein Fehler ist, sollte man das verbessern. Wir haben zwar 2 Verwaltungsräte, doch wer gibt ihnen Instruktionen? Wer kontrolliert sie? Ich weiss es nicht.

Der Gemeindeammann erwähnte das eine oder andere Ziel. Hohe Rendite? Haben wir das heute? Wie viel ist die IBW wert? Ich weiss es nicht. Vielleicht CHF 20 Mio., vielleicht das doppelte? Rechnen Sie selber aus, wie hoch eine Dividende zwischen CHF 300'000.00 und CHF 800'000.00 von CHF 30 Mio. ist. Das entspricht etwa einem Sparbuch, zwischen einem normalen Konto und einem Jugendsparheft, 1-2 % Rendite. Sicher sehr tief.

Ein weiteres Ziel wäre, dass man tiefe Strompreise hat. Das haben wir ja definitiv nicht. Wir haben eine maximale Höhe erreicht bei den Strompreisen bis zum 30. September 2008, während 6 Jahren. Wir sind Rekordhalter!

Ein weiteres Ziel wäre, den Wert hoch zu halten, damit man sie teuer verkaufen kann. Die SVP möchte die IBW nicht verkaufen. Wir haben gesehen, dass dies auf Grund verschiedener Faktoren falsch wäre. Wir wollen die Privatisierung nicht auf die Spitze treiben und den Bürger immer mehr ins Messer laufen lassen.

Ein viertes mögliches Ziel wäre, dass möglichst viele Leute in dieser Firma arbeiten. Es könnte ein Beschäftigungsprogramm oder eine geschützte Werkstatt sein, mit möglichst hohen Löhnen. Dies wäre sozialistisch gesehen ein gutes Ziel.

Das wären 4 mögliche Ziele. Es gibt noch mehr Ziele, die widersprechen sich zum Teil, das wissen wir. Es ist eine Aufforderung an den Gemeinderat und auch an den Einwohnerrat, schalten Sie sich hier ein! Entscheiden Sie sich für etwas.

Wenn die Motion hier überwiesen wird, dann wird es nicht so sein, dass der Einwohnerrat morgen über den Preis entscheidet! Der Gemeinderat hat dann lediglich den Auftrag, einen Bericht und Antrag zu schreiben. Dieser kann von Ihnen nochmals angeschaut werden und dann können Sie ihn ablehnen oder annehmen. Sie bestimmen nichts Gefährliches. Sie bestimmen an sich nur, wer den Preis bestimmt. Da ist das Parlament sicher das richtige Gremium. Es geht darum, die Interessen der Bürger und des Gewerbes zu schützen, welche bis am 30. September 2008 39 % zu viel bezahlt haben für den Strom. Bitte unterstützen Sie unsere Motion!

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte nur auf einen Punkt eintreten. Der Gemeinderat arbeitete sehr präzise bei den Einleitungen.

(Gemeindeammann Walter Dubler zeigt eine Folie.)

Auf der Folie ist ersichtlich, dass die IBW-Gruppe eine Dividende im Verhältnis zum Aktienkapital von 10 % bezahlt. Weiter ersichtlich ist die IB Aarau mit 6.4 %, das Regionalwerk Baden mit 5.5 %, EFA Muri mit 5 % und es geht weiter runter bis zu Zofingen mit 2.5 %. Diese Rechnung, bei welcher man von CHF 30 Mio. Kapital spricht, ist betriebswirtschaftlicher Unsinn. Das ist ein

Wert, welcher zum Tragen kommt, wenn diese Unternehmung bewertet und verkauft werden sollte.

Es gibt einen klaren Leistungsauftrag, welcher vom Wohler Volk beschlossen worden ist. Dies geschah, bevor Herr Gallati in Wohlen wohnte und darin ist ein klarer Leistungsauftrag formuliert. Der Gemeinderat schaut sehr genau, was die IBW macht. Wir stellen fest, dass dies ein guter Betrieb ist. Wasser, Gas, Elektrizität funktioniert 24 Stunden am Tag, an 365 Tagen im Jahr. Das ist die Hauptaufgabe, welche erfüllt werden muss. Ich möchte Herrn Bircher, welcher als Jurist vorgestellt worden ist und bei Energiefragen eine grosse Ahnung hat, bitten, zu diesen Highlights, welche aus rechtlicher Sicht gesagt worden sind, Stellung zu nehmen.

Steiner Landert Judith, SVP: Herr Dubler verglich auf der vorhin aufgelegten Folie Aktienkapitalwerte. Wir wissen ja gar, wer wie viel Aktienkapital hat. Das hat keine Aussage.

Gfeller Konrad, Präsident: bittet Gemeindeammann Walter Dubler um eine klare Fragenstellung an Herr Bircher. Herr Bircher ist kein Einwohnerrat und nicht anwesend, um eine Debatte zu führen. Er steht lediglich für die rechtliche Ergänzung der Fragen zur Verfügung.

Bircher Hansueli, Rechtskonsulent (DSV): Ich bin nicht hier um zu polemisieren und ich möchte bitten, mich nicht als Lobbyist zu betiteln. Ich bin, wie Peter Lehmann, beim Dachverband des Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) dabei. Es ist nicht mehr als legitim, wenn man da dabei ist. Vorgängig war ich 18 Jahre in der Energiebranche bei Werken und beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) tätig. Dies zur Einleitung. Ich bin kein Lobbyist und ich möchte Sie nicht belehren, sondern einfach 2-3 Sachen klarstellen.

Das Strom VG widerspricht nicht, wenn eine öffentliche Behörde oder ein Parlament die Preise bestimmt. Das ist so. Ob dies Sinn macht oder nicht, das ist eine andere Frage. Wir hatten jedoch dem gegenüber eine andere Ausgangslage, wir hatten eine saubere Ausgliederung der IB Wohlen in eine privat-rechtliche Aktiengesellschaft. Das sind gewisse Regeln, welche eingehalten werden müssen, nach Aktienrecht. Hier gehört die Preisbestimmung zum Verwaltungsrat respektive an die Generalversammlung und nirgends wo sonst, ausser es würde anders geregelt. Der Gemeinderat hatte bis zur jetzigen Marktöffnung die Genehmigungskompetenz. Ich war dabei, als das Gesetz Strom VG im Parlament gemacht worden ist. Ich durfte in dieser Gruppe mitarbeiten. Am 1.1.2008 ist das Strom VG in Kraft getreten und das, was Herr Gallati sagte stimmt, am 1.1.2009 können Grosskunden ihren Lieferant frei wählen, falls sie kündigen und falls sie keinen individuell abgeschlossenen Energielieferungsvertrag haben. Hier sind verschiedene Sachen einzuhalten.

Wenn wir jetzt der IB Wohlen AG, als privat-rechtliche Unternehmung, die Tarifgestaltung wegnehme, dann sage ich, dass es juristisch nicht ganz sauber ist, es ein enteignungsrechtlicher Tatbestand ist. Man nimmt ihr Kompetenzen weg, welche eigentlich nach Aktienrecht zu der AG gehören. Schlussendlich entscheiden Sie das politisch.

Die ELCom, das möchte ich klarstellen, ist nicht ein solches Instrument, wie es Herr Alain Thiébaud dargestellt hat. Wenn man das Gesetz und den dazugehörigen Kommentar zum Gesetz richtig liest, werden die Preise unabhängig bestimmt. Ob diese ein Parlament macht, eine Gemeindeversammlung oder ob der Verwaltungsrat einer AG dies macht, die Preise müssen nach strikten gesetzlichen Vorgaben berechnet werden. Diese müssen der ELCom publiziert werden und transparent offen gelegt werden. Die ELCom kann von Amtes wegen sämtliche Bücher kontrollieren, sämtliche Berechnungsgrundlagen prüfen und dann eine Verfügung erlassen, dass die Preise gesenkt werden müssen. Es ist ein Irrglauben, wenn man annimmt, es mache niemand an die ELCom Beschwerde. Im Moment sind 1700 Klagen hängig. In erster Priorität wird jetzt die Swissgrid die Systemdienstleistung und die Netzebene 1 beurteilen. Es läuft analog mit

Deutschland, wo die Preise zum Teil massiv gesenkt wurden, weil sie dieser Sache nachgegangen sind.

Die ELCom ist im Moment auf Grund einer Personalunterdotierung vielleicht noch nicht so schnell, aber es sind 7 Experten dabei und sie haben ca. 12-18 Mitarbeiter im Sekretariat, welche dies prüfen. Es wurden Personal von der Preisüberwachung und vom BFE übernommen.

Wenn in Zukunft Preise erhöht werden sollen, unabhängig durch welche Instanz, muss der ELCom die Preiserhöhung mit Begründung gemeldet werden. Es ist ein Irrglauben, wenn man denkt die ELCom sei ein Wolf ohne Zähne.

Kohli Benno, FDP: Es ist überhaupt keine Aussage was eine Rendite im Bezug zum Aktienkapital setzt. Thema ist der Wert dieser Firma und zum Bezug zum Wert einer Firma kann man die Rendite beurteilen. Ob ich CHF 100'000.00 oder 200'000.00 Aktienkapital in einer kleiner Firma habe, ist 100 % und hat auf den Gewinn überhaupt keine Aussage.

Thiébaud Alain, FDP: Ich habe vorhin aufgezeigt, dass die alte Tarifgenehmigung der Reglemente bis 1. Oktober 2008 in Kraft geblieben ist. Das heisst auf Grund dessen kann die IBW nicht geltend machen, dass werde enteignet, wenn nach 14 Tagen, gestützt auf ein Reglement, mal wieder Tarife erhoben werden. Ferner zur Zulässigkeit von Erhebungen von Tarifen durch einen privat-rechtlich Aufgabenträger, im Rahmen von einem kommunalen Reglement, hätte ich noch einen Entscheid vom Bundesgericht, falls Sie diesen lesen wollen.

Benz Guido, CVP: Ich bin auch gegen diese Motion, aber aus anderen Gründen wie meine Kollegen der CVP. Ich finde, dass es der falsche Moment ist. Es existieren so riesige Unsicherheiten. Man muss erst wissen, woran man ist, wenn man einen solchen Entscheid trifft. Das Strommarktgesetz ist noch nicht offen für alle. Aus dieser Sicht ist der Entscheid des Gemeinderates verfrüht. Man müsste warten bis auch die Privaten dazukommen. Alle haben sich gewundert, dass die Kantone, Städte und Gemeinden diese Situation offenbar ausnutzen. Ich sehe hier eine Funktion von den Kantonen, Städten und Gemeinden in der Kontrolle oder in der Überwachung dieser Energiegesellschaften. Es hat einige Fragen im Raum, welche durchaus berechtigt sind.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich finde die Ausführungen von Herr Bircher interessant und auch richtig, was das Rechtliche betrifft. Was das Politische betrifft, sind wir vielleicht nicht der selben Meinung. Darf ich ihm 3 Fragen stellen, um die 3 Kernthemen zu vertiefen? Er steht uns ja offenbar als Experte zur Verfügung.

1. Kontrolliert die ELCom unseren Stromtarif auch, wenn niemand eine Klage macht?
2. Wenn jemand eine Klage macht, welche Kosten kommen auf diese Person oder Firma zu?
3. Welches ist die voraussichtliche Dauer eines solchen Verfahrens bis zu einem rechtskräftigen und gültigen Entscheid?

Bircher Hansueli, Rechtskonsulent (DSV):

Antworten zu den Fragen von Herrn Gallati:

Frage 1

Die ELCom kann von Amtes wegen kontrollieren, tut dies jedoch nicht automatisch. Es ist eine Kleinigkeit, einen Hinweis zu geben, damit die Preise kontrolliert werden. Auf der Seite www.strom.ch müssen alle Preise publiziert werden. Wenn es dort einen auffällig hohen Preis haben sollte, können sie von Amtes wegen kontrollieren.

Frage 2

Zu den Kosten einer Klage kann ich abschliessend noch nicht Stellung nehmen. Es ist allerdings so, dass man Gebührenpflichtig wird, sollte man unterliegen. In der nächster Zeit wird die EL-Com eine Weisung herausgeben, dass die festen Endverbraucher von Gebühren verschont bleiben werden, wenn sie eine Klage zur Überprüfung einreichen.

Frage 3

Die Verfahrensdauer ist ein Problem. Dies wissen die Juristen selber sehr gut. Nach der Klage an die ELCom, entscheidet diese und verfügt, dass z.B. der Preis der IB Wohlen AG um 10 % gesenkt wird. Man die Möglichkeit als zweite Instanz ans Bundesverwaltungsgericht zu gehen und dann noch ans Bundesgericht. Das sind die 3 Instanzen. Man rechnet pro Instanz mindestens 1 Jahr. Wenn es ganz extrem ausfällt vielleicht 5 Jahre. Das ist das Problem, welches entsteht, wenn einer der Parteien weitergeht. Der Entscheid kann rückwirkend gefällt werden, auch wenn es lange dauert, muss dann rückvergütet werden. Die Preise können rückwirkend gesenkt werden.

Abstimmung

Gfeller Konrad, Präsident tritt in den Ausstand, Abstimmung wir durch Vizepräsident Arsène Perroud geleitet.

1 Person befindet sich im Ausstand, im Saal sind 38 Anwesende.

Die Motion 11094 betr. Kompetenz zur Tarifgestaltung der IB Wohlen AG wird mit 20 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Lehmann Sandra, GPK: Die Wohler haben etwas Mühe mit ihrem Selbstverständnis:

Einige gehen zu Fuss ins Dorf, andere fahren mit dem Ortsbus ins Zentrum, aber nur wenige fahren mit dem Stadtbus in die City. Bezüglich Einkaufsmöglichkeiten hat Wohlen einiges zu bieten. Aber bis die Bezeichnung „City“ zutreffend ist, besteht zugegebenermassen noch Nachholbedarf.

Selbstwahrnehmung und Wahrnehmung von aussen:

Die Wohler werden von Aussenstehenden oft belächelt. Warum eigentlich? Auch wir Einwohnerräte bieten oft Grund dazu. Als „Dorfparlament“ zerfleischen wir uns oft über Kleinigkeiten und gönnen einander nichts.

Andererseits fallen wir nach hartem Ringen auch mutige Entscheide, die dann an der Urne vom Volk abgeschmettert werden. Da fragt sich mancher – wozu das Ganze? Alles geht zäh und in kleinen Schritten voran. Die kleinen Schritte sind mühsam und kosten viel Kraft. So leben viele nach dem Motto – nur nicht auffallen – nur keine Peinlichkeit.

Doch Wohlen kann auch fröhlich, artistisch, sportlich, musikalisch und freundlich sein. Dies beweist nicht nur die Fasnacht – sondern dies beweisen auch viele Kunstschaaffende wie Peach Weber, die Zirkusfamilie Monti, Seven, Andi Hug, Rocco Cipriano, Ciriaco Sforza - um nur einige zu nennen, die den Sprung von Wohlen in die Schweiz, nach Europa oder gar in die Welt geschafft haben.

Um dieses Selbstverständnis und die Ausstrahlung nach aussen geht es mir, wenn ich jetzt über die Vorlage „Wohlen erklärt sich zur Stadt“ referiere.

Stehen wir zu uns selber – zu unseren Kunstschaaffenden – zu unseren Sportlern - zu unseren ortsansässigen Firmen - und bieten wir ihnen eine Plattform, die es ihnen erlaubt, stolz auf ihre Herkunft zu sein.

Das Stadtwerden ist nicht ein zeitlich abgeschlossenes Vorhaben. Das Stadtsein muss in der Bevölkerung wachsen. Wir Einwohnerinnen und Einwohner von Wohlen tragen dazu bei, dass Wohlen eine Stadt wird.

Wir sind es, die etwas wagen und zukunftssträchtige Projekte lancieren, wir sind aber die, die haldern und resignieren oder nach Zürich und Aarau abwandern.

Statistisch gesehen sind wir schon längst eine Stadt. Neben den statistischen Daten zeichnen auch so genannte weiche Faktoren eine Stadt aus: Differenzierte Lebensformen und eine sozial stark differenzierte Einwohnerschaft. Das ruft nach Lösungen, die ein Dorf nicht anbieten kann. Es muss ein Umdenken stattfinden. Das ist ein längerer Prozess. Irgend einmal müssen wir diesen Prozess starten.

Zur Zeit sind viele Planungen im Gange: Masterplan, Verkehrsrichtplan, Zonenplan. Damit die richtigen Impulse in diese Planungen einfliessen können, ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, sich dem Credo „Wohlen wird zur Stadt“ zu verschreiben. Stadt als Grundidee - als Selbstverständnis – als Standortmarketing – als Schritt in die Zukunft.

Die GPK stützt diese Idee mit 4:2 Stimmen. Sie ist aber auch der Meinung, dass wir erst am Anfang stehen, dass noch viel getan werden muss, damit der Satz im Leitbild: „Wohlen wird als Stadt mit positiver Ausstrahlung wahrgenommen“ eine Berechtigung bekommt.

Einwohnerrat und Gemeinderat sollen voll hinter diesem Konzept stehen und es mit Elan vertreten. Dieser Elan ist zur Zeit noch wenig spürbar.

Aber stecken wir nun nicht die Köpfe in den Sand und resignieren wir, sondern packen wir die Chance, nehmen wir Anlauf, um über unseren Schatten zu springen, verschwenden wir nicht länger Energie für tägliches Gezänke, sondern setzen wir unsere Energie, für grosse, nach aussen wirkende Schritte ein - glauben wir an uns selber und an unsere Zukunft.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Statistisch gesehen ist in der Schweiz eine Gemeinde mit mehr als 10'000 Einwohnern eine Stadt. Die Gemeinde Wohlen hat diese Zahl bereits 1964 erreicht.

Die letzten grossen Veränderungen der Einwohnerzahl:

1967	3 Jahre später	11'000
1987	20 Jahre später	12'000
1997	10 Jahre später	13'000
2005	8 Jahre später	14'000

Ich hatte in den vergangenen Jahren verschiedentlich Kontakt mit Leuten ausserhalb unseres Kantons. Wenn man auf Wohlen und die Einwohnerzahl zu sprechen kommt, ist die Reaktion oft wie folgt: „*Wohlen ist ja eine Stadt*“. Dann muss ich jeweils erklären, weshalb dem nicht so ist.

Im Aktuellen aus dem Gemeindehaus vom 18. Oktober 2007 veröffentlichte der Gemeinderat seine Leitgedanken und gab diese in die Vernehmlassung. Alle Einwohnerinnen und Einwohner wurden zum Mitmachen eingeladen. Die entsprechende Einladung ging auch an alle Parteien und Gruppierungen sowie Organisationen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens.

74 % der total 47 Meldungen (via Internet) erklärten sich mit der Mission „*Wohlen – eusi Stadt im Freiamt*“ einverstanden bis sehr einverstanden.

Die Frage, ob Wohlen als Stadt mit Ausstrahlung in die Schweiz wahrgenommen werden sollte, wurde von 49 % als positiv beantwortet. 23 % waren nicht einverstanden und 23 % gar nicht einverstanden.

Interessant sind jedoch die Rückmeldungen der Parteien und Gruppierungen zum Begriff „*Stadt Wohlen*“, welche in den vorgenannten Zahlen nicht enthalten sind.

Nachdem Sie sich nachher äussern, verzichte ich darauf, Ihre Partei oder Gruppierung zu zitieren. Zusammenfassend kann jedoch folgendes festgehalten werden:

CVP, SP, Eusi Lüt & Grüne sowie FDP äusserten sich positiv. Die SVP äusserte sich negativ.

Schlussfolgerung: Die meisten Rückmeldungen, insbesondere diejenigen der Parteien und Gruppierungen, zum Begriff „*Stadt Wohlen*“ waren positiv. Dies war für das Vorgehen des Gemeinderates sehr wichtig.

Der Gemeinderat hat unter der Berücksichtigung der Rückmeldungen (auch der kritischen) einen Leitsatz wie folgt umformuliert: „*Wohlen wird als Stadt mit positiver Ausstrahlung wahrgenommen.*“ Der Begriff „*in die Schweiz*“ wurde weggelassen.

Wie die einleitenden Zahlen zeigen, ist Wohlen gewachsen und wird sich weiter entwickeln. Wir sind hier um an der Zukunft von Wohlen zu arbeiten. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass Wohlen oft ein eigenartiges Selbstverständnis hat. Eigentlich wissen alle, dass Wohlen als 4. grösste Gemeinde des Kantons Aargau gross ist. Andererseits haben viele den Hang zum Kleinen. Deshalb ist ihnen der Begriff „Dorf“ lieber. Es kann auch künftig jedermann und jede Frau Wohlen nennen, wie er oder sie will. Die Politik sollte jedoch ein Zeichen setzen und jetzt den Schritt nach vorne machen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir sind jetzt am entscheidenden Punkt angekommen, an welchem wir auch Entscheidungen treffen müssen. Wir wissen nicht, ob es besser wird, doch ich kann Ihnen garantieren, wenn man nichts ändert, wird es sicher nicht besser. Diesen Schritt müssen wir jetzt machen. Es ist wie, wenn Sie ein Haus bauen und sich entscheiden müssen, mache ich ein Flach- oder Satteldach. Diesen Entscheid treffen Sie nicht erst an der Einweihung des Hauses, sondern diesen Entscheid müssen Sie vorher treffen. Und wenn Sie diesen getroffen haben, werden Sie alle Bauarbeiter darauf aufspuren, dass das Haus das Dach bekommt, welches Sie wollen. Die Bauarbeiter wissen, was sie zu tun haben. Genau so ist es bei uns in der Gemeinde und genau so ist es auch in den Kommissionen und in der Verwaltung. Wir müssen jetzt sagen, wie unser Dach aussehen soll. Der Gemeinderat und die Strategiekommision ist der Ansicht, dass das Dach jetzt bestimmt wird und die Konstruktion soll in Wohlen „Stadt“ heissen.

Ich möchte Sie herzlich einladen, diesen Schritt in die Zukunft, zusammen mit dem Gemeinderat, zu wagen.

Schmid Thomi, Freis Wohle: Wenn man die flammenden Worte von Sandra Lehmann, Gemeindegammann Walter Dubler und Gemeinderat Matthias Jauslin gehört hat, müsste man dem eigentlich zustimmen. Wir haben sehr lange diskutiert und wir sind leider aus folgenden Gründen nicht dieser Meinung.

- Wir finden den Zeitpunkt nicht ganz richtig. Wir haben in Wohlen zu viele Probleme.
- Weiter fehlt uns die Begeisterung. Der Bericht und Antrag erscheint beim Lesen etwas langweilig. Mündlich kam die Begeisterung vorhin besser zum Ausdruck. Ich möchte dies verbinden mit einem grossen Fest und da reicht das Geld selbstverständlich nicht und die Planung leider auch nicht.

Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass das Thema später aufgenommen werden kann. Wir werden sicher einmal eine Stadt, doch nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Ich darf Ihnen unsere Fraktionserklärung zum Bericht und Antrag Nr. 11112: „Wohlen erklärt sich zur Stadt/ Kreditbewilligung für begleitende Massnahmen“ bekannt geben:

Zuerst einmal ein Dankeschön an den Gemeinderat, dass er dem Einwohnerrat als Volksvertreter diesen Bericht und Antrag vorlegt. Er hätte ja auch in Eigenregie Wohlen zur Stadt erklären können.

Die Fraktionsgemeinschaft FDP Wohlen/Dorfteil Anglikon steht einstimmig hinter diesem Bericht und Antrag. Warum? Unsere Fraktion ist der Meinung, dass dieses Thema immens wichtig ist und dieser Schritt jetzt gemacht werden muss!

Verschiedentlich hat man Stimmen gehört, die sagen: Wohlen ist ja gar keine Stadt!

Sind wir das wirklich nicht? Wir sind der Meinung: Natürlich sind wir schon längst eine Stadt. Nur hat man das bisher nicht wahrgenommen oder wahrnehmen wollen.

Wohlen hat in fast allen Bereichen, sei das Schule oder Bildungsangebot, sei das Verkehr, Industrie oder auch in der Kultur, schon längere Zeit Stadtcharakter. Auch in der Bevölkerungszahl bewegen wir uns schon länger im städtischen Bereich. Also kommunizieren wir das auch in Zukunft nach aussen.

Es wurde auch angeführt, dass Wohlen eigentlich keinen stadtgeschichtlichen Hintergrund habe, wie etwa Bremgarten oder im Kanton Zürich das Städtchen Bülach. Mag sein. Es gibt aber in der ganzen Schweiz genug Beispiele, wo das genau so ist und diese Gemeinden nennen sich auch Stadt. Das ist z.B. so bei Kloten, das sich seit Erreichen der 10'000er Bevölkerungsgrenze und dem Ausbau des Flughafens „Stadt Kloten“ nennt, obwohl es bis in die späten 60er Jahre noch ein kleines beschauliches Dorf war. Andere Beispiele wären auch noch Städte wie Dietikon oder Grenchen. Es gäbe noch viele andere Städte in der Schweiz, aber auf eine Aufzählung verzichte ich gerne.

Nicht zuletzt muss sich Wohlen in Zukunft Stadt nennen, um auch in der immer wieder angeführten Standortförderung eine von aussen andere Wahrnehmung zu erzielen.

Und ganz zum Schluss: Auch wenn wir uns in Zukunft Stadt nennen, können sich diejenigen, die im Wohler Oberdorf wohnen, auch in Zukunft weiter als Oberdörfler bezeichnen und ein Niederdorf haben wir ja nicht! In diesem Sinne bitten wir Sie, diesem Antrag ebenfalls zuzustimmen.

Manimanakis Corinne, SP: Immer wieder hört man, dass Wohlen weder eine Stadt noch ein Dorf ist. Aus unserer Sicht ist Wohlen sicher schon lange kein Dorf mehr. Schon rein, wenn man die Einwohnerzahl betrachtet. Auch wird Wohlen in Zukunft immer weniger ein Dorf sein. Auch wenn es Alteingesessene gibt, welche Mühe mit der Vorstellung haben. Und wenn es vielleicht Gemeinden gibt, welche uns belächeln, die tun das so oder so. Interessant ist doch, dass alle bei uns einkaufen kommen und von uns profitieren. Von der Schule, von der Sportanlage und von vielem mehr. Mit unserer Infrastruktur, welche wir bieten und die auch kostet, darf man uns im Freiamt ruhig Stadt nennen.

In der Strategie-Sitzung werden eindeutig Prioritäten gesetzt und Eckpfeiler gestellt, wohin sich die Stadt Wohlen entwickeln soll. Es wird sich einiges verändern in nächster Zeit und das ganz klar in Richtung städtisch. Wir sollten nicht länger warten und den Schritt zur Stadt im 2009 machen.

Die Fraktion SP und EL & Grüne stimmen dem Antrag einstimmig zu. Wir sind gespannt auf das Projekt „Wohlen eusi Stadt“, welche das ganze Jahr durch wieder erscheinen soll durch verschiedene Aktivitäten von Vereinen etc. und wer weiss, vielleicht gibt es am Silvester nicht nur Korkenknall, sondern doch noch ein Feuerwerk.

Isler Roger, CVP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung der CVP bekannt. Ich wurde bereits in einigen Diskussionen gefragt, was denn eine „Stadt“ bringen würde. Ich habe eine kurze Antwort darauf: Was schadet es?

Die meisten Diskussionen waren so schnell erschöpft. Es ist klar, dieses Thema schürt Emotionen. Ich gehe ja auch ins „Dorf“ einkaufen. Sich per 1.1.2009 als Stadt zu bezeichnen, ist ein Verwaltungsakt. Es wird alles neu angeschrieben und es gibt einige neue Bezeichnungen.

Eine Stadt werden ist ein Prozess, welcher nicht erst am 1.1.2009 beginnt. Er endet auch nie. Die Veränderung muss in den Köpfen der Menschen stattfinden.

In unserer Fraktion ist eine starke „Pro-Stadt-Stimmung“ vorhanden, eine grosse Mehrheit wird aus diesem Grund Ja stimmen.

Es gibt ein paar Vorbehalte, u.a. wegen des Termins und der Umsetzung. Fakt ist, dass Wohlen eine Stadt ist. Wir haben zwar die Probleme einer Stadt, jedoch gibt es auch die schönen Seiten, wie Sport oder die kulturellen Sachen. Hier können wir mit anderen Städten in unserer Grösse mithalten.

In unserem Leitbild steht, dass Wohlen positiv als Stadt wahrgenommen werden soll. Allerdings werden wir jetzt eher negativ als „Dörfli“ wahrgenommen. Ich habe den Glaube aber noch nicht aufgegeben, dass es sich ändern könnte. Für mich ist der Zeitpunkt spätestens jetzt da. Akzeptieren wir endlich unsere Situation und hören wir auf dem „Dörfli“ Wohlen, welches seit Jahrzehnten nicht mehr existiert, nach zu trauern. Schlagen wir am 1.1.2009 ein Schild ein, auf welchem steht: vorwärts!

Der Betrag für die Begleitaktivitäten soll dazu dienen, eine Stadt zu thematisieren und es in das Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Vom Kleinkind bis zum Greis, in Schulen, Vereinen und in der Kultur. Es darf ruhig etwas mehr als ein Feuerwerk sein.

Das es eine laufende Diskussion geben wird, ist richtig. Es ist nämlich auch ein Zeichen, dass es eine Auseinandersetzung gibt mit diesem Thema.

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie heute Ja, als Zeichen für ein zukunftsgerichtetes Wohlen, welches positiv als „Stadt im Freiamt“ wahrgenommen wird.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP-Fraktion sieht keine Notwendigkeit, das Dorf Wohlen in eine Stadt umzubenennen. Es fehlt in Wohlen an verschiedenen Voraussetzungen, die zur Neubenennung berechtigen würden. Wohlen hat keine historische Vergangenheit wie z.B. Bremgarten, Lenzburg, Aarau, Baden, Brugg, Rheinfelden etc. Es fehlt das „Stadt“-Zentrum. Und ich garantiere Ihnen, dass dieses auch in 20 Jahren noch fehlen wird.

Bekannt wurde Wohlen durch die Strohindustrie. Was damals an Kreationen in der Strohverarbeitung, insbesondere für die Modewelt ins Ausland exportiert und in der Schweiz angeboten wurde, lässt sich bei einem Besuch im Strohmuseum nachvollziehen. Die Gründer waren hervorragende Industrielle und viele Arbeiterinnen und Arbeiter fanden in dieser bedeutenden Industrie ein – wenn auch karges - Auskommen.

Geblichen ist eine Bevölkerungsstruktur, die mit denjenigen anderer Städte im Kanton Aargau nicht vergleichbar ist. Erinnern wir auch daran, dass Wettingen als grösste Gemeinde des Kantons Aargau noch immer ein Dorf ist und keinerlei Anstalten macht, eine Stadt zu werden. Dafür hat Wettingen einen tiefen Steuerfuss.

Es braucht für eine Stadt-Werdung ein konkretes Konzept. Der Bericht und Antrag ist leider kein Konzept, sondern nur eine Absichtsäusserung mit Budgetantrag. Die Strategiekommission wurde auch nur kurz angefragt und gab bei einer Präsenz von weit unter 50 % einige Inputs. Der Gemeinderat hat noch keine Strategie beschlossen, will aber mit der Stadt-Vorlage vorprellen. Das ist doch kein durchdachtes Vorgehen!

Es soll nächstes Jahr diverse Aktivitäten geben, liest man im Bericht und Antrag. Diverse Vereine wurden bereits angefragt, ob sie in ihr 2009-Programm entsprechende Aktivitäten noch aufnehmen können – die Antworten waren ernüchternd. Vereine lassen sich nicht für alles vor den Karren spannen, und wenn schon, dann soll auch etwas in ihre Kasse fliessen. Wenn man das Stadtwerden professionell aufgleisen will, ist eine wohl vorbereitete und vor allem wohlüberlegte Kampagne auf verschiedenen Ebenen unabdingbar. Und das kostet sehr viel Zeit und auch Geld. Es muss ein solides Fundament her, bevor man darauf ein Haus namens „Stadt Wohlen“

baut. Sonst kommt das Ganze daher wie ein VW mit einer Rolls-Royce-Kühlerfigur. Wir sind uns wohl alle einig: Wohlen ist im heutigen Zustand weit davon entfernt, eine Stadt zu sein.

Und glauben Sie mir: kein einziger guter Steuerzahler und kein einziges Unternehmen kommt nach Wohlen, nur weil es sich jetzt plötzlich als Stadt bezeichnet. Das Vorhaben ist ein offensichtlicher Etikettenschwindel, eine Fassade mit fast nichts dahinter.

Deshalb lehnt die SVP-Fraktion den Bericht und Antrag 11112 einstimmig ab. Sollte der Einwohnerrat dem Geschäft zustimmen, werden wir beantragen, die Vorlage vors Volk zu bringen. Denn die Mutation von Dorf zu Stadt ist ein hochemotionelles Thema, zu welchem jeder Bürger Stellung nehmen soll und auch darf. In vielen Gesprächen mit Bürgern haben wir herausgehört, dass eine Volksabstimmung gewünscht wird.

Sollte das Behördenreferendum heute Abend nicht zustande kommen, wird die SVP das Referendum ergreifen und Unterschriften sammeln. Wir haben ja – wie Sie wissen – einschlägige und sehr gute Erfahrung damit.

Gregor Ariane, CVP: Ich bin entschieden gegen diese Vorlage. Statistisch gesehen ist Wohlen seit 44 Jahren eine Stadt. Um als Stadt mit positiver Ausstrahlung wahrgenommen zu werden braucht es mehr, als eine grosse Einwohnerzahl.

Der Gemeinderat hat mit den neu erarbeiteten Leitgedanken einen nützlichen Mechanismus in Gang gesetzt, welche den Wohlerinnen und Wohlern die Tiefstapler-Mentalität nehmen soll. Das ist gut so. Aus meiner Sicht ist der Gemeinderat mit dieser Vorlage aber zu schnell vorgeprescht. Ich vermisse die Freude, die Aufbruchstimmung und die Nachhaltigkeit. Während eines Jahres soll mit begleitenden Aktivitäten die Stadtwerdung gefeiert werden. Der finanzielle Rahmen für diese Aktivitäten ist sehr klein.

Mir fehlt das Konzept. Die Aufgabe, das Selbstbewusstsein der Wohlerinnen und Wohler zu stärken, wird den Vereinen, Organisationen und den Schulen überlassen, das sind sage und Schreibe Fr. 50'000.00. Das ist Kleingeist und Tiefstaperei und davon wollten wir uns doch trennen?

Der Gemeinderat hat mit Schwung die aufbauenden Leitgedanken angepackt und präsentiert. Eine Stadt werden braucht erstens Zeit, zweitens ein Konzept und drittens eine Feier zum festsetzen. Lassen wir uns doch ein riesiges Stadtfest nicht nehmen, um uns von der langjährigen Bescheidenheit von unserem Dorf zu verabschieden.

Antrag

Die Stadterklärung wird um ca. 2 Jahre verschoben, damit sich ein Organisationskomitees bilden kann für ein freudiges Stadtfest. Nach dieser Feier sind und leben wir in einer Stadt.

Die gewonnene Zeit müssen die Stadtpolitikerinnen und Stadtpolitiker nutzen, um den Prozess zur Stadtwerdung zu gestalten und den grossen Schritt nach vorne, zu mehr Selbstbewusstsein zu machen. Ich bitte alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dem Antrag zuzustimmen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es darf auf keinen Fall 2 Jahre verschoben werden. Das ist ja genau das, was wir jetzt markieren wollen. Genau das ist ja jetzt der Störfaktor, welcher uns seit über 40 Jahren prägt. Wir sind zu wenig mutig! Wir haben nicht den Mut, den Schritt vorwärts zu machen. Wir sind in Wohlen, wir sind Wohler und wir können Wohlen weiterbringen. Aber wir bringen Wohlen nicht weiter, wenn wir es aufschieben. Wann ist der richtige Zeitpunkt? Der richtige Zeitpunkt ist dann, wenn wir bereit sind, denn Schritt zu machen und diesen Schritt muss man injizieren. Sind wir bereit diesen Schritt zu machen? Wir dürfen ihn nicht zwei Jahre hinausschieben und nicht warten, bis wir ein historisches Zentrum haben. Es braucht anschlies-

send Zeit um das einzubringen in sämtliche Behörden, Verwaltungen und Kommissionen. Wenn wir dem nie zustimmen, werden wir auch in 20 Jahren noch am selben Ort sein wie jetzt. Lehnen Sie bitte den Antrag ab.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte einen Satz wiederholen, welchen ich vorhin schon gesagt habe. Es hat einen bitteren Nachgeschmack, dass dies jetzt unbedingt im Wahljahr passieren muss! Ich sage im Wahljahr vom Gemeinde- und Einwohnerrat. Wenn dies 2 Jahre später wäre oder wenn es 2 Jahre früher gewesen wäre, wäre es mir wesentlich wohler gewesen. Im Dorf heisst es bereits, man müssen den Wahlkampf des Gemeindeammanns finanzieren – was zwar nicht stimmt – aber erzählt wird es halt trotzdem.

Abstimmung

Der Antrag von Ariane Gregor, CVP,

die Stadterklärung wird um ca. 2 Jahre verschoben wird, damit sich ein Organisationskomitees bilden kann für ein freudiges Stadtfest. Nach dieser Feier sind und leben wir in einer Stadt.

wird mit 6 Ja-Stimmen zu 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Spörri Marlies, SVP: Für mich wäre eine Stadt mehr Schein als sein.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Als Mitglied des Gemeinderates und der Strategiekommission möchte ich Sie bitten, die Meinung der Strategiekommission aufzunehmen. Die Strategiekommission hat sich mehr als einmal mit diesem Thema befasst und es waren mehr als 50 % anwesend. Wir stehen ganz klar hinter der Vorlage. Die Strategiekommission befürwortet diesen Schritt grossmehrheitlich. Wohlen soll zur Stadt werden. Die Kommission sieht das als grosse Chance. Geben Sie diesem wichtigen Schritt ebenfalls die Chance und stimmen Sie dem Bericht und Antrag zu.

Tanner Peter, SVP: Ich komme auf das Votum der GPK-Sprecherin Sandra Lehmann zurück. Es war sehr gut dargestellt, bis auf einen Punkt. Alles, was Frau Lehmann gesagt hat, kann man durchaus auch von einem Dorf exzellent bewirken. Das haben wir bis anhin auch bewiesen. Auch Wettingen hat dies bewiesen. Auch aus kleinen Bauerndörfer können es Nationalmannschaftsmitglieder weit bringen. Man muss dafür weder eine Stadt noch ein Dorf sein, sondern kreativ. Das Schlusswort sollte hier die Bevölkerung bzw. die Stimmbürger haben.

Roger Isler sagte: „Was schadet es?“. Dazu möchte ich sagen, dass eine Stadt tendenziell teurer ist. Dies schadet uns, weil wir das Geld grundsätzlich gesehen nicht haben. Als letzter Hinweis: Stadt ev. Ja, aber das muss am Schluss kommen und nicht als Auftakt. Wenn man losreiten will, muss man das Pferd auch erst losbinden.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Die Gemeinde Wohlen erklärt sich per 01. Januar 2009 zur Stadt*
2. *Für Änderung von Beschriftungen und die administrative Umstellung wird ein Kredit von Fr. 15'000.—bewilligt*
3. *Für die Unterstützung von Aktivitäten zum Thema „Stadt Wohlen“ während des Jahres 2009 wird ein Gesamtkredit von Fr. 50'000.— bewilligt*

wird mit 24 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe es in meinem Votum bereits angekündigt, die SVP stellt den **Antrag auf Behördenreferendum.**

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es heisst, wir hätten keine Strategie. Dies stimmt überhaupt nicht. Wir haben ein Leitbild, darin sind die Strategien aufgelistet. Die Strategie wurde vom Gemeinderat in intensiven Diskussionen aufgegleist. In der Strategiekommission wurden diese ebenfalls durchdiskutiert und man ist gleicher oder ähnlicher Meinung, auch hier werden Abklärungen betreffend der Massnahmen getroffen. Wir sind überzeugt, dass man euch als Einwohnerräte, als Vertreter des Volkes, fragen kann, ob ihr dafür oder dagegen seid. Der Einwohnerrat hat nun der Vorlage zugestimmt. Er ist der Vertreter des Volkes und sollte jetzt zu seinem Entscheid stehen und keine Volksabstimmung verlangen. Ich bitte Sie, den Antrag anzulehnen.

Manimanakis Corinne, SP: Ich frage mich schon, warum wir hier sind, wenn wir doch immer alles dem Volk zum Abstimmen geben. Ich habe keine Angst vor dieser Abstimmung, aber ich finde es nicht richtig.

Stäger Urs, SVP: Die Volksvertretung sind wir doch und wie war das mit der Volksabstimmung vom 28. September 2008? Auch da hatte die Mehrheit im Einwohnerrat den beiden Gebührenreglementen zugestimmt und was hat das Volk dazu gesagt? Im übrigen sah man unseren Finanzkommissionspräsidenten häufig in der Presse jammern, man hätte kein Geld und dürfe mit dem Steuerfuss nicht runter. Nun möchte man CHF 65'000.00 einfach zum Fenster rauswerfen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte Frau Manimanakis gerne zu bedenken geben, dass das nicht irgendein Kreditantrag ist, sondern hier geht es darum, ob Wohlen eine Stadt wird oder ein Dorf bleibt. Das ist eine hochemotionale Frage, bei der Sie vielleicht, wenn Sie nicht immer Einwohnerrat wären, auch gerne Ihre Stimme abgeben würden.

Donat Ruedi, CVP: Wir haben jetzt CHF 65'000.00 bewilligt. Ich weiss nicht, was eine solche Volksabstimmung kosten wird. Über dieses Geld bestimmen wir ja jetzt auch.

Tanner Peter, SVP: Es wird ohnehin eine Abstimmung geben. Diese hier würde man ja nicht separat vor das Volk bringen. Frau Manimanakis sagt, sie hätte keine Angst vor einer Volksabstimmung. Stimmt doch unserem Antrag zu, dann sehen wir es! Sollte das Volk dies dann bejahen, dann ist dies eine Stimulans. Es gibt eine breite Diskussion. Es ist das Beste für den Gemeinderat und die Mitglieder des Einwohnerrates, welche jetzt zugestimmt haben, wenn das Volk auch zustimmt.

Auch wenn wir Volksvertreter sind, wird hier im Einwohnerrat oft total am Volk vorbei politisiert. Ich befürchte, dass es auch jetzt wieder ein Vorbeischauen am Volk ist. Also nehmt euren Mut nochmals hervor und stimmt unserem Antrag zu.

Wenn ihr dies nicht macht, befassen wir uns sehr ernst mit der Ergreifung des Referendums.

Arsène Perroud, SP: Ich möchte der SVP überhaupt nicht die Chance geben, Wahlwerbung machen zu können. Der Einwohnerrat hat eine Funktion und es kann nicht sein, dass man jedes Mal, wenn es ein bisschen „bränzig“ wird, eine Volksabstimmung verlangt. Ich gebe Herrn Bruno Bertschi recht, es ist eine emotionale Sache, aber so kann man sich auch überlegen, alle 4 Wochen eine Gemeindeversammlung durchzuführen. Wir werten uns als Einwohnerräte ganz klar ab, wenn wir sagen, dass wir über diese Frage nicht selber bestimmen können. Das ist ein Zeichen nach aussen und es ist ganz wichtig. Wir sollten zeigen, dass wir die Kraft und die Stärke haben, auch einen solch emotionalen Entscheid fällen zu können. Ich bitte euch, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Siebenmann Johannes, EVP: Natürlich sind wir als Einwohnerrat in dieser Funktion da, Entschlüsse und Entscheidungen zu fällen. Jetzt haben wir einen gefällt, welchen ich persönlich für richtig halte. Es handelt sich jedoch um einen emotionalen Entscheid und man kann sich jetzt darüber streiten, ob man jetzt einfach Nein sagt oder ob man dem Volk die Gelegenheit gibt.

Abstimmung

Die SVP beantragt das Behördenreferendum.

Der Antrag der SVP wird mit 12 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Benz Guido, FIKO-Präsident: Bevor ich auf den Finanzplan 2008-2012 eingehe, möchte ich mich ganz allgemein mit der Rechnungslegung einer Gemeinde befassen – natürlich am Beispiel Wohlen.

Das Rechnungslegungs-System einer Gemeinde unterscheidet sich in Aufbau und Terminologie grundsätzlich vom dem eines Unternehmens. Begriffe wie „Gewinn“ oder „Verlust“ gibt es nicht. Diese Werte werden auch nicht offiziell berechnet, obschon sie natürlich existieren.

In der Diskussion rund um Gemeindefinanzen begegnen wir immer wieder dem Begriff „Überschuss“, der aus Unkenntnis sehr oft mit „Gewinn“ gleichgesetzt wird.

Soweit erkannt und zugestanden wird, dass aus dem so genannten „Überschuss“ die Investitionen zu bezahlen sind, wird oft suggeriert, er beinhalte – jedenfalls in Wohlen - eine bedeutende Gewinnkomponente. Dies ergibt sich etwa aus der Aussage von Jean-Pierre Gallati in seinem Schreiben vom 30. September an die Parteipräsidenten – ich zitiere:

„Einen allzu hohen Überschuss (wie im Jahr 2007 mit 4.2 Mio. Franken) lehnt die SVP aber ab“.

Was gilt jetzt eigentlich? Hat Wohlen zu viel Mittel zur Verfügung, wie aus dieser Aussage ganz klar geschlossen werden muss? Oder hat Wohlen zu wenig Mittel, wie es die Finanzkommission in den vergangenen Jahren immer wieder kommuniziert hat?

Vergegenwärtigen wir uns zuerst nochmals kurz den Begriff „Überschuss“.

Rechnung Gemeinde Wohlen 2007-2009

in TCHF Mio.	R 2007	VA 2008	VA 2009
Steuerertrag	32.4	31.3	30.3
Nettoaufwand (inkl. Nettozins)	28.0	29.2	28.6
Eigenfinanzierung = Cashflow verfügbar für Investitionen und Abschreibungen	4.4	2.2	1.7
Vorgeschriebene Abschreibungen	0.1		
"Überschuss??"	4.3	↔ 4.2 Mio.	

Was hier in Anführungszeichen mit zwei Fragezeichen als Überschuss bezeichnet wird, ist wohl den eingangs genannten CHF 4.2 Mio. Überschuss gleichzusetzen. Ich möchte aber den nirgends definierten Begriff „Überschuss“ fallen lassen zugunsten des klar definierten Begriffes „Eigenfinanzierung“ oder „Cashflow“. Cashflow ist auch in der Wirtschaft ein gängiger Begriff und steht für Mittel, die für Investitionen und Abschreibungen verfügbar sind (in der Wirtschaft zusätzlich für den Gewinn).

Wieviel Cashflow benötigt eine Gemeinde?

Der Cashflow muss die Abschreibungen bzw. die Investitionen über die Zeit abdecken, und zwar zu 100 %. Dies verlangt jeder Unternehmer, dies verlangt der Kanton, dies verlangt auch jeder verantwortungsbewusste Politiker.

Die Frage ist jetzt: Wie hoch muss der Cashflow sein, damit diese Forderung erfüllt ist? Aber auch: Wann ist ein Investitionsniveau als vernünftig zu bezeichnen? Entscheidend ist dabei natürlich nicht ein einzelnes Jahr, sondern ein Zeitraum von z.B. 5 bis 10 oder mehr Jahren.

Soll-Eigenfinanzierung für Wohlen

Der Kanton hat aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungswerte in über 240 Gemeinden für die notwendige Eigenfinanzierung einen Richtwert definiert, nämlich die Eigenfinanzierungsquote, und postuliert dafür eine Spanne von 15 bis 20 % des Steuerertrages.

Für Wohlen ergibt dieser Richtwert folgende Beträge:

Soll-Eigenfinanzierung

<i>in Mio. Franken</i>	R 2002	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	VA 2008	VA 2009	Ø 2002-2009
Steuerertrag	25.3	27.0	28.6	28.6	30.7	32.4	31.3	30.3	30.3
Eigenfinanzierungsquote 15% (Cashflow)	3.8	4.1	4.3	4.3	4.6	4.9	4.7	4.5	4.4
Eigenfinanzierungsquote 20% (Cashflow)	5.1	5.4	5.7	5.7	6.1	6.5	6.3	6.1	5.9

Im Durchschnitt der berücksichtigten 8 Jahre müsste Wohlen also einen Cashflow von CHF 4.4 Mio. (bei 15 %) bzw. CHF 5.9 Mio. (bei 20 %) erreichen.

Netto-Investitionen von Wohlen

Nettoinvestitionen

<i>in Mio. Franken</i>	R 2002	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	VA 2008	VA 2009	Ø 2002-2009
Nettoinvestitionen (ohne APK 9.2 Mio.)	2.5	5.0	5.6	2.8	1.5	2.2	6.5	3.1	3.7

Die Investitionstätigkeit 2002-2009 beläuft sich durchschnittlich auf CHF 3.7 Mio. (mit APK auf CHF 4.8 Mio.). Wenn wir berücksichtigen, dass die grossen Sanierungsprojekte (im Finanzplan 2008-2012 total CHF 13.5 Mio. für Junkholz, Schwimmbad und Kunsteisbahn) von Jahr zu Jahr auf das Ende der Planperiode verschoben werden, ist klar: Wohlen ist unterinvestiert, die Investitionen müssten durchschnittlich eher CHF 6 als CHF 5 Mio. betragen.

Die effektiven Ergebnisse von Wohlen

Wenn wir eine Gewinn- und Verlustrechnung machen und die effektive finanzielle Situation von Wohlen darstellen, indem wir – immer noch beschönigend – für die Eigenfinanzierungsquote den minimalen kantonalen Richtwert von 15 % in die Rechnung einbeziehen, ergeben sich für Wohlen die folgenden Ergebnisse:

Verluste 2002 bis 2009

in Mio. Franken	R 2002	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	VA 2008	VA 2009	Ø 2002-2009
Steuerertrag	25.3	27.0	28.6	28.6	30.7	32.4	31.3	30.3	29.3
Nettoaufwand	22.9	24.2	26.0	28.1	28.3	28.0	29.2	28.6	26.9
Eigenfinanzierung (Cashflow)	2.4	2.9	2.6	0.5	2.4	4.4	2.2	1.7	2.4
Eigenfinanzierung 15% (Richtwert Kanton 15-20%)	3.8	4.1	4.3	4.3	4.6	4.9	4.7	4.5	4.4
Verlust von Wohlen (Minimum)	-1.4	-1.2	-1.7	-3.8	-2.2	-0.5	-2.5	-2.8	-2.0

Die Ergebnisse sind ernüchternd: Über 8 Jahre erwirtschaften wir einen durchschnittlichen Verlust von CHF 2 Mio. Selbst im „Rekordjahr“ 2007 ergibt sich ein Verlust von CHF 0.5 Mio.; für 2009 planen wir im Voranschlag einen solchen von CHF 2.8 Mio. (mit dem Richtwert von 20 % würden sich diese Verluste um rund CHF 1.5 Mio. erhöhen).

Ein anderer Zugang: Der Eigenfinanzierungsgrad

Für viele ist aber vielleicht eine andere Betrachtungsweise verständlicher: Jedermann wird zustimmen, dass die notwendigen Investitionen der Gemeinde genau wie in einem Unternehmen oder im privaten Bereich über die Jahre zu 100 % finanziert werden müssen.

Eigenfinanzierungsgrad

	R 2002	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	R 2007	VA 2008	VA 2009	Ø 2002-2009
Eigenfinanzierungsgrad	97%	58%	46%	17%	164%	75%	18%	54%	66%

Wohlen vermag seine Investitionen nicht zu finanzieren. Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2009 betrug der Selbstfinanzierungsgrad lediglich 66 %, d.h. 44 % der Investitionen mussten über Schulden finanziert werden

Wie kann die offensichtliche Finanzierungslücke geschlossen werden?

Es bestand in der Vergangenheit also offensichtlich eine grosse Finanzierungslücke von rund CHF 2 Mio. (die im Finanzplan 2008-2012 noch ansteigt). Es stellt sich die brennende Frage, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Dazu ist ein ganzer Strauss von Möglichkeiten zu überprüfen und zu beurteilen:

1. Reduktion des Steuerfusses: Der Steuerfuss spielt für die Attraktivität eines Standortes durchaus eine Rolle, kommt aber erst etwa an – sagen wir mal - 5. Stelle. Es wird argumentiert, dass mit einem tieferen Steuerfuss gute Steuerzahler angezogen werden, die den Ausfall der Steuereinnahmen überkompensieren. Dies ist pure Utopie, denn Wohlen wird niemals eine Steueroase werden. Bei einem Steuerfuss von 105 % reduzieren sich die Einnahmen um rund Fr. 2 Mio. (bei 99 % um rund Fr. 3.4 Mio.). Tendenziell wird die Steuerkraft mit einem tieferen Steuerfuss steigen, möglich erscheint mir eine Spanne von bis zu 500'000

p.a., sicher aber nicht CHF 2 Mio. und mehr. - Ich möchte noch ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Steuerkraft von Wohlen seit 1988 trotz dem konstanten und durchaus mässigen Steuerfuss von 105 % im Vergleich zum Kantonsmittel von Jahr zu Jahr gesunken ist.

2. Ausgabenreduktionen sind immer möglich, sowohl durch rationellere Arbeit bei gleicher Qualität wie auch durch Streichen von Aufgaben. Für die Beurteilung des Potentials ist in Rechnung zu stellen, dass nur ein kleinerer Teil der Nettoausgaben von Fr. 28 Mio. durch die Gemeinde beeinflussbar sind, gemäss meiner Schätzung deutlich unter Fr. 10 Mio. Es gibt verschiedene starke Indizien, dass die Gemeinde rationell arbeitet, sodass das Einsparungspotential gering sein dürfte. Wenn 3 % möglich sind, sollen sie realisiert werden, der Einfluss von CHF 300'000 auf unsere Rechnung bleibt aber marginal. Der Verzicht auf gewisse Gemeindeleistungen ist eine politische Frage (z.B. Kulturförderung Fr. 0.2 Mio., Gemeindebibliothek Fr. 0.3 Mio. Sport Fr. 0.3 Mio. Schwimmbad und Kunsteisbahn Fr. 0.5 Mio. Chinderhuus 0.2 Mio. etc., - ergäbe im Total 1.2 Mio.) und ist wenig realistisch: Wie steht es mit der Attraktivität von Wohlen?

Im Lichte dieser Fakten ist auch verständlich, dass noch von keiner Seite aufgezeigt wurde, wie und wo konkret die Ausgaben um Millionen reduziert werden können.

3. Reduktion der Investitionen: Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Wohlen ist nicht über-, sondern unterinvestiert.
4. Erhöhung des Steuerfusses: Wohlen hat nicht einen „Höchststeuerfuss“, sondern einen eher hohen Steuerfuss. 2008 betrug der kantonale Durchschnittssteuerfuss 105 %. Wohlen steht mit 113 % im 124. Rang, mit dem effektiven Vergleichssteuerfuss (nur in Wohlen wird die Entsorgung durch Steuern bezahlt) von 110 % im 99. Rang (von 229 Gemeinden). Für mich bildet 115 % eine Obergrenze. Eine Reduktion des Steuerfusses ist absolut nicht tragbar.

Wohlen hat nicht ein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem

Eigentlich wissen es alle, die es wissen wollen. Wohlen hat ein Einnahmenproblem, d.h. die Steuerkraft ist seit 1988 gesunken und heute viel zu tief. Um dies zu verändern, muss Wohlen attraktiver werden. Dazu braucht es gute Ideen und Projekte, die so rasch als möglich umgesetzt werden. Ohne Investitionen bzw. Erhöhung der Investitionen wird es nicht gehen.

Die Verbesserung der Steuerkraft wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte brauchen. Wir werden uns also noch jahrelang mit eher unerfreulichen Finanzfragen befassen müssen. Die relativ günstige Schuldensituation (eine Erbschaft aus den Jahren 1988 bis 1995) gibt uns etwa Ellbogenfreiheit, die wir nützen müssen.

Fazit aus den Fakten und Überlegungen

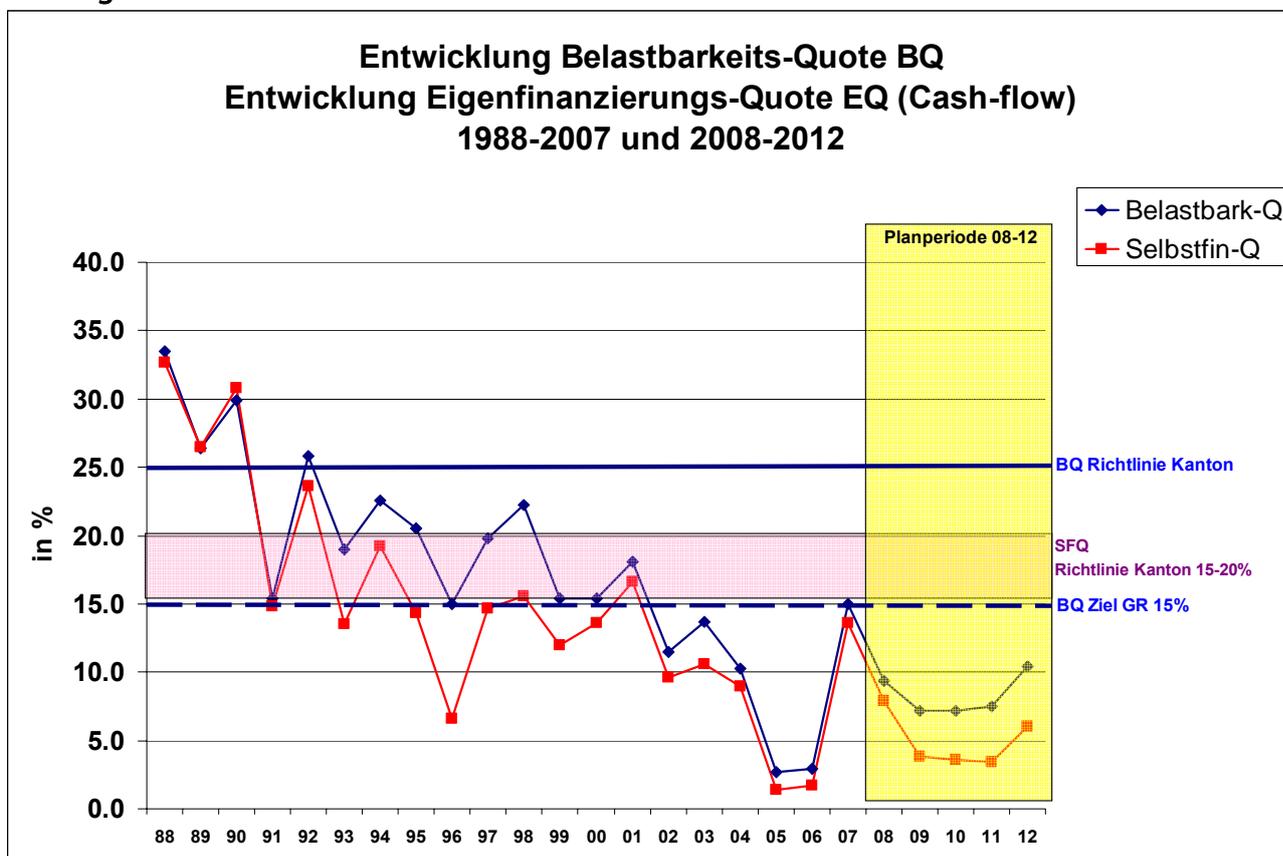
- Ein beträchtlicher „Überschuss“ oder präziser gesagt eine beträchtliche Eigenfinanzierung (Cashflow) ist absolut notwendig. Für Wohlen ist eine Eigenfinanzierung von CHF 4.5 und 6 Mio. erforderlich (erreicht werden 2002-09 CHF 2.4 Mio.).
- Die Eigenfinanzierung im 2007 von Fr. 4.4 Mio. ist trotz des scheinbar stolzen Betrages ungenügend. Dazu handelt sich um ein einsames Spitzenresultat (um weitere Werte über Fr. 4 Mio. zu finden, muss man bis 2001 und 1994 zurückgehen)
- Unternehmerisch gerechnet erwirtschaftet die Gemeinde jedes Jahr einen beträchtlichen Verlust, CHF 2 Mio. im Durchschnitt der Jahre 2002-2009.

- Ursache dieses Verlustes sind nicht überbordende beeinflussbare Ausgaben oder Investitionen, sondern fehlende Einnahmen bzw. die schwache Steuerkraft.
 1. Steuerkraft und allgemeine Attraktivität müssen deutlich verbessert werden: dies wird aber Jahre in Anspruch nehmen.
 2. Es besteht absolut kein Raum für eine Steuerfussreduktion.

Für mich ist völlig unverständlich, dass im Lichte dieser Fakten und Überlegungen von hohen oder gar überhöhten Überschüssen gesprochen, dass eine Steuerfussreduktion gefordert wird. Wer kann es verantworten, die Schulden unkontrolliert zu erhöhen, notwendige Investitionen zu verzögern oder zu unterlassen, die nächste Generation mit Aufgaben zu belasten, die wir heute lösen müssten.

Für mich persönlich gilt: Ich will mir in 10 Jahren nicht vorwerfen lassen müssen, ich hätte als FI-KO-Präsident meine Aufgaben nicht erfüllt.

Anhang



Bericht zum Voranschlag 2009

Sie haben einen ausführlichen Bericht zum Voranschlag 2009 erhalten und ich hoffe sehr, dass Sie sich damit eingehend auseinandergesetzt haben.

Ich habe im Laufe meiner beruflichen Tätigkeit schon unzählige Budgets, Mittel- und Langfristpläne selbst erstellt oder überprüft. Ich weiss durchaus um die Problematik hinsichtlich wünschbarer Detaillierung, Analysen usw. Ich bin mir bewusst, Kommentieren und Analysieren ist harte Arbeit. Aufwand und Nutzen müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Und

wenn die Finanzkommission beim Gemeinderat Wünsche und Anregungen, manchmal auch Forderungen anbringt, so überlege ich mir immer wieder, ist das sinnvoll?

Ich bin aber überzeugt, dass gerade in Zeiten mit finanziellen Engpässen oder auch mit vielfältiger Änderungen – ich denke hier vor allem auch an die vielen gesetzlichen Änderungen – ein Mehr an Analysen und Beurteilungen unvermeidbar ist. Ohne die dabei gewonnenen Erkenntnisse ist es kaum oder sogar überhaupt nicht möglich, die Weichen richtig zu stellen.

Ergebnisse des Voranschlages 2009 (Chart 12)

Zusammenzug Voranschlag 2009 revidiert

	Voranschlag 2009	Voranschlag 2008 (inkl. NK)	Rechnung 2007	Abweichung	
				2008	2007
Nettoaufwand Geld	29'804'500	29'189'900	28'033'970	2.11%	6.32%
Gemeindesteuern (DS 900)	31'315'000	31'347'000	32'434'339	-0.10%	-3.45%
Eigenfinanzierung (Cashflow)	1'510'500	2'157'100	4'400'369	-29.98%	-65.67%
Vorgeschr. Abschreibungen	899'900	684'800	83'124	31.41%	982.60%
Zusätzliche Abschreibungen	601'600	1'472'300	4'317'245	-59.14%	-86.07%
Soll-Eigenfinanzierung Basis Richtwert 15%	4'697'250	4'702'050	4'865'151		
Verlust	-3'186'750	-2'544'950	-464'782		

Die Zahlen haben sich nach der vergangenen Abstimmung leicht verändert. Der Nettoaufwand ist um CHF 1.2 Mio. auf CHF 29.8 Mio. gestiegen, was im Vergleich zu den Vorjahren 2008 und 2007 zu spürbaren Negativabweichungen führt. Der Steuerertrag hat sich um CHF 1 Mio. auf CHF 31.3 Mio. erhöht. Insgesamt reduziert sich die Eigenfinanzierung damit um CHF 200'000 auf CHF 1.5 Mio. Die Eigenfinanzierung beträgt damit nur noch rund ein Drittel des Ergebnisses 2007. Sehr Unerfreulich.

Ich habe hier meine Verlustrechnung wiederholt und Sie sehen, das Manko beträgt CHF 3.2 Mio. Ich habe in beiden Berichten die Möglichkeit von Pflichtabschreibungen angesprochen. Der Einwohnerrat könnte zusammen mit dem Voranschlag Pflichtabschreibungen von z.B. CHF 3.2 Mio. beschliessen. Der Effekt wäre in unserem Beispiel ein Fehlbetrag im Voranschlag von CHF 3.2 Mio., der später wieder abgetragen werden müsste, wenn die Rechnung 2009 nicht wesentlich besser abschliesst. Pflichtabschreibungen sind unabhängig vom Ergebnis der effektiven Rechnung auf alle Fälle abzuschreiben (auch wenn dieses schlechter ausfällt als geplant). Ein offensichtlicher Vorteil wäre eine erhöhte Transparenz, die Finanzlage der Gemeinde kommt viel klarer zum Ausdruck. Den Gesamteffekt überblicke ich aber noch zu wenig; Pflichtabschreibungen sind für mich im Moment ein Versuchsballon, den ich aber weiter verfolgen möchte.

Auf vier Punkte möchte ich noch speziell zu sprechen kommen:

Zielsetzungen des Gemeinderates

Ich habe mir die Ziele nochmals überlegt und komme zu einer kritischeren Haltung als im Bericht ausgedrückt wird:

- Ziel 1 „Steuerfuss“ betrachte ich als wenig geeignet, solange nicht ein weiterer Parameter wie z.B. Selbstfinanzierungsquote mit eingeschlossen wird.

- Ziele 2 und 3: Nur messbare Ziele sind sinnvoll; dieser Punkt ist noch offen
- Ziel 4 „gesetzliche Änderungen“: Kein Ziel, sondern eine Budgetierungsgrundlage.
- Ziel 6 „Begründung von Abweichungen“: Kein Ziel, sondern eine Selbstverständlichkeit.
Unterhalt

Es sei nochmals wiederholt: Dringende Unterhaltsarbeiten und Sanierungen dürfen nicht hinausgeschoben werden.

Programm für Ausgabenreduktionen

Auch hier sei nochmals wiederholt: Der Punkt Ausgabenreduktion muss in jedem Plan explizit angesprochen werden.

Transparenz

Es ist das wichtigste und schwierigste Stichwort und ich möchte auch auf meine Eingangsanmerkungen verweisen. Es geht hier vor allem um die Beurteilung von Ziel 2 „Nettoaufwand 2009 unter Niveau 2007“ sowie von Ziel 3 „Beeinflussbare Ausgaben maximal auf Niveau 2007“. Ich bin hier noch nicht weitergekommen, habe aber vom Revisor BDO-Visura soeben eine Offerte bekommen, die ich mit dem Gemeinderat besprechen werde. Vor allem der Aspekt „Beeinflussbare Kosten“ führt immer wieder zu Diskussionen; eine allgemeine Klärung wäre sicherlich hilfreich und wertvoll.

Antrag

Die Finanzkommission beantragt mit 5 zu 2 Stimmen, den Voranschlag 2009 mit den Korrekturen gemäss Schreiben des Gemeinderates vom 30. September 2008 und einem Steuerfuss von 113 % zu genehmigen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich danke der Finanzkommission ganz herzlich, auch für die kritischen Worte.

Die Resultate der Volksabstimmung haben natürlich entsprechende Konsequenzen. Die Konsequenz ist der Steuerfuss von 113 %, welcher der Gemeinderat wieder bei Ihnen beantragt.

Die vorgezogene Steuergesetzrevision ist im Voranschlag mitberücksichtigt. Verschiebungen des NFA und GAT sind ebenfalls berücksichtigt. Da sind die Aufgabenverschiebungen des Kantons, aber auch vom Bund zum Kanton komplett mitgerechnet worden. NFA und GAT sind Modellrechnungen, welche gemacht werden, diese können dann bei der effektiven Abrechnung differieren.

Die Wertschwankungsreserve ist ein Thema, bei welchem noch nicht ganz klar ist, wie es weitergehen soll. Wir müssen der APK immer noch rund CHF 5 Mio. für die Wertschwankung überweisen. Es sind mehrere Gemeinden im Kanton Aargau, welche diesen Betrag bestreiten. Hier warten wir immer noch auf eine Reaktion der APK.

Beim Steuerertrag im 2008 der natürlichen und juristischen Personen sowie von der Quellensteuer haben wir zur Zeit einen Stand von rund 97.9 %. Das entspricht dem Betrag, mit welchem wir im 2008 rechnen. Im Hinblick auf 2009 würde das bedeuten, dass der Steuerertrag entsprechend dem Budget sein wird.

Die Entlastung der juristischen Personen wird ab 2009 wirksam. Durch die Steuergesetzrevision werden ja auch die juristischen Personen entlastet. Hier wird noch eine Mindereinnahme auf uns

zukommen. Das Abflauen der Wirtschaftslage ist im Steuerertrag des Voranschlags 2009 nicht berücksichtigt.

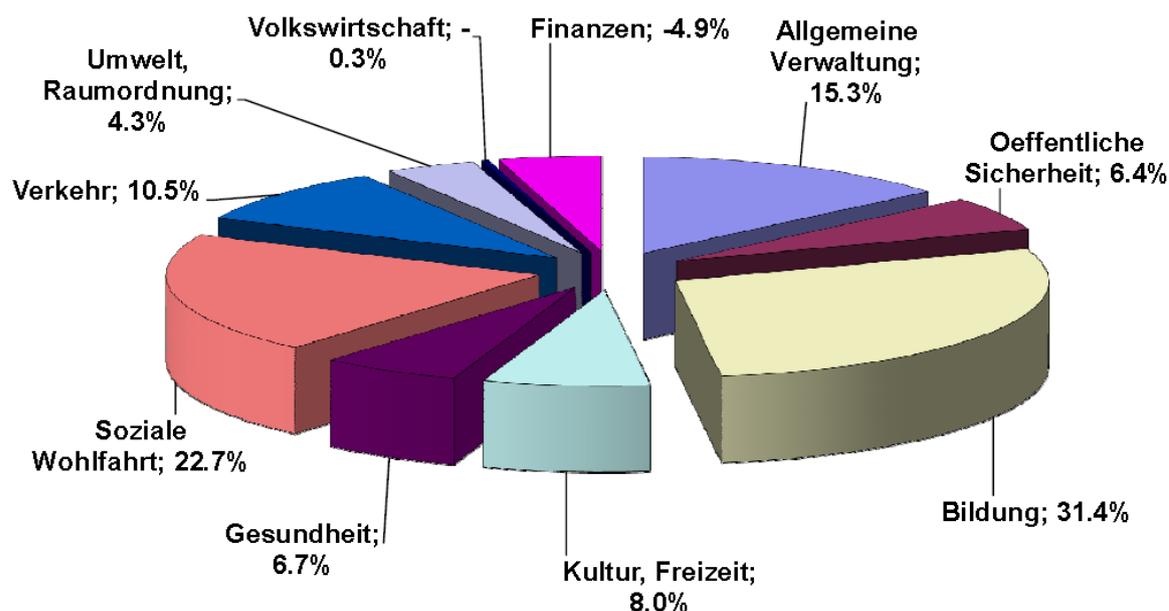
Zusammenzug Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Wohlen (Seite 7)



	Anteil vom NA		Voranschlag 2009	Voranschlag 2008 (inkl. NK)	Rechnung 2007	Abweichung	
	2009	2008				2008	2007
Allgemeine Verwaltung	15.3%	14.7%	4'549'700	4'282'700	4'031'440	6.2%	12.9%
Oeffentliche Sicherheit	6.4%	7.6%	1'901'800	2'208'900	1'888'999	-13.9%	0.7%
Bildung	31.4%	32.9%	9'361'000	9'606'400	10'444'581	-2.6%	-10.4%
Kultur, Freizeit	8.0%	8.3%	2'377'100	2'415'600	2'444'789	-1.6%	-2.8%
Gesundheit	6.7%	8.6%	2'003'800	2'503'200	1'980'586	-20.0%	1.2%
Soziale Wohlfahrt	22.7%	15.7%	6'752'700	4'585'100	4'877'044	47.3%	38.5%
Verkehr	10.5%	11.3%	3'135'000	3'312'400	2'486'959	-5.4%	26.1%
Umwelt, Raumordnung	4.3%	5.0%	1'281'500	1'452'900	1'164'475	-11.8%	10.0%
Volkswirtschaft	-0.3%	-0.3%	-92'800	-99'800	-117'848	-7.0%	-21.3%
Finanzen	-4.9%	-3.7%	-1'465'300	-1'077'500	-1'167'055	36.0%	25.6%
Nettoaufwand Geld	100.0%	100.0%	29'804'500	29'189'900	28'033'970	2.1%	6.3%
Aufwandüberschuss							
Gemeindesteuern (DS 900)			31'315'000	31'347'000	32'434'339	-0.1%	-3.5%
Cash-Flow (Eigenfinanzierung)			1'510'500	2'157'100	4'400'369	-30.0%	-65.7%
Vorgeschr. Abschreibungen			899'900	684'800	83'124	31.4%	982.6%
Zusätzliche Abschreibungen			610'600	1'472'300	4'317'245	-58.5%	-85.9%

Aufgrund der Abstimmung ist hier die neue Version der Aufteilung ersichtlich, bei welcher das Grüngut weiter über die Steuergelder finanziert wird. 3 % der Steuern fließen direkt dahin.

Nettoaufwand Budget 2009 der Einwohnergemeinde Wohlen (Seite 7)



Wichtig in der Darstellung sind die grossen Positionen. Die grösste Ausgabe, mit 31.4 % fliesst in die Bildung, 22.7 % geht in die Soziale Wohlfahrt, in die Allgemeine Verwaltung 15.3 % und 10.5 % in den Verkehr. Die anderen Position sind unter 10 %.

Mehrausgaben Voranschlag 2009



- Fr. 176'000 baulicher Unterhalt**
- Fr. 71'000 Wahlen und Abstimmungen**
- Fr. 90'000 Registerharmonisierung**
- Fr. 92'000 Anschaffungen Mobiliar**
- Fr. 178'000 Lehrerbesoldungsanteil an Kanton**
- Fr. 78'000 Zinsbeitrag Bifang**
- Fr. 1'908'000 Restkosten Sonderschulung/Heime**
- Fr. 245'000 Sozialhilfe (Saldo DS 581)**
- Fr. 218'800 Personalaufwand (Aufwandart 30)**
- Fr. 3'056'800 Total**

Im Voranschlag sind CHF 176'000.00 mehr für den baulichen Unterhalt enthalten, dies auf anraten der Finanzkommission. CHF 71'000.00 für Wahlen und Abstimmungen, da es ein Wahljahr ist. CHF 90'000.00 für die Registerharmonisierung, dieser Betrag wird uns vom Kanton auferlegt. Wir müssen unsere Daten soweit harmonisieren bei der Schnittstelle soweit harmonisieren, bis sie stimmen. Wir haben weitere einen Mehraufwand von CHF 92'000.00 für Mobiliar. CHF 178'000.00 für den Lehrerbesoldungsanteil an den Kanton. Dazu ist zu sagen, dass der Kanton uns die Löhne verrechnet. CHF 78'000.00 beträgt der Mehraufwand für den Zinsbeitrag Bifang. Zu diesem Mehraufwand haben wir in einer Volksabstimmung zugestimmt. Die grösste Position ist CHF 1'908'000.00 Restkosten Sonderschulung/Heime. Diese Rechnung kommt ebenfalls vom Kanton. CHF 245'000.00 Mehraufwand Sozialhilfe und CHF 218'800.00 für den Personalaufwand, welcher wir auch kommentiert haben mit den 2 % Lohnerhöhung für unser Gemeindepersonal. Das ergibt Total CHF 3'056'800.00.

Minderausgaben Voranschlag 2009



- Fr. 160'000 Gemeindebeiträge RZSO**
- Fr. 83'000 Beiträge Amtsvormundschaft**
- Fr. 566'300 Gemeindebeiträge Berufsbildung**
- Fr. 512'200 Gemeindebeiträge Spitäler**
- Fr. 90'000 Jugendfest**
- Fr. 265'200 Strassenentwässerung**
- Fr. 37'000 Gemeindeanteil Regionalverkehr**
- Fr. 41'800 Zuschuss Abfallbewirtschaftung**
- Fr. 284'000 Kapitaldienst**
- Fr. 2'039'500 Total**

CHF 160'000.00 sind APK bedingt, dies müssen wir weniger bezahlen. Auch bei der Amtsvormundschaft müssen wir weniger bezahlen, letztes bezahlten wir mehr für die APK, das fällt dieses Mal weg. Ebenfalls fällt CHF 566'300.00 für Gemeindebeiträge Berufsbildung weg, weil der Kanton dies direkt der Berufsschule zur Verfügung stellt. Die Gemeindebeiträge Spitäler von CHF 512'200.00 entfallen nach neuem Pflegegesetz. Die Position Jugendfest ist klar. Bei der Position Strassenentwässerung wurde das Reglement geändert. Beim Kapitaldienst haben wir Minderausgaben. Das ergibt Totaleine Minderausgabe von CHF 2'039'500.00.

Mindereinnahmen Voranschlag 2009

Fr. 32'000 Gemeindesteuern Saldo
Fr. 32'000 Total

Mehreinnahmen Voranschlag 2009

Fr. 153'000 Gemeindebeitrag Feuerwehr
Fr. 85'000 Gebührenertrag Friedhof
Fr. 238'000 Total

Wir haben einen Gemeindesteuersaldo von CHF 32'000.00, welchen wir weniger einnehmen. Dies wurde berechnet mit einem Ansatz von 113 %. Wir haben erstens ein Wirtschaftswachstum, welches wir mit rund 4 % rechnen. Und zweitens haben wir einen Minderertrag, dieser macht auch etwa 4 % aus. Dieser ist ebenfalls vom Kanton errechnet.

Wir erhalten von der Gemeinde Dottikon einen Beitrag Feuerwehr von CHF 153'000.00. Wir erhalten einen Deckungsbeitrag, weil wir die Feuerwehr nicht extrem aufstocken mussten und die Leistungen effizienter einsetzen können. Der Gebührenertrag des Friedhofs beträgt CHF 85'000.00.

Veränderungen Voranschlag 09 zu 08

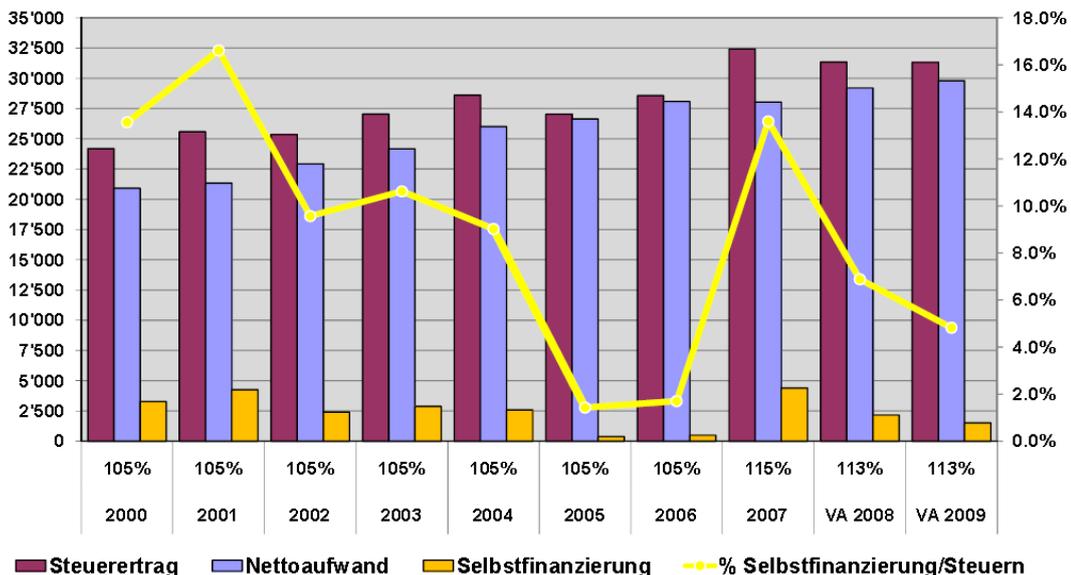
Fr. 32'000 Mindereinnahmen
Fr. 3'056'800 Mehrausgaben

Fr. 238'000 Mehreinnahmen
Fr. 2'039'500 Minderausgaben
Fr. 811'300 Total Veränderung

Hier sind die wichtigsten Zahlen für Minder- und Mehrausgaben. In der Farbe Rot dargestellt sind die Beträge, welche uns belasten und Schwarz sind die Beträge, welche wir weniger ausgeben müssen. Es gibt eine Totale Veränderung im Betrage von Fr. 811'300.00, welchen wir mehr haben als letztes Jahr.

Grafik Steuerertrag/Nettoaufwand

Seite 10



Wie ersichtlich ist, hatten wir im 2007 ein gutes Jahr. Im 2008/2009 sind die Werte bereits wieder etwas abfallend. Dies entsteht aus der Problematik der Steuergesetzrevision. Mit dem blauen Balken ist der Nettoaufwand dargestellt. Hier sieht man, dass dieser stetig steigt. Wir nahmen an, dass wir mit den Gebühren der Abfallbewirtschaftung den Nettoaufwand halten können, leider war das Volk nicht dafür, sondern möchte, dass dieser weiter über die Steuergelder abgegolten wird. Die gelben Balken stellen die Selbstfinanzierung dar. Die sind einfach zu wenig hoch. Wenn man jetzt sagt, dass wir noch eine Steuersenkung machen sollen zum jetzigen Zeitpunkt, da die Steuergesetzrevision noch nicht zu 100 % definitiv ist, dann können wir das nicht verantworten. Die gelbe Kurve zeigt die Selbstfinanzierung/Steuern. Im 2009 sind wir zwischen 4 und 6 % und dieser darf, nach unserer Meinung, nicht weiter fallen. Wir haben als Gemeinderat und Einwohnerrat eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern und den Bürgern von Wohlen. Wir haben aber auch eine Verantwortung gegenüber dem Kanton. Wir müssen einen Voranschlag abgeben, welcher standhält und funktioniert.

KENNZAHLEN - VERGLEICH der Einwohnergemeinde Wohlen

Gemeinde  Wohlen

	Budget 2009		Budget 2008		Rechnung 2007		RICHTWERTE
Steuerertrag (DS 900) Fr.	31'315'000		31'347'000		32'434'339		Kantonsmittel
Steuerfuss in %	113		113			115	2008: 105 %
Belastbarkeitsquote (BQ) Fr.	1'979'300		2'933'100		4'852'308		
in % Steuern		6.3		9.4		15.0	25%
Nettozinsen (NZ) Fr.	468'800		776'000		451'939		
in % Steuern		1.5		2.5		1.4	7 - 9 %
Verzinsliche Nettoschuld Fr.	28'734'000		27'299'000		17'423'237		
EW/Franken je Einwohner	14'415	1'993	14'272	1'913	14'138	1'232	Fr. 2'500
Nettoinvestitionen Fr.	2'846'000		12'033'200		5'900'145		
Verschuldungsquote		19.0		12.7		4.0	(ohne bbzf/HPS) 15 Jahre
Selbstfinanzierung in Fr.	1'510'500		2'157'100		4'400'369		
in % Steuern		4.8		6.9		13.6	15 - 20 %

Wenn man die Kennzahlen zusammenzählt, dann sind wir leider wirklich nicht vorne dabei. Wir haben keinen Handlungsspielraum und wir können es uns nicht leisten, weiter zu fallen. Wir müssen nicht überall auf dem 1. Rang sein, aber wenn man alles zusammen zählt, müssen wir eine gewisse Punktzahl erreichen und die Minimalpunktzahl ist mit diesem Voranschlag erreicht. Mehr liegt aber nicht drin!

Der Gemeinderat beantragt die Genehmigung des Voranschlages 2009 mit einem Steuerfuss von 113 %

Perroud Arsène, SP: Ich habe es beim Votum zum Finanzplan erwähnt: Der Grat ist schmal und der Voranschlag 2009 funktioniert irgendwie noch. Aber wenn wir ehrlich sind, müssten wir eigentlich sagen: wir brauchen einen höheren Steuerfuss. Die Schulden verdoppeln sich und die Selbstfinanzierung ist im Keller, da ist uns jeder Franken wichtig. Auch wenn es nur um den Schuldenabbau geht. Und unsere Kollegen der SVP werden nicht müde zu behaupten, dass Wohlen zuviel Geld hat. Geschätzte Anwesende, können wir zuviel Geld haben, wenn wir einen Schuldenberg von bald 40 Mio. Franken abtragen müssen und nur das Nötigste investieren? Ich

müsste ein Lügner sein, wenn ich dem zustimmen könnte. Wir sind beruhigt, dass diese Forderungen von den anderen Parteien nicht getragen werden.

Unsere Fraktion wird die Verantwortung übernehmen, ehrlich zu schlechten Zahlen stehen und einen Steuerfuss von 115 % fordern!

Wir haben das Budget 2009 in der Fraktion ausführlich diskutiert und etliche Positionen gefunden, die aus unserer Warte erhöht werden müssten. Beiträge für gute Schulen, für abwechslungsreiches kulturelles Programm, für aktiven Umweltschutz, für angepasste familienergänzende, soziale und präventive Massnahmen, für attraktiven öffentlichen Verkehr oder kurz: für ein lebenswertes Wohlen. Wir sind aber realistisch genug und werden ob der Chancenlosigkeit keine Anträge dazu vorbringen.

Nicht tolerierbar ist der Vorschlag des Gemeinderats, die Löhne der Gemeindeangestellten lediglich um 2 % zu erhöhen. Dies nachdem das Personal eine Nullrunde und eine Halbierung der Teuerung in den letzten Jahren hinnehmen musste. Gutes Personal ist wichtig für die Entwicklung einer Gemeinde. Die Lohngestaltung trägt massgeblich dazu bei. Einerseits fordern wir gute Leistungen, sind aber im Gegenzug nicht bereit, dies finanziell zu würdigen. Das geht nicht. Gutes Personal ist gesucht, nicht nur in Wohlen. Wir werden in der Diskussion die Erhöhung der Teuerungszulage auf 3 % beantragen.

Donat Ruedi, CVP: Skript: Wir haben in unserer Fraktion das Budget 2009 ausführlich beraten. Verschiedene Fragen wurden von der Verwaltung ausführlich beantwortet, weshalb ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit danken will. Aus unserer Sicht kann das Budget speditiv behandelt werden. Die CVP wird dem Budget mit einem Steuerfuss von 113 % zustimmen. Auch wenn es hart ist: Zum jetzigen Zeitpunkt braucht Wohlen dieses Geld. Wir wollen den Unterhalt unseres Gemeinwesens nicht vernachlässigen. Wir wollen dringend notwendige Investitionen wie die Sanierung der Badi, der Eiskunsthalle, des Gemeindehauses, realisieren. Dafür brauchen wir vorläufig die 113 %. Wir wollen ein wohnliches Wohlen, und das kostet Geld. Dazu kommt, dass die Kennzahlen wie Belastbarkeitsquote und Selbstfinanzierung völlig ungenügende Werte aufweisen. Wer das nicht wahrnehmen oder wahrhaben will, betreibt nur Wahlpolitik. Es ist schlichtweg unverantwortlich, der Gemeinde 2 Mio. Franken vorzuenthalten. Die wirtschaftsfreundliche Partei SVP sollte eigentlich wissen, dass einem Betrieb wie Wohlen, einem mittelgrossen Unternehmen, nicht einfach 2 Mio. Franken vorenthalten werden kann, und das erst noch über mehrere Jahre. Ich bitte Sie daher, dem vorliegenden Budget mit einem Steuerfuss von 113 % zuzustimmen.

Schmid Thomi, Freis Wohle: Auch wir haben sehr lange über das vorliegende Budget diskutiert. Wir sind zu keinem Resultat gekommen. Wir haben ein paar Leute, die mit 113 % einverstanden sind, aber andere möchten eine Steuersenkung. Die Ansichten sind sehr verschieden, was später in der Detailberatung noch klar werden wird. Ich persönlich bin sogar eher der Meinung von Arsène Perroud, dass der Steuerfuss erhöht werden sollte.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich wollte heute Abend den Antrag stellen, den Steuerfuss auf 109 % zu senken. Doch ich werde den Antrag so nicht stellen, obwohl ich ihn bereits eingereicht habe. Ich erlaube mir aber, folgendes zu bemerken: Ich habe den Ausführungen von Guido Benz sorgfältig zugehört. Eigentlich muss man zum Schluss kommen, dass der Steuerfuss von 105 %, den der Gemeinderat mittelfristig anpeilt, gar nicht möglich ist. Wenn man den Wahrnehmungen von Guido Benz nachfolgt, ergibt sich folgende Konsequenz: Wenn ich den Antrag heute Abend nicht stelle, dann mit der Bitte an den Gemeinderat, uns endlich reinen Wein einzuschenken. Das ist in der Vergangenheit nicht passiert. Guido Benz hat das angesprochen. Er hat gesagt, wir hätten eigentlich den tiefen Steuerfuss bereits gehabt. Der Steuerertrag sei aber nicht gestiegen. Im Gegenteil kann man sich fragen, ob diese oder jene Investition überhaupt möglich gewesen sei oder nicht. Reiner Wein heisst: wir hoffen, dass man den Steuerfuss bei 113 – 115 %

behalten kann während der nächsten 10 Jahre, angesichts der Zahlen, es sei denn, es passiert ein Wunder. Oder müsste man sagen, dass man eigentlich den Steuerfuss erhöhen müsste. Und jetzt sind wir bei einer politischen Grundsatzfrage: Wie entwickelt sich ein Gemeinwesen weiter? Bund und Kantone sind sich der Steuerwettbewerbssituation bewusst. Und wir in Wohlen sagen, bei uns ist das nicht möglich. Heute Abend können wir das nicht entscheiden. Aber die Frage kann man auch heute Abend nicht vom Tisch wischen. Wir können sagen, hier in Wohlen ist der Steuerwettbewerb gescheitert. Wir können sagen, dass unsere Steuereinnahmen längstens nicht reichen. Wir können sagen wie Guido Benz, dass wir jahrelang oder jahrzehntelang ein ungelöstes Problem haben. Und wir können sagen, wie verschiedene Seiten das angetönt haben, dass eine Steuerfussreduktion verantwortungslos ist, weil wir kein Geld mehr haben für Investitionen. Ich möchte heute Abend nicht dastehen als einer, der verantwortungslos handelt. Man kann auch sagen, wie Guido Benz das formuliert hat, dass wir bestenfalls 10 Mio. Franken im Budget haben, die wir allenfalls frei beeinflussen können, 3 %, Fr. 300'000.--, von Simon Sax haben wir gehört, dass die Finanzkommission eigentlich wünscht, dass die freien Kosten sehr viel besser ausgewiesen würden. Und hier haben wir ein Transparenzproblem: Was gilt denn jetzt? Letztendlich stellt sich die Frage: Glauben wir, wenn der Gemeinderat sagt, mittel- bis langfristig 105 %, dass das so ist? Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich keine andere Lösung, als mein Votum folgendermassen zu formulieren: die einzelnen Stimmen, die dem 109 % - Vorschlag zugestimmt hätten, werde ich vielleicht enttäuschen. Ich bin mir aber bewusst, dass dieser Vorschlag sowieso nicht mehrheitsfähig ist. Ich würde mir aber wünschen, dass der Schwung, den Matthias Jauslin bei der Stadtfrage so gut formuliert hat, auch bei den finanzpolitischen Fragen spürbar würde.

Duschén Andrea, FDP: Ich teile Ihnen die Meinung der FDP Wohlen und des Dorfteils Anglikon mit. Eine Steuersenkung ist im Moment auch nach unserer Meinung nach verantwortungslos. Wenn wir jetzt den Steuerfuss hinunterdrücken, wird das in wenigen Jahren eine massive Steuerfusserhöhung hervorrufen. Unsere Kennzahlen, ausser der verzinslichen Nettoschuld, sind im Vergleich mit den Vorgaben des Kantons ungenügend, ja teilweise sogar prekär. Bei Mindereinnahmen durch eine Steuersenkung wird uns unter Umständen der Kanton schon in wenigen Jahren einen Steuerfuss vorschreiben. Unser Volk hat kürzlich gesagt, dass Gebühren nicht erwünscht sind, und dass man diese Kosten über Steuereinnahmen finanzieren soll. Weiter hat das Volk aber auch ja gesagt, z.B. zum Kauf eines Casinos oder zum Bau der Niedermatten. Ein „Ja“ heisst aber auch, dass man einverstanden ist, mit der nötigen Finanzierung. Das geschieht über die Steuererträge. In der Fraktion haben wir lange nach Lösungen gesucht. Man hat über den Verkauf von Gemeindeland oder über den Verkauf von gemeindeeigenen Aktien diskutiert. Wir sind aber der Meinung, dass das nur einen kurzen Effekt erzeugen würde. Die FDP-Fraktion und der Dorfteil Anglikon wird mehrheitlich dem Steuerfuss von 113 % zustimmen.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP-Wohlen-Anglikon hat den Voranschlag 2009 und den FIKO-Bericht, für den wir bestens danken, diskutiert.

Folgende Positionen sind darin nicht klar ersichtlich und auch nach Rücksprache mit unsern Vertretern der Finanzkommission nicht eruierbar gewesen:

- Höhe der Auswirkungen der neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinde NFA + GAT, wahrscheinlich 4 Steuerfuss-Prozente sind nicht ersichtlich
- Pauschalbudgets anstelle Globalbudgets = Leistungsaufträge, z.B. für Schule
- Auswirkungen von Einnahmen aus Verkäufen von Gewerbeliegenschaften
- verschiedene Sparansätze
- Überschuss von CHF 4,4 Mio. vom Vorjahr und wahrscheinlich gegen CHF 3 Mio. in diesem Jahr mit dem auf 113 % gerechneten Steuerfuss – was ca. 10 % auf unseren Steuerfuss ausmachen würde

Unternehmen müssen sich auch nach der Decke strecken und entsprechende Sparmassnahmen umsetzen.

Wir sind der Meinung, dass das Gemeinwesen nicht mehr Steuern einnehmen soll, als es wirklich braucht. Wir verlangen deshalb nach wie vor die Reduktion auf unser Ziel von 99 %. Ohne Druck und entsprechende Anstrengungen von allen Seiten werden wir unsern Steuerfuss sonst nie auf ein normales Mass reduzieren können. Verantwortung trägt, wer zwingende Massnahmen umsetzt.

Die Fraktion SVP Wohlen/Anglikon lehnt deshalb diesen Voranschlag ab.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich bedaure, dass Johannes Siebenmann den Antrag zurückgezogen hat. Ich hätte ihn nämlich unterstützt. Da er aber keine Chance hat, verzichte ich auf einen Antrag. Ich bin überzeugt, dass dessen Stossrichtung richtig wäre. Wir sollten unter Berücksichtigung der nötigen Investitionen, ich betone, der nötigen und vernünftigen Investitionen, nicht mehr ausgeben sollen als einnehmen. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Wir müssen bereit sein, auch unkonventionelle Wege zu gehen. Wir müssen wirtschaftlicher denken, und wie ich im Zusammenhang mit dem Finanzplan sagen wollte, wir müssen die Prioritäten anders setzen. Wir sollten die Investitionssumme nicht erhöhen, sondern die Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften vorantreiben und sämtliche Strassenprojekte nach hinten verschieben. Mit den Sanierungen der gemeindeeigenen Liegenschaften können wir langfristig viel Energie, sprich Geld, sparen. 109 % wäre ein Zeichen gegen aussen gewesen, Wohlen wieder unter 110 %, ein Zeichen in die richtige Richtung, und ein Zeichen an unsere Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, dass wir bereit sind, das Sparen noch zu intensivieren. Wir müssen dafür sorgen, dass der Nettoaufwand nicht immer weiter ansteigt, so wie der Finanzvorsteher dies vorher gesagt hat. Ich habe mir Kürzungsanträge überlegt. Sicher gibt es noch mehr Möglichkeiten, wenn man nur den Mut dazu hat. Auf die einzelnen Anträge komme ich nachher in der Detailberatung zurück.

Kohli Benno, FDP: Die FIKO und der Gemeinderat zeigen ein düsteres Bild, sogar ein sehr düsteres Bild mit dem Finanzplan und auch mit dem Budget. Die Schulden wachsen, von 17 Mio. Franken auf 40 Mio. Franken, der Zins von 0,8 Mio. Franken auf 1,5 Mio. Franken. Das erste Ziel des Gemeinderates, mittelfristig in das Kantonsmittel zu kommen mit dem Steuerfuss wird nicht erreicht. Ich wage zu sagen, dass es nie erreicht wird. Die FIKO fordert stereotyp, man müsse gegen den Investitionsstau investieren. Der Gemeinderat macht das jetzt, und schlägt teure Teilsanierungen von Liegenschaften vor. Wir sollten Wasserleitungen sanieren im Junkholz und im Haldenschulhaus, wir sollten die Heizung sanieren und das bevor die Fassade gemacht ist. Meine Meinung ist, dass diese Teilsanierungen zu teuer sind und nichts bringen. Ich stehe dafür ein, man investiert in Mehrwert und zwar für das Volk und für die Zukunft. Wir werden diverse Ausgaben haben für die Aufwertung des Zentrums, für die Badi, für die Kunsteisbahn usw. Bei der Badi haben wir nun immerhin einen Termin, wann es vorwärts gehen soll. Gesamtsanierungen der Schulhäuser sind auch notwendig, aber es müssen Gesamtsanierungen sein. Ein wenig schräg in der Landschaft steht hier die Sanierung des Gemeindehauses. Das wird das Volk ganz bestimmt nicht gutheissen. Das ist Konsum und bringt uns in Wohlen nicht weiter. Wir müssen aber in die Sachen investieren, die uns weiterbringen und unsere Struktur verbessern. Auch die Kreisel, die wir überall bauen, dieses Jahr für 1,9 Mio. Franken, bedeuten enorme Kosten. Sie bringen zwar etwas, das ist unbestritten, aber sie lösen bestimmt nicht unser Finanzproblem. Diese Kosten engen uns massiv ein bei all den anderen Aufgaben, die wir sonst noch erledigen müssen. Im Finanzplan ist kein einziger Verkauf von Gemeindeliegenschaften vorgesehen. Im Paul Walser Areal ist etwa Land für 2,5 Mio. Franken, im Gewerbering ist Land für etwa 3 Mio. Franken, usw., zum Verkauf bereit. Die Entwicklung für die Stadt Wohlen ist nötig und kostet Geld. Bei den Finanzen, die wir jetzt haben, braucht es einen Befreiungsschlag. Ich frage mich stark, was uns die IBW bringt. Sie kostet, rendiert aber für uns überhaupt nicht. Als Bürger ist es mir völlig egal, ob ich den Strom bei IBW, einer axpo oder einem aew beziehe. Der Wert der IBW, wenn man diesen kapitalisieren würde, würde bestimmt sogar mit einer Kassenobligation besser rentieren. Ich bin dafür, dass wir uns Gedanken machen, was mit der IBW geschehen soll. Sollten wir dieses Geld nicht besser uminvestieren und in die Strukturverbesserung von Wohlen inves-

tieren? All die Sachen, die uns aufgezeigt wurden, sind ja schlussendlich nötig. Für mich ist die ibw keine heilige Kuh mehr. Ich bin dafür, dass wir sie schlachten, solange sie noch etwas Wert ist. Wir sollten in die Zukunft investieren, damit wir nicht in den Bankrott laufen.

Thiébaud Alain, FDP: Im Grunde teile ich die Analyse, welche Arsène Perroud, Thomi Schmid und Johannes Siebenmann angerissen haben. Mir bereitet das stetige und ungebremste Ansteigen des Nettoaufwandes grosse Sorgen. Es sieht so aus, als ob wir in 6 bis 7 Jahren bei gleich bleibenden Verhältnissen in Aarau den Konkurs anmelden können. Im Jahr 2013/2014 werden wir mindestens einen Steuerfuss von 125 % bis 130 % haben. Meine konkrete Frage an den Gemeinderat ist: Welche Massnahmen werden zur Verhinderung ergriffen?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat sagte nie, er wolle einen Steuerfuss von 105 %. Wir sagten, dass wir den Durchschnitt des Kantons ansteuern. Dies ist nicht dasselbe. Wir schauen nun, wie es sich gesamthaft entwickelt. Dieses Ziel wurde, wie kommuniziert, mit der Grün-
gutgebühr und Parkplatzbewirtschaftungskonzept gesetzt. Diese beiden Sachen machen 4 % aus. Dies müsste für den Steuerfuss bedeuten: Kantonsmittel + 4 %. Ganz so unrealistisch ist dies nicht. Die Gemeinde Wohlen steht nicht vor dem Konkurs. Der Finanzkommissionspräsident hat uns aufgezeigt, welche Kennzahlen der Kanton fordert und im Minimum möchte. Wir vertreten einen anderen Gesichtspunkt. Wir sagen, dass eine Selbstfinanzierung von Fr. 2 Mio. bis Fr. 2.5 Mio. das erste Ziel, welches wir anstreben müssen, ist. Nicht Fr. 4 Mio. oder Fr. 5 Mio. Das ist aus diesem Grund, weil wir im Gegensatz zu Kleingemeinden in der Laufenden Rechnung Investitionen bereits in der Rechnung abschreiben. Wir nehmen Investitionen nicht als Investitionen, sondern wir nehmen sie in die Laufende Rechnung und können dies selbstverständlich in diesem Jahr abschreiben. Die Gemeinde Wohlen hat einige Probleme zu lösen und diese wollen wir lösen. Zur Frage von Alain Thiébaud: Wir haben Massnahmen eingeleitet. Die Erschliessung des Rebberges ist beispielsweise eine solche Massnahme. Dass dies noch nicht umgesetzt wurde, liegt am Umfeld (Einsprachen, Änderungen, Anpassungen des Projektes). Es gibt aber auch andere notwendige Investitionen. In der Analyse über die Steuerkraft steht, dass jeder neue Wohnraum tendenziell dazu beiträgt, das Pro-Kopf-Steuerinkommen zu steigern. Es gibt einige baureife Überbauungen, die dies könnten. Leider haben wir aber auch einige Anwohner, die solche Dinge nicht einfach erlauben, was teilweise auch verständlich und nachvollziehbar ist. Solche nicht realisierten Projekte verbessern die Lage nicht. Betreffend Land: Der Gemeinderat hat der Verwaltung den Auftrag erteilt, dass der Verkauf von gemeindeeigenem Land professionell betreut werden muss. Dieser Auftrag wird auf der Bauverwaltung ausgearbeitet. Wir sind überzeugt, dass wir in diesem Sektor auf dem richtigen Weg sind. Der Verkauf der IBW ist beim Gemeinderat zur Zeit aus verschiedenen Gründen kein aktuelles Thema. Selbstverständlich muss sich der Gemeinderat mit dem Einwohnerrat Desinvestition überlegen. Wir können aber heute nicht mit dem Verkauf der IBW unsere Finanzprobleme lösen. Wir müssen eine konstante Selbstfinanzierung haben, die eine bestimmte Höhe hat. Haben wir dies, kann auch die Gemeinde Wohlen auf grössere Investitionen zurückgreifen.

Tanner Peter, SVP: Einige Erläuterungen zum Bericht des Finanzkommissionspräsidenten. Er hat die 105 % angesprochen. Der Steuerertrag sei eher rückläufig gewesen. Hier möchte ich nicht widersprechen, muss aber folgendes dazu sagen: Wir haben wichtige Steuerzahler, welche nicht mehr hier sind. Namentlich sind dies Philipp Bruggisser und Jens Alder. Diese haben ziemlich Steuerertrag generiert. Wird diese Tatsache auf der Seite gelassen, hinkt der Vergleich. Zur angeführten Statistik, der Steuerfuss komme an 5. Stelle beim Entscheid, ob man in eine Gemeinde zieht oder nicht. Wer beispielsweise Fr. 1 Mio. versteuern muss, ist die Höhe des Steuerfusses die Nummer 1. Bei den anderen, wo dies weiter hinten kommt, die versteuern nicht so viel. Sie können sich vorstellen, wer für uns wichtiger wäre. Mehr Steuern eintreiben mittels hohem Steuerfuss und mit Einführung neuer und hoher Gebühren kann nicht allein seelig machend sein. Die jetzige Situation wird dadurch noch zementiert. Wir haben gehört, das Sparpotenzial sei noch nicht ausgeschöpft. Ich frage mich schon, ist der höhere Steuerertrag tatsächlich nur mit einem höheren Steuerfuss zu ermöglichen? Ich gebe Guido Benz recht, wenn er von Attraktivitätsstei-

gerung spricht. Aber gleichzeitig mehr Gebühren einzuführen, ist ein heftiger Widerspruch. Klagen wegen Schulden und am gleichen Abend Fr. 50'000 zu sprechen für die Stadtwerdung ist bezeichnend! Es ist meiner Meinung nach unehrlich.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich möchte Matthias Jauslin widersprechen. Er hat gesagt, der Gemeinderat habe nicht 105 % kommuniziert, sondern nur das Kantonsmittel. Ich habe vor mir den Wohler Anzeiger vom 19. September 2008. Titel: „Aufholen und vorwärts bewegen“. Darin steht: „Mittel- bis langfristig soll der Steuerfuss auf das Kantonsmittel (105 %) gesenkt werden. Die Eigenfinanzierung (Cash-Flow) soll zwischen Fr. 2 Mio. und Fr. 2.5 Mio. betragen.“ Wenn man der heutigen Diskussion folgt, ist dies zu tief. Ich möchte nicht ausführlicher werden. Aber vielleicht wäre die Kommunikation des Gemeinderates zu überdenken.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wer die Klammer im Text mit 105 % gesetzt hat, weiss ich nicht. Ich kann aber sagen, dass der Gemeinderat dokumentiert hat, dass er das Kantonsmittel anstrebt. Das kann in einem Jahr theoretisch 106 oder 107 % sein oder noch höher oder auch tiefer. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass wir uns ins Mittelfeld bewegen müssen. Dort sind wir noch nicht. Und dies wollten wir kommunizieren. Wir möchten überhaupt nichts verdecken. Wir haben bereits letztes Jahr kommuniziert, dass wir dafür die Grüngutgebühren verrechnen möchten mit 3 %. Weiter haben wir 1 % für die Parkgebühren eingerechnet. Zusammen wären dies 4 %. Zählt man zum Kantonsmittel 4 % hinzu, sind wir dort.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Das Wirtschaftswachstum verlangsamt sich. Seit kurzem spricht man von der Finanzkrise. Weltweit rechnet man mittelfristig mit einer Rezession. Auch daran müssen wir denken, wenn wir uns über den Steuerfuss der kommenden Jahre unterhalten. Einerseits wird uns die Wirtschaftskrise oder das verlangsamte Wirtschaftswachstum in Zukunft weniger Steuern bringen. Andererseits bietet es der Gemeinde die Chance selber zu investieren, denn das Gemeinwesen sollte antizyklisch handeln. Mit diesem Hintergrund sehe ich keinen Grund, den Steuerfuss zu senken, sondern ihn eher beizubehalten oder anzuheben. Schade ist es, dass wir den Finanzplan nur zur Kenntnis nehmen können. Dies ist das Instrument um darüber zu diskutieren, welche Investitionen Priorität haben. In meinen Augen sind dies klar die Sanierungen unserer eigenen Liegenschaften. Die Strassenbauprojekte müssen wir leider zurückstellen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist bedenklich. Wir führen die Finanzplandebatte, welche vorhin aus Zeitnot unterbunden wurde. Der Gemeinderat hat in der Beantwortung auf einen Legislaturprogramm-Vorstoss der SVP bestätigt, dass zuerst die Strategie, dann das Legislaturprogramm, dann der Finanzplan und dann das Budget gemacht werden sollte. Und was machen wir heute Abend? Das Gegenteil! Wir beginnen mit dem Budget, führen hier aber eine Finanzplandebatte. In einer funktionierenden Demokratie müssten wir alle hier gleich jetzt abdanken. Wer vertritt hier überhaupt noch bürgerliche Politik? Was ist das überhaupt? Sicher nicht das Gejammer über steigende Ausgaben, schlechte Kennzahlen und die Verneinung des Wettbewerbes. Der Wettbewerb spielt! Es gibt nicht einen Wettbewerb um Wohlen herum. Es gibt nur Gewinner, Sieger des Wettbewerbes und solche, die sich über Wasser halten können. Wir können uns offenbar nicht über Wasser halten. Wir müssen besser werden. Das bürgerliche Rezept zum Besserwerden ist: massive Senkung der Steuern. Ich lade die ehemals bürgerlichen Parteien hier ein, der SVP dabei zu helfen. Die SVP hat leider ein Monopol auf der bürgerlichen Politik. Wir möchten dieses Monopol aufgeben und mit Ihnen teilen. Zeigen Sie dem Bürger eine Perspektive, dass der Steuerfuss sinkt, in die Richtung, die der Bürger will. Alle hier im Rat wissen, was der Bürger will. Wenn Sie auf ein vernünftiges Mass runterkommen, sind wir auch kompromissbereit. Heute stellen wir den Antrag auf 99 %. Weil wir nicht nur ein Finanzproblem haben, sondern ich habe, wie viele andere auch, ein Problem mit dem Rückhaltesystem, stelle ich den Ordnungsantrag auf 10 Minuten Pause.

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt (16 zu 16 Stimmen).

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte beim Votum von Alain Thiébaud anschliessen. Mich ärgert der jährlich steigende Nettoaufwand nämlich auch. Ich habe eine Frage an den Gemeinderat und bitte um eine ehrliche Antwort. Wenn Sie beginnen, das Budget vorzubereiten, machen Sie einfach drauf los oder sind Sie im Stand und machen die Vorgabe „Budget letztes Jahr minus 3 %“?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Hier kann ich eine präzise Antwort geben. Wir haben nicht 3 % weniger gesagt, sondern die Vorgaben an die Verwaltung, welche Sie auf Seite 2 des Budgets sehen. Die eingereichten Budgets sind sehr detailliert. Es ist ein intensiver Prozess. Als ich noch Einwohnerrat war, dachte ich auch, das sei relativ einfach. Einfach die letzten Zahlen nehmen und diese eintragen. Dies ist nicht so. Es wird daran herumgeschraubt, teilweise zu wenig aus Sicht einiger Einwohnerräte, teilweise aber auch zuviel aus Sicht anderer Einwohnerräte. Die Verwaltung versucht mit den Vorgaben des Gemeinderates ein Optimum herauszuholen.

Thiébaud Alain, FDP: Eine Analyse des stetig steigenden Nettoaufwandes ergibt quasi die Schlussfolgerung, dass man sagt, man macht eine Steuersenkung, indem man ihnen Mittel entzieht. Nur habe ich das Gefühl, dass wir als Einwohnerrat dies alleine nicht fertig bringen. Dies kann man nur machen, wenn auch der Gemeinderat geschlossen hinter einer solchen Strategie der nachhaltigen Senkung des Nettoaufwandes steht. Wenn man einfach den Steuerfuss reduziert, hat man nichts gewonnen. Es müssen alle an einem Strick ziehen und sich ehrlich die Ziele setzen. So wie es in den letzten 10 Jahren ging, kann es nicht nochmals 10 Jahre weitergehen.

Benz Guido, CVP: Die Verwaltung ist für mich nicht in einem schlechten Licht. Sie konnten bereits mehrmals in Berichten lesen, dass die Tendenz positiv ist. Ich kann es aber nicht sagen. Hier besteht der Wunsch der Transparenz, damit wir mehr Sicherheit haben. Ich meine, wenn man sagt, die Verwaltung spart nicht und wirft das Geld zum Fenster raus, dann habe ich im Moment fast nichts zu sagen. Ich glaube es überhaupt nicht. Ich möchte aber durchaus auch sagen: es ist gar nicht einfach. Ich bin aber auch der Meinung, man könnte mehr.

Detailberatung

Seite 42

011.317.02 Einwohnerrat / Reise- und Konsumationsspesen

Stäger Urs, SVP: Im Jahr 2007 wurden Fr. 111.00 ausgegeben. Jetzt sind Fr. 7'000 eingetragen. Weshalb?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Bis anhin war es so, dass eine Amtsperiode abgeschlossen wurde mit einer Veranstaltung und Geschenken. Der Einwohnerrat kam zusammen zu einer Abschlussfeier. Dies ist hier enthalten.

Stäger Urs, SVP: In Anbetracht der Finanzlage beantrage ich die Streichung dieses Budgetpostens.

Antrag: Der Betrag von Fr. 7'000 sei zu streichen.

Abstimmung

Mit Stichtentscheid des Präsidenten wird der Antrag abgelehnt (19 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

012.317.01 Gemeinderat / Ehrenaussgaben, Repräsentationskosten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Neu mit Fr. 12'000 budgetiert, letztes Jahr Fr. 10'000. Dies ist ein wichtiges Signal. Wer so arbeitet, wie unser System, soll nicht mehr ausgeben und essen gehen.

Antrag: Kürzung von Fr. 12'000 auf Fr. 10'000.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Betrag ist seit Jahrzehnten sehr tief. Diese Position wird auch für Damen und Herren verwendet, welche 90, 95 oder 100 Jahre alt werden. Es gibt auch Verpflichtungen, dass wir mit anderen Gemeinderäten zusammenkommen. Dies haben wir nicht häufig gemacht. Sie haben heute entschieden, dass Wohlen eine Stadt werden soll. Dieser Betrag ist sehr bescheiden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Sehen Sie, es beginnt schon mit der Stadt. Man will schon mehr Geld ausgeben.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich hatte die gleichen Befürchtungen wie Urs Stäger, dass es heisst, es sei einer Stadt nicht würdig. Es beginnt schon!

Abstimmung (1 Person abwesend)

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 43

020.311 Gemeindeverwaltung Allgemein, Mobiliaranschaffungen

Meier Maja, Freis Wohle: Das Steueramt beantragt Mobiliaranschaffungen für Fr. 80'000. Laut Finanzkommission sind die Möbel, insbesondere die Stühle, vertretbar und teilweise auch notwendig wegen der intensiven Arbeit vor dem PC und dem Vollscanning der Steuerakten. Das ist für die Fraktion Freis Wohle/EVP nachvollziehbar, doch sind wir der Meinung, dass der Betrag sehr hoch ist. Wir sehen zwar ein, dass es gute Stühle braucht, meinen aber auch, dass gute Qualität auch günstiger zu haben ist. Ein neuer Arbeitsplatz für 7.5 Stellen würde mehr als Fr. 10'000 kosten. Im Büro Weber, Wohlen, sind gute Stühle für Fr. 1'000 und ergonomische Stühle für etwas mehr als Fr. 1'000 erhältlich. Eckkombinationen bei Tischen kosten um Fr. 2'000. Wir möchten die Kosten halbieren und beantragen ein Kostendach von Fr. 40'000. Ausserdem stellt sich die Frage, wie man vorgehen wird. Werden Offerten eingeholt? Ist bereits ein Programm erstellt worden? Wie sieht es in anderen Abteilungen aus? Entsprechen diese Möbel den heutigen Bedürfnissen?

Antrag: Die Position Mobiliaranschaffungen, 020.311, sei um Fr. 40'000 auf ein Kostendach von Fr. 40'000 zu reduzieren.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir möchten dies so aufgleisen, dass ein Möbelprogramm bestimmt wird. Man möchte eine Arbeitsgruppe einsetzen, die ein Programm festlegt, dessen Möbel von oben bis unten im Gemeindehaus kompatibel sind. Warum das Steueramt vorgezogen

wird: Grund dafür ist der neue Arbeitsplatz. Sie werden mit Vollscanning 2 Bildschirme haben und sind angewiesen, dass sie teilweise auch Stehpulte zur Verfügung haben. Auch der Schalterdienst wird neu organisiert. Wenn Sie in Zukunft Ihre Steuererklärung anschauen gehen, sehen Sie das nicht mehr auf Papier, sondern im Bildschirm. Zusätzlich kommt für den kantonalen Steuerkommissär ein vollfunktioneller Arbeitsplatz hinzu. Der Kommissär ist regelmässig auf der Gemeinde und macht Prüfungen im Namen des Kantons. Die Fr. 80'000 sind nötig, damit die Steuerverwaltung ihre Aufgabe erledigen kann.

Abstimmung (1 Person abwesend)

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Ganzes Budget

xxx.301

Perroud Arsène, SP: Ich komme zurück auf mein Eintretensvotum unserer Fraktion. Wir stellen den Antrag, dass die Lohnerhöhung der Gemeindeangestellten nicht nur 2 %, sondern 3 % beträgt. Die Begründung ist relativ einfach: Aufgrund der Inserate für Gemeindestellen im Stellenanzeiger kann man sich ein Bild machen davon, dass es für gute Angestellte in einer Gemeinde, die bessere Löhne bezahlt als die Gemeinde Wohlen, einen anderen Arbeitsplatz zu finden gibt. Die Gemeinde Wohlen ist aber darauf angewiesen, dass wir gute Angestellte haben, dass wir zufriedene Angestellte haben, die eine gute Leistung erbringen. Nur so bringen wir uns und unsere Gemeinde weiter. Ich muss ehrlich sagen, ich finde es sehr bedenklich, dass man bereits beim Arbeitsplatz der Mitarbeitenden sparen möchte. Das sind genau diese Motivationselemente, die eine gute Leistung fördern. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Wohlen immer am Schluss ist. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde Wohlen 2 Jahre lang praktisch nichts oder nur einen halbierten Teuerungszuschlag zahlt und jetzt plötzlich sollte man 2 % zahlen, obwohl 3 % angemessen wären. Ich bitte Sie inständig, diesem Antrag zuzustimmen.

Antrag: Die Erhöhung der Lohnsumme Konten xxx.301 sei um 1 % auf 3 % festzulegen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Sie haben im Bericht der Finanzkommission auf Seite 6 eine Berechnung. Dort zeigt sich, dass über 5 Jahre eine Lohnerhöhung von 6.1 % vorgenommen wurde. Die Teuerung betrug 7.2 % im gleichen Zeitraum. Dies bedeutet einen Reallohnverlust oder die Teuerung wurde nicht ausgeglichen. Es war ein Thema im Gemeinderat. Im Zusammenhang mit dem Budget wurde dies diskutiert. Es wurde ein Vergleich mit 10 anderen Gemeinden angestellt. Es stimmt, Wohlen ist mit 2 % am Schluss. Die Begründung von Arsène Perroud ist mit Fakten belegt. Es ist an Ihnen, den Entscheid zu fällen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion folgende Bemerkung: Wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab. Dies sind Fr. 90'000.00. Wir sind schon wieder soweit: wir werfen das Geld zum Fenster raus! Ich staune, dass der Gemeindeammann, welcher davon noch selber betroffen ist, abweicht vom Kollegialsystem. Der Gemeinderat beantragt 2 % und der Gemeindeammann fordert uns zu 3 % auf. Ich finde es schon fast schockierend, dass man hier, quasi in eigener Sache, vom Gemeinderat abweichend spricht. Halten Sie Mass! In dieser unsicheren Wirtschaftslage sind 2 % grosszügig. Es ist verdient, dies streiten wir nicht ab. Aber halten Sie bitte Mass!

Benz Guido, CVP: Wir müssen wissen, wo wir die Angestellten im System haben. D.h., wenn die Wohler Angestellten im unteren Viertel sind, bin ich für 3 oder 4 %. Wenn sie oberen viertel sind,

können sie auch mal ein Jahr verzichten. Diesen Entscheid kann ich nicht fällen, die Datengrundlagen zur Beurteilung fehlen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Herr Gallati, es ist nicht korrekt, Sie müssen immer persönlich werden. Als Personalchef und vom Volk gewählter Gemeindeammann hat man die Aufgabe zu sagen, was Sache ist. Wenn Sie immer vom Lohn sprechen, muss ich sagen, dass dieser seinerzeit vom Einwohnerrat festgelegt wurde. Überlegen gerade Sie, dass wohl niemand anders als Sie die Verwaltung so stark beschäftigt, wie Sie dies tun. Zu Guido Benz: seit 2 Jahren ist er mit grosser Intensität am Arbeiten. Im Jahr 2002 – alle Parteien waren vertreten – wurden Benchmarks gemacht, Vergleiche angestellt, Einstufungen gemacht: dies ist die Ausgangslage und noch nicht lange her. Wohlen ist nicht führend, sondern ungefähr dort, wo man hin gehört. Es ist ein komisches Feigenblatt zu sagen, man muss wissen, wo die Leute stehen. Der Wert bewegt sich. In einer Sonntagszeitung war am gestrigen Sonntag die Rede von einer Realloohnerhöhung von 2.5 %.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Das Instrument, welches Guido Benz angesprochen hat, möchte der Gemeinderat wieder aufnehmen. Man hat bereits einen Auftrag an die Finanzverwaltung erteilt, dass nächstes Jahr ein Lohnvergleich auch mit anderen Gemeinden vorliegt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass in diesem Jahr 2 % durchaus gerecht sind.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Mit keinem Wort habe ich vorhin den Lohn des Gemeindeammannes kritisiert. Sie wissen alle, ich bin der Meinung, dass der Lohn angemessen ist, jedoch nicht für die Leistung des aktuellen Gemeindeammannes. Dies wollte ich erst nicht sagen... – *Präsident Konrad Gfeller unterbricht mit der Bitte um Unterlassung persönlicher Bemerkungen* – Ich habe den Vorwurf erhoben, dass der Gemeindeammann hier in eigener Sache, für den eigenen Lohn spricht. Sein Lohn geht auch um das beantragte 1 % rauf. Dies war der Vorwurf. Des Weiteren: Der Gemeinderat hat beschlossen, dass der Antrag 2 % ist und der Vertreter des Gemeinderates unterstützt die 3 %. Das geht doch einfach nicht!

Tanner Peter, SVP: Wir haben klar gehört: der Ressortvorsteher Finanzen ist für 2 % und nicht mehr. Ende der Diskussion!

Abstimmung (1 Person abwesend)

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

020.311 Gemeindeverwaltung Allgemein, Mobiliaranschaffungen

Siebenmann Johannes, EVP: Ich komme nochmals zurück auf 020.311. Ich habe heute zum ersten Mal gehört, dass offenbar die Anschaffung eines Gesamtprogramms durch alle Abteilungen beabsichtigt ist. Dies habe ich noch nie gehört. Es wurde bisher nur vom Steueramt gesprochen. Jetzt kommt ein Gesamtprogramm, welches Kosten nach sich zieht. Denn es ist nicht nur das Steueramt, sondern auch die anderen Abteilungen. Hier besteht Erklärungsbedarf. Weshalb beantragt dies der Gemeinderat über das Budget und nicht über einen Bericht und Antrag?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Sie haben mich falsch verstanden. Ein Gesamtprogramm heisst, man möchte nicht mehr wahllos Möbel aus diversen Programmen kaufen. Man möchte dies vereinheitlichen, man möchte eine Arbeitsgruppe aus der Verwaltung machen, welche sagt, welches Programm das richtige ist. Die nächsten Möbel stehen nicht per sofort an. Irgendeinmal sprechen wir aber über die Gesamtanierung des Gemeindehauses. Und dann müssen die jetzt angeschafften Möbel Wiederverwendung finden. Es wäre blöd, wenn man bei der Möbela-

schaffung des Steueramtes keine Rücksicht auf das Gesamtkonzept eines Gemeindehauses nähme.

Seite 47

091.314.02 Verwaltungsliegenschaft privat genutzt / Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich

Kohli Benno, FDP: Ich habe folgenden

Antrag: Der Betrag von Fr. 68'000 im Budgetposten 091.314.02 „Baulicher Unterhalt durch Dritte“ soll gestrichen werden.

Es geht um den Abbruch des Herzoghauses. Der Gemeinderat schlägt ein weiteres Mal vor, Häuser auf Vorschuss abzureissen, ohne dass er alle Varianten prüft. Es ist unverständlich, dass dies jetzt, vor den Resultaten des Masterplans, geschehen soll, obwohl das Herzoghaus im Perimeter „Schützenswertes Ortsbild erhalten, Strassenräume aufwerten“ liegt. Die Absicht der Integration dieses Grundstückes in den Pausenplatz des Schulhauses Halde funktioniert infolge der Höhenlage nicht oder erfordert unverhältnismässige Kosten. Das Bedürfnis einer weiteren Pausenplatzvergrösserung ist infolge sinkender Schülerzahlen nicht ausgewiesen und zu hinterfragen. Die Vergrösserung des Pausenplatzes und der Abriss des Schellhauses war bereits konzeptlos. Nach einer Umzonung in die Kernzone und einer seriösen Abklärung der Erschliessung, soll dieses Grundstück unter Bedingung einer adäquaten Überbauung, nach den Resultaten des Masterplanes, verkauft werden. So kann in Zentrumsnähe eine kleinere, aber durchaus interessante Investition provoziert werden, welche zur Entwicklung des Ortszentrums beiträgt.

Becker Doris, Gemeinderätin: Der Gemeinderat hat klar entschieden, dass dieses Haus abgebrochen werden soll. Wir haben den Zustand genau überprüft. Jemand wollte dieses Haus mieten und wir haben uns überlegt, ob es zu einem annehmbaren Preis saniert werden könnte. Dies ist nicht der Fall. Das Haus ist in einem sehr schlechten Zustand. Es werden auch immer wieder Scheiben eingeschlagen. Deshalb mussten bereits Bretter bei der Eingangstüre und Fenster angebracht werden. Von Seiten des Haldeschulhauses wurde immer wieder das klare Bedürfnis geäussert, dass der Pausenplatz erweitert werden soll. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass dies eine sinnvolle Möglichkeit ist. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Kohli Benno, FDP: Ich muss mich präzisieren: Ich bin nicht der Meinung, dass das Haus erhalten werden muss. Ich bin der Meinung, dass das Haus nach einem Verkauf zur Überbauung freigegeben werden soll. Wir sind dort im Ortszentrum. Wir wollen ein städtisches Ortszentrum – ich möchte dies insbesondere. Dieses Grundstück liegt über 2 Geländestufen tiefer als der Pausenplatz. Es macht überhaupt keinen Sinn, dieses Grundstück in einen Pausenplatz integrieren zu wollen. Im Weiteren: Auch ich bin dort zur Schule. Dazumal hatte es in etwa gleich viele Schüler wie heute. In Zukunft wird es weniger haben. Ich weiss nicht, wieso es zu wenig Platz hat. Dies ist ein formulierter Anspruch der Schule, ist aber nicht belegt. Ich finde, es ist auch zu weit weg - bereits beim Chäber unten. Es gibt eine grosse Lücke, über die ganze Bremgarterstrasse und macht absolut keinen Sinn.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich kann den Antrag von Benno Kohli unterstützen. Ich bin in der Masterplankommission und denke auch, wir müssen zuerst den Masterplan fertig stellen und wissen, welche Ziele wir für dieses Gebiet haben. Den Abbruch kann man auch nächstes Jahr machen. Dieses Jahr haben wir Fr. 70'000 eingespart.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ganze Areal, inkl. ehemals Schell-Haus und Renfer-Haus, wurde seinerzeit gekauft mit Blick auf Erweiterung und Ausdehnung der Schulanlage Halde. Im

Zusammenhang mit dem Schulraumbericht, welcher zu Bünzmatt III führte, wurde festgestellt, dass das Haldeschulhaus das engste Pausenplatz Verhältnis (m²/Kind) ausweist. Der Einbezug dieses Areals ist kein Luxus.

Tanner Peter, SVP: Ich unterstütze den Antrag von Benno Kohli. Ich finde, diese neue Idee muss man zuerst weiterverfolgen und verfeinern. Zudem sehe ich die Chance, dass man die Fr. 70'000 einer interessierten dritten Person überverantworten kann. Wenn jemand dieses Grundstück kauft – und daran ist nicht zu zweifeln – muss er diese Abbrucharbeiten übernehmen und bezahlen. Wieso sollten wir dies vorleisten?

Kohli Benno, FDP: Wenn ich die Pausenplätze miteinander vergleiche, hat das Schulhaus Junkholz tatsächlich den kleinsten Pausenplatz.

Schmid Thomi, Freis Wohle: Als betroffener Lehrer: Dies stimmt einfach nicht, Benno Kohli. Der Haldenpausenplatz ist mit Abstand der kleinste. Die Erweiterung basiert auf einem Konzept. Die Velo-Ständer müssen weg, wir brauchen mehr Platz.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 4 Nein- Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Seite 48

100 Öffentliche Sicherheit / Rechtswesen

Meier Maja, Freis Wohle: Mir ist aufgefallen, dass wir im Vergleich mit anderen Gemeinden einen hohen Aufwand für das Rechtswesen haben, nämlich Fr. 200'000 mehr als z.B. Wettingen oder Spreitenbach. Das ist offenbar zurückzuführen auf die Aufwendungen an die Amtsvormundschaft über Fr. 400'000. Während z.B. Wettingen oder Spreitenbach für das Vormundschaftswesen Kosten von ca. Fr. 200'000 ausweisen. Wir sind doch einem Verband angeschlossen. Wie kann das sein, dass ein Verband soviel höhere Kosten auslöst? Kann man mehr Informationen erhalten? Gibt es einen Jahresbericht?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Vizeammann Harold Külling ist nicht hier, er ist Präsident des Verbandes. Der Grund für die hohen Kosten sind die vielen Fälle. Im Bezirk Bremgarten ist die Situation offenbar anders als z.B. in Wettingen.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden. Ich empfinde dies als enormen Betrag. In einem Verband sollten sich doch die Kosten aufteilen. Spreitenbach hat 50 % Ausländer. Ich kann nicht glauben, dass sie weniger Fälle haben. Ich möchte mehr Informationen dazu.

Gallati Jean-Pierre, SVP : Auch ich bedaure, dass Vizeammann und Präsident des Verbandes Amtsvormundschaft des Bezirks Bremgarten Harold Külling nicht anwesend ist. In diesem speziellen Fall weiss ich zufälligerweise, dass der Verband die Sekretariatsstellen um 60 oder 70 % aufstockt. Dies wurde den Gemeinden im Bezirk viel zu spät mitgeteilt. Verschiedene Gemeinden haben dagegen protestiert. Die Gemeinde Wohlen meines Wissens nicht, was ja logisch ist, wenn der Vizeammann der Präsident ist. Es ist schwierig. Auch ich würde sagen, die Fr. 80'000 seien zu senken und zu plafonieren. Die Verbände müssen merken, dass die Kosten nicht jedes Jahr höher sein können. Wir werden einen entsprechenden Antrag bei der Repla stellen. Maja Meier, würden Sie betreffend Amtsvormundschaft einen Antrag stellen, würden wir ihn unterstützen.

110.316.02 Öffentliche Sicherheit / Polizei (Repol) / Leasing Fahrzeuge

Bertschi Bruno, SVP: Mit grossem Erstaunen musste ich feststellen, dass die Repol Fahrzeuge le-ast. Leasing machen in der Regel nur gewinnorientierte private Unternehmen, damit sie steuerfreien Gewinn abschöpfen können und damit die Liquidität bestehen bleibt. Ich vermute, dass die Gemeinde das Fahrzeug deshalb geleast hat, damit sie nicht Antrag an den Einwohnerrat stellen muss. Wieso wurde das Auto geleast? Ist dies billiger? Wie hoch ist der Leasingzins? Wie lange dauert die Laufzeit? Wie hoch ist der Restwert? Wo ist der Ford Maverick, den die Polizisten anscheinend nicht gerne fahren?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Man hat das Fahrzeug der Regionalpolizei über das Leasing ersetzt. Dies, weil das alte Fahrzeug zu einem guten Preis übernommen wurde. Für Occasionsfahrzeuge der Polizei gibt es auf dem Markt kein Geld mehr. Auch das neue Fahrzeug kann so günstig zurück gegeben werden. Der Gemeinderat hat dieses Geschäft beraten, ebenso wurde es in der Repol-Kommission besprochen, wo die angeschlossenen Gemeinden ebenfalls vertreten sind. Der Auftrag wurde erteilt und es wurde beschlossen, dies so im Budget aufzunehmen. Der Leasingzins ist ca. Fr. 1'000/Monat, die Laufzeit beträgt 4 Jahre, den Restwert kann ich im Augenblick nicht sagen, ebenso nicht den Zinssatz.

Bertschi Bruno, SVP: Zur Information an alle Anwesenden: Es handelt sich um einen schwarzen Passat VW Kombi, ein Zivilfahrzeug mit einer sechsstelligen Nummer. Passen Sie auf, wenn Sie diesem Fahrzeug begegnen!

Spörri Marlies, SVP: Der Finanzkommission wurde eine andere Auskunft betreffend Leasing erteilt. Es ging darum, dass sie das Fahrzeug häufiger wechseln wollen, damit man es mit der Zeit nicht kennt. Ist nicht dies der Grund für das Leasing? Wem soll man jetzt glauben?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich habe diese Frage nicht verstanden.

Spörri Marlies, SVP: Der Finanzkommission wurde die Auskunft erteilt, dass man dieses Fahrzeug häufiger wechseln will. Es ist ein Privatauto, welches nicht angeschrieben ist. Damit man es in Wohlen nicht kennt, macht man den Leasingvertrag, um häufiger zu wechseln.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich weiss nicht, wer diese Auskunft erteilt hat. Es geht hier um die kostengünstigere Möglichkeit für die Gemeinde, um Polizeifahrzeuge zurück geben zu können.

Benz Guido, CVP: Es würde mich doch noch interessieren. Es ist tatsächlich so, wie Marlies Spörri dies gesagt hat. In der Finanzkommission wurde dies gefragt und die Antwort aus qualitativen Gründen der Argumente akzeptiert. Wenn das aber so ist, wie dies Toni Schürmann sagt, ist es ein rein wirtschaftlicher Aspekt. Wir sind der Meinung, dass Leasing so oder so teurer ist. Wie wurde dies ausgerechnet?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Es wurden Offerten eingeholt und auf Erfahrungswerten abgestellt. Hauptsächlich darauf, dass das Fahrzeug auf dem Occasionsmarkt nicht mehr verkauft werden konnte. Man hat einen sehr guten Preis dafür erhalten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Per welches Datum wurde der Vertrag abgeschlossen? Im Budget 2008 ist kein Betrag unter Leasing enthalten. Wenn der Gemeinderat den Vertrag mit Wirkung per 2008 abgeschlossen hat, dann staune ich leicht. Wir sprechen über das Budget 2009. Per wann zahlt die Gemeinde Leasingzins?

Schürmann Toni, Gemeinderat: Dazu müsste der Chef Repol Auskunft geben. Der Gemeinderat hat den Leasingvertrag so abgeschlossen, damit man mit dem Ertrag des Occasionsfahrzeuges die erste Rate zahlen konnte.

Christen Peter, Chef Repol: Der Beschluss datiert vom 28.04.2008. Ausgeliefert wurde das Fahrzeug Ende August. Dazwischen muss der Vertragsabschluss gewesen sein. Grössenordnung schätze ich Mai 2008.

Stäger Urs, SVP: Die ganze Geschichte riecht nicht seriös. Das Leasingfahrzeug wurde einfach so schnell bestellt. Toni Schürmann, die Aussage, dass der Erlös des Maverick für den Leasingzins genüge, das glauben vielleicht Sie, aber ich nicht. Wird ein Fahrzeug geleast, muss man noch 10 % bezahlen. Auch die Gemeinde. Ein VW Passat hat eine Lebensdauer von mindestens 10 Jahren. Ich fahre diesen Fahrzeugtyp.

Seite 51

140 Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr

Steiner Landert Judith, SVP: Es handelt sich hier um Pauschalpositionen, nicht durchgängig, sondern immer wieder einzelne. Wir sind der Meinung, dass es entweder Globalbudgets geben muss (= Leistungsauftrag), oder dass normal budgetiert werden muss.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es ist so, dass wir diese Thematik bereits in den letzten beiden Jahren diskutiert haben. Es wurde auch korrigiert. Es sind keine Globalbudgets, weil man die Leistungsaufträge in dieser Form nicht hat. Wir benutzen die Pauschalbudgetierung nun so, dass wir dies als Brocken oder als Grössenordnung der Feuerwehr oder der Bildung zur Verfügung stellen. Die Aufteilung machen sie nachher effektiv darin. Selbstverständlich dürfen Sie von der SVP auch Anträge zu den einzelnen Positionen stellen. Dies wurde im letzten Jahr beim Gemein- deinspektorat entsprechend abgeklärt.

Steiner Landert Judith, SVP: Es geht uns nicht um Änderungsanträge, sondern um die Global- budgetierung. Der Leistungsauftrag ist wichtig.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Diesen Leistungsauftrag können wir nicht machen, weil wir keine Kosten-Leistungsrechnung haben und dadurch nicht sagen können, wie teuer die Leistungen durchgängig sind in unserer Gemeinde. In der jetzigen Rechnungslegung haben wir die Voraus- setzungen, um dies wie z.B. Baden oder Aarau zu machen, nicht. Wir haben dazumal aus prakti- schen Gründen die sogenannten Globalbudgets gemacht, bevor es diese gemäss WOV über- haupt gegeben hat. Man hat dann aber festgestellt, auch aufgrund Ihrer richtigen und berech- tigten Kritik, dass Sie als Einwohnerrat nichts daran ändern können. Die „P“ sind jetzt dort enthal- ten, welche wir der Verwaltung als Gesamtposition mitgeben für die ganze Feuerwehr und auch die gesamte Schule. Das „P“ für Sie als Einwohnerrat hat den Grund, damit Sie in der Gesamt- summe sehen, was wir zur Verfügung stellen. Aber Sie dürfen zu jeder einzelnen Summe mit ei- nem „P“ einen Änderungsantrag stellen.

Steiner Landert Judith, SVP: Wir sind der Meinung gehört zu haben, dass bei der Bildung die Schule gerne einen entsprechenden Globalbudgetauftrag hätte.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Dies ist eine Diskussion, die geführt wird. Man hat sich aber noch zu keinem Entscheid durchgerungen.

Benz Guido, CVP: In meinem Bericht steht dies sehr genau mit Datum etc. sowie dass wir unterschiedlicher Meinung sind. Weiter steht darin, dass der Pilotversuch läuft und dieser Mitte nächstes Jahr abgeschlossen ist, dass ein Bericht erstellt wird, dass mit Excel eine Kostenträgerrechnung gemacht wird. Dann ist der Zeitpunkt, dies wieder aufzunehmen und zu schauen, ob wir die Kostenberechnung machen können. In diesem Sinne scheint mir dies eine gute Sache. Dies zur Schule. Die Details der Feuerwehr kann ich nicht beurteilen.

Seite 52

140.427 Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr / Liegenschaftserträge (Miete Parkplätze)

Hübscher Bertha, EVP: Ich habe hier ein Beispiel. Bei den Liegenschaftserträgen haben wir Fr. 9'000, dies ist auch ein „P“. Auf der Seite 51 haben wir bei 100.140.316 „Miete, Benützungskosten, Baurechtszinsen“, da kommt wieder etwas rein. Dies habe ich schon einmal gefragt. Ich begreife nicht, weshalb dort ein „P“ steht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Dies wurde eingeführt auf das Jahr 1998. Es war das Anliegen der Schule. Man bezeichnete es als Globalbudget. D.h., man kann die Konti miteinander verknüpfen und addiert diese zu einem Total. Nachher kann die verantwortliche Abteilung mit diesen Beträgen variieren. D.h., bei einem Konto kann mehr ausgegeben werden, beim anderen weniger. Nun heisst es Pauschalbudget und der entscheidende Punkt ist, dass das Pauschalbudget so korrekt ist. Dies wurde vom Chef des Gemeindeinspektorates, Markus Urech, schriftlich bestätigt.

Seite 53

150.352 Öffentliche Sicherheit / Militär, Bevölkerungsschutz / Beitrag an die Schiessanlage Bremgarten

Bertschi Bruno, SVP: In der Rechnung 2007 beträgt dieser Posten Fr. 2'106.00 und soll nun im Budget 2009 Fr. 17'600.00 betragen. Weiss der Gemeinderat, wie viele Wohler Obligatoriumschützen in Bremgarten schiessen? Diese schiessen überall. Nur ein kleiner Teil schiess in Bremgarten. Ich möchte gerne wissen, wie Sie die Fr. 17'600 berechnen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist ein Vertrag, der vor ein paar Jahren abgeschlossen wurde. Jede Gemeinde muss die Möglichkeit anbieten, das Obligatorium zu schiessen. Herr Bertschi, dies sind sehr gute Konditionen. Es ist in der Tat so, dass jeder frei ist, sein Obligatorium zu schiessen, wo er möchte. Doch wir müssen irgendwo beheimatet sein. In Verhandlungen haben wir erreicht, dass der Betrag auf eines der letzten Budgets gesenkt wurde. Dies, weil wir wussten, dass weniger Schützen in Bremgarten schiessen. Weshalb der Betrag im letzten Jahr zu tief war: die Bremgarter waren mit der Rechnungsstellung in Verzug. Die Grössenordnung der Fr. 17'600 entspricht dem Betrag, welchen wir zur Zeit bezahlen müssen.

Bertschi Bruno, SVP: Für diejenigen, die in Villmergen schiessen: Müssen wir Villmergen dafür bezahlen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Nein.

150.452 Öffentliche Sicherheit / Militär, Bevölkerungsschutz / Rückerstattungen Gemeinden

Meier Maja, Freis Wohlen: Hier sind Fr. 12'500 budgetiert. Ich gehe davon aus, dass dieser Betrag erhöht werden kann, weil beispielsweise Sozialleistungen, Miete, Energie, Informatik und Büromaterialkosten nicht berücksichtigt sind. Ich stelle deshalb den Antrag, diesen Posten auf Fr. 20'000 zu erhöhen. Soweit ich dies beurteilen kann, könnte dieser Betrag noch höher ausfallen. Dann wäre es umso besser.

Antrag: Die Position Rückerstattungen Gemeinden, 150.452. sei auf Fr. 20'000 zu erhöhen.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Die Rückerstattungen von Gemeinden sind Lohnkosten für den Sektionschef. Die Soziallasten werden auch in Rechnung gestellt. In Rechnung stellen kann man diejenigen Dinge, die nicht in Kostenstellen erfasst werden können. Wir sind aber bemüht, alles, was man in Rechnung stellen kann, auch zu tun. Fr. 20'000 ist zu hoch, dies wird nicht zu erreichen sein.

Abstimmung

Dem Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zugestimmt.

160.312 Öffentliche Sicherheit / Zivilschutz / Heizmaterial, Strom, Gas, Wasser

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Der Budgetposten beträgt Fr. 22'000. Im Voranschlag 2007 wurden Fr. 14'500 budgetiert. Die Rechnung 2007 schliesst höher. Auch im Konto 150.312.01 ist der Aufwand für Heizmaterial, Strom, Wasser höher als im 2008. Weshalb ist dies so?

Becker Doris, Gemeinderätin: Der Gemeinderat hat dies fast überall angepasst um 10 %, weil wir wussten, dass der Öl-, Strom- und Gaspreis steigt. Wir haben es dort nicht oder nur minimal angepasst, wo eine neue Heizung ist, zB. im Halden- oder Wietlisbachschulhaus. Speziell angepasst wurde im Junkholz, weil wir davon ausgehen, dort im nächsten Jahr eine neue Heizung zu erhalten. Weiter wird die HPS ein Minergiebau sein. Sie wird eine eigene Abrechnung und Wärmezähler haben. Die HPS wird ihre Rechnungen separat bezahlen. Dort wurde der Betrag belassen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Auf wie viel Grad wird der Zivilschutz geheizt und welche Räume sind dies?

Becker Doris, Gemeinderätin: Es tut mir leid, dies weiss ich nicht. Vielleicht weiss es Toni Schürmann oder Beat Herzog, Leiter Reg. ZSO.

Herzog Beat, Leiter Reg. ZSO: Es ist so, dass Zivilschutzanlagen bei Nichtbenützung grundsätzlich nicht geheizt werden. Wir heizen nur bei Belegung. Zu den gestiegenen Kosten kann folgendes gesagt werden: In den letzten Jahren hatten wir bedeutend mehr Belegungen durch Vereine und das Militär. Entsprechend wurden die Anlagen mehr beheizt. Dadurch stieg der Ölverbrauch. Andererseits konnten diese Kosten den Vereinen und dem Militär weiterverrechnet werden, was wiederum aus den Erträgen ersichtlich ist.

Seite 55

201.318.03 Bildung / Sprachheil-Kindergarten / Schülertransportkosten

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Die Kosten stiegen von Fr. 0 auf Fr. 45'000. Weshalb?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Beim Sprachheilkindergarten hat das Regime geändert. Es wurde ein Eigenwirtschaftsbetrieb. Die ganze Umstellung wurde erst vollzogen. Das hat damit zu tun, dass die IV nicht mehr im gleichen Umfang subventioniert. Ich weiss nicht, ob Ernesto Hitz, Schulsekretär, oder Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege, Auskunft erteilen kann.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Der Sprachheilkindergarten lief vorher über den GOV. Der GOV ist nicht mehr involviert, die Kosten jedoch noch vorhanden. Deshalb bezahlt die Gemeinde.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Insgesamt ist es ein Nullsummenspiel für die Gemeinde Wohlen. Diese Dienststellen werden komplett ausgeglichen. Was wir ausgeben, nehmen wir auch wieder ein.

Seite 56

210.301 Bildung / Volksschule Allgemein / Löhne Sekretariat Schulleitung.

Meier Maja, Freis Wohle: Mir ist aufgefallen, dass diese Position fast Fr. 30'000 mehr Lohn enthält. Wenn ich mich recht erinnere, hat Franco Corsiglia am Vortrag betreffend Evaluation gesagt, dass man ein Schulleitungssekretariat aufgestockt hat. Stimmt dies? Dann würden im Stellenplan diese Prozente noch fehlen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich möchte diese Frage auch gerne an Franco Corsiglia weitergeben.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Ab 01.08.2008 ist der Kindergarten hinzugekommen. Dies macht 25 Stellenprozente Sekretariat aus. Dadurch steigen auch die Kosten, da der Kindergarten in der Schulleitung integriert wurde.

Meier Maja, Freis Wohle: So habe ich es auch in Erinnerung. Aber auf Seite 110, Stellenplan, sind 2.3 Stellen im 2008 bewilligt und auch 2.3 Stellen im 2009. Hier müsste eine Differenz sein.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Ich kann sagen, wo die Ausgaben sind. Den Stellenplan erarbeiten wir nicht.

Gfeller Konrad, Präsident: Wir behandeln den Stellenplan am Schluss.

Seite 63

219.310.02 Bildung / Volksschule übriges (Schulsekretariat) / Jahresbericht der Schulen und Schulzeitung Schulblitz

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: In dieser Position sind noch immer Fr. 10'000 für den Jahresbericht der Schulen und Schulzeitung Schulblitz enthalten. Meines Wissens gibt es den Schulblitz gar nicht mehr.

Corsiglia Franco, Präsident Schulpflege: Dies ist richtig. Dieser Betrag ist für den Schulbericht. Der Schulblitz ist noch im Budget erwähnt, dieser könnte eigentlich gestrichen werden. Vielleicht bringen wir es fertig, den Jahresbericht in Zukunft weniger umfangreich zu gestalten und dafür für den Schulblitz etwas einzusetzen.

Seite 69

300.365.22 Kultur, Freizeit / Kulturförderung / Ressort Bildende Kunst

Stäger Urs, SVP: Wir beantragen, diese Fr. 16'000 zu streichen. Begründung: Wir haben kein Geld und letztes Jahr weigerte sich der Gemeinderat trotz klarem Auftrag, Bilder zu verkaufen.

Antrag: Konto 300.365.22: Der Betrag von Fr. 16'000 sei zu streichen.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich möchte Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Es betrifft das Ressort Bildende Kunst. In Wohlen werden Kunstausstellungen gemacht. Die drei bis vier Ausstellungen, welche die Kunstkommission unter der Leitung von Hanni Corboz sehr sorgfältig und mit viel Enthusiasmus macht, sollen weiter durchgeführt werden.

Stäger Urs, SVP: Das Problem ist, es werden noch immer Bilder hinzugekauft. Diese müssen irgendwo gelagert werden. Dies kostet auch wieder.

Müller Christian, Gemeinderat: Ich muss erwidern, dass nicht mehr viele Bilder gekauft werden. Es kommt vereinzelt vor, dass ein Bild gekauft wird, jedoch nicht mehr so oft wie früher. Ich glaube, die Bilder werden zum grossen Teil in gemeindeeigenen Liegenschaften aufgehängt. Sie sind nicht zum Verstauben da.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 30 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 70

302.316 Kultur, Freizeit / Strohmuseum / Mietzinsaufwand (verrechnet 090.427.04)

Geissmann Armin, FDP: Wem gehört das Strohmuseum? Wofür sind die Mietzinsen?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das Gebäude gehört der Einwohnergemeinde. Dies ist hier buchhalterisch ausgewiesen. Die Stiftung Freiämter Strohmuseum ist gratis in diesem Gebäude. Dies ist hier einerseits ausgewiesen als Aufwand für das Strohmuseum, weiter hinten aber auch als Ertrag. Buchhalterisch ist dies eine Nullnummer.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Es ist eine sogenannte interne Verrechnung. Auf der einen Seite wird der Aufwand unter Strohmuseum belastet und auf der anderen Seite im 090.027.04 als Ertrag wieder vereinnahmt. Ein Nullsummenspiel für die Gemeinde.

304.434 Kultur, Freizeit / Gemeindebibliothek / Gebühren

Gallati Jean-Pierre, SVP: Sie sehen den Betrag über Fr. 10'000 im Voranschlag 2008. Dies ist eine Sockelgebühr für diejenigen, die die Bibliothek benützen. Neu sind Fr. 54'600 als Ertrag veranschlagt. Dies ist eine neue Gebühr, die der Gemeinderat zusammen mit seiner Gebührenlawine im nächsten Jahr einführen will. Der Einwohnerrat hat bis jetzt noch keinen Bericht und Antrag dazu gesehen. Ich schaue das Vorgehen als sehr unanständig an. Käme der Bericht und Antrag im Einwohnerrat durch, was ich zwar bezweifle, gäbe es ja trotzdem Ertrag und wäre umso erfreulicher, wenn er nicht budgetiert wäre. Weiter ist es asozial. Lesen sollte, wie wir alle wissen, gefördert werden, v.a. bei den Kindern. Es geht nicht darum, bei den Reichen Gebühren zu sparen. Es geht darum, als eine von den allerletzten Leistungen der Gemeinde, die noch halbwegs gratis ist, wenigstens ein Buch oder eine CD ausleihen zu können. Die Bibliothek arbeitet super. Aber man muss sicher nicht eine neue und hohe Gebühr einführen – und sie schon gar nicht budgetieren, ohne dass sie bewilligt ist. Ich möchte die CVP und die SP, die angeblich sozialer denken als die SVP, auffordern, einen Riegel zu schieben.

Antrag: Konto 304.434 sei von Fr. 54'600 auf Fr. 10'000 zu kürzen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es ist tatsächlich so, dass eine Vorlage zur Einführung einer Mitgliedergebühr in der Bibliothek in Vorbereitung ist. Dies ist allerdings eine sehr moderate Gebühr. Alle Bibliotheken in der Umgebung, ausser Villmergen, haben eine Gebühr schon längst eingeführt. Die Vorlage ist heute im Gemeinderat verabschiedet worden und wird Ihnen demnächst mit der Einwohnerratspost zugestellt. Sie können an einer der nächsten Einwohnerratsitzungen darüber beschliessen. Ich empfehle Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung (1 Person abwesend)

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt (15 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen).

Seite 71

304.313.01 Kultur, Freizeit / Gemeindebibliothek / Anschaffung von Büchern und Zeitschriften (Gemeindebudget)

Fricker Ronny, CVP: Ich möchte den Betrag von Fr. 25'000 auf Fr. 30'000 erhöhen. Begründung: Wir haben über die vorgesehene Grundgebühr bereits abgestimmt. Der Bericht und Antrag wird in Kürze vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass dies durchkommt. Eine Grundgebühr ist eigentlich etwas normales. Ein Teil dieses Betrages, dieser Grundgebühr, nämlich 1/6, soll mit meinem Antrag den Lesern in Form der Qualität und Quantität der Ausleihe wieder zurückvergütet werden. Der Antrag ist mit der neuen Bibliothekarsleiterin Brigitta Loher abgesprochen. Diese Erhöhung macht Sinn und gibt mehr Möglichkeiten in der Anschaffung. Die Bibliothek ist ein wichtiger Kulturpunkt in unserer Gemeinde und ich bitte Sie um Unterstützung meines Antrages.

Antrag: Seite 71, 304 Gemeindebibliothek, 313.01 Anschaffung von Büchern und Zeitschriften: Erhöhung auf Fr. 30'000.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich bin der Meinung, dass man den Antrag nicht unterstützen soll. Der Gemeinderat hat das Budget so, wie es hier vorliegt, beschlossen. Das Budget wurde mit dem Bibliotheksteam zusammen erarbeitet.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 72

310.318 Kultur, Freizeit / Denkmalpflege, Heimatschutz / Inventar schützenswerter Bauten

Gallati Jean-Pierre, SVP: Nur eine Anregung: Hier wäre es korrekt, endlich einmal Bericht und Antrag vorzulegen. Zeigen Sie, was das Ganze kostet. Zeigen Sie, wie lange es noch dauert. Nicht einfach jedes Jahr ein paar tausend Franken verbrauchen und herumirren.

Seite 73

342.312 Kultur, Freizeit / Schwimmbad Bünzmatt / Strom, Gas, Wasser

Lehmann Sandra, Freis Wohlen: Auch diese Position ist wesentlich höher budgetiert. Was wird hier geheizt ?

Becker Doris, Gemeinderätin: Hier bin ich überfragt. Ich weiss nicht, weshalb diese Position steigt. Ich kläre dies gerne ab, aber im Moment kann ich keine Antwort geben.

Seite 78

542 Soziale Wohlfahrt / Chinderhuus

Kohli Benno, FDP: Es geht ums Chinderhuus. Hier ist eine Privatisierung gefordert. Gemeinderat Paul Huwiler hat in diesem Jahr informiert, dass dies bis Ende 2008 vollzogen sein soll. Was mich stört, ist dieser Verlustposten von Fr. 212'400. Ich stelle fest, dass die Privatisierung bis Ende 2008 nicht vollzogen ist. Wie ist der Stand der Arbeiten?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Wir arbeiten an diesem Thema. Heute morgen war die letzte Sitzung diesbezüglich. Wir sind noch immer in Kontakt und Verhandlungen mit den möglichen Partnern, die das Chinderhuus übernehmen. Es geht nun darum, den Bericht und Antrag auszuarbeiten. Ich rechne damit, dass Ihnen der Bericht und Antrag an der Dezember-Sitzung vorliegt.

Kohli Benno, FDP: Kann ich davon ausgehen, dass wir im nächsten Jahr die Fr. 212'000 nicht ausgeben werden?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Nein, das können Sie nicht. Den Betrag kann man nicht vollständig eliminieren. Wir haben im Sinn, mit Leistungsvereinbarungen, von welchen auch andere Kinderhorte profitieren können, die nötigen Gelder zur Verfügung zustellen. Diese sind insbesondere dazu da, Familien mit minderen Einkommenssituationen zu entlasten. Deshalb wird der Betrag nicht ganz verschwinden. In keiner Aargauer Gemeinde mit Kinderhort ist dies so, insbesondere nicht, wenn man es sozialverträglich macht.

Kohli Benno, FDP: Der Betrag muss aus meiner Sicht auch nicht auf Null gesenkt werden. Aber: eine deutliche Reduktion, z.B. auf die Hälfte, dürfen wir erwarten?

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich sage heute Abend zu den Zahlen nichts. Diese sind noch immer in Berechnung.

Seite 79

580.361.01 Soziale Wohlfahrt / Allgemeine Fürsorge / Restkosten Sonderschulung, Heimaufenthalte (§ 24 Betreuungsgesetz)

Geissmann Armin, FDP: Diese Position beinhaltet plötzlich Fr. 3 Mio. Hat man hier auf Reserve budgetiert oder sind fixe Posten, die wir nicht wissen, beinhaltet?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Dies ist genau eine Position, die ich bei den Mehrkosten aufgezeigt habe. Dies sind Auswirkungen des neuen Betreuungsgesetzes, durch welches wir ca. CHF 1 Mio. Mehrbelastung haben. Dies ist so von den Aufgabenteilungen her. Das ist ein errechneter Betrag, welchen wir vom Kanton in Rechnung gestellt erhalten. Ob es genau Fr. 3 Mio. sein werden, können wir nicht sagen. Dies sind Modell-Berechnungen des Kantons.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Fakt ist, gemäss Aussage des Finanzministers Roland Brogli, CVP, dass die Gemeinde Wohlen durch die Aufgabenteilung (GATT/NFA) im nächsten Jahr um 4 Steuerfussprozent entlastet wird. Dies ist richtig. Bei dieser Position ist es umgekehrt. Unter dem Strich, und dies wurde durch den Gemeinderat nicht offen gelegt, profitiert die Gemeinde Wohlen von dem ganzen Paket. Sie müssen nicht befürchten, die Gemeinde Wohlen werde dadurch mehr belastet. Der Gemeinderat soll bitte offen sein, nicht wie es letztes Jahr mit den Lehrerlöhnen war. Er soll das nächste Mal so offen sein und solche Umverteilungsübungen klar offenlegen.

Meier Maja, Freis Wohle: Warum sind diese Umverteilungskosten in der allgemeine Fürsorge? Verfälscht dies nicht das Bild? Mir ist aufgefallen, dass dies vorher in der Bildung war.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich möchte diese Frage an Gregor Kaufmann weitergeben. Es geht bei dieser Position um die Frage der Rechnungslegung.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Die Zuteilung in die Abteilung 5 musste aufgrund von Weisungen des Kantonsinspektorates vorgenommen werden. Im ganzen Kanton wird diese Position in der Abteilung 5 anstelle wie früher in 2 geführt.

Seite 80

581.301 Soziale Wohlfahrt / Sozialhilfe / Löhne Beschäftigungsprogramm

Spörri Marlies, SVP: Ich stelle den Antrag, diese Position von Fr. 75'000 auf Fr. 50'000 zu reduzieren. Die Differenz von Fr. 25'000 sind für ein Pilotprojekt Aussendienst vorgesehen. Dies muss man rausnehmen, denn dies wird vom Kanton bezahlt.

Antrag: Konto 581.301 sei auf Fr. 50'000 zu reduzieren.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Darf ich den Leiter der Sozialen Dienste, Urs Spillmann, bitten, Auskunft zu geben?

Spillmann Urs, Leiter Soziale Dienste: Es ist richtig, die Löhne Aussendienst wurden mit einem 20 %-Pensum resp. Fr. 25'000 budgetiert. Erst kürzlich hat der Regierungsrat beschlossen, dass Wohlen vom Kantonalen Aussendienst profitieren kann und wir für das Jahr 2009 keine Leistungen erbringen müssen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte vom Gemeinderat wissen, weshalb er uns nicht aus freien Stücken sagt, dass diese Position Fr. 25'000 kleiner ist? Wären es Fr. 1'000 mehr, hätte er es sicherlich gesagt.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Dies kann ich dir nicht sagen, ich bin Stellvertreter des Ressort Soziales und habe dies auch nicht gemerkt. Der Budgetprozess beginnt halt viel früher und das Budget geht nach Abschluss in Druck. Der Betrag wird nicht ausgegeben, wenn wir ihn nicht ausgeben müssen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin mit der Antwort überhaupt nicht zufrieden. Nach den Abstimmungen der beiden Vorlagen war man auch im Stand, das Budget im Nachhinein noch abzuändern. So hätte man auch diese Fr. 25'000 aus dem Budget nehmen können. Dies ist unbestritten. Seit mindestens 4 Wochen war dies dem Gemeinderat bekannt. Sie hätten die Pflicht gehabt, dies dem Einwohnerrat heute Abend mitzuteilen. Dies ist unseriös.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Seite 82

620.314.01 Verkehr / Gemeindestrassen / Strassenunterhalt durch Dritte

Meier Maja, Freis Wohle: Laut Road Consult sind unsere Strassen in einem guten Zustand. Ich schlage deshalb vor, dass wir den Betrag von Fr. 315'000 um die Hälfte auf Fr. 160'000 reduzieren. Ich bin überzeugt, dass man dies verantworten kann, sogar für die nächsten paar Jahre. Unsere Strassen können trotzdem gefahrenlos befahren werden. Weiter bin ich überzeugt, dass deswegen keine zusätzlichen Kosten oder Folgekosten entstehen. Laut Zeitungsbericht können kleinere Reparaturen auch durch unser Bauamt ausgeführt werden, was meines Wissens bereits der Fall ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es wird uns verschiedentlich der Vorwurf gemacht, wir würden zuwenig planen. Ich verstehe den Antrag von Maja Meier absolut nicht. Man hat eine saubere Analyse vorliegen – diese wollte der Gemeinderat übrigens vor ein paar Jahren schon erstellen lassen, was der Einwohnerrat vereitelt hat. Wir haben nun eine tolle Auswertung mit klaren Angaben. Wollen wir den Standard aufrecht erhalten, müssen wir durchschnittlich mit rund Fr. 480'000 rechnen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ein weiteres Beispiel, das einen Bericht und Antrag verlangt. Ich kenne den Bericht nicht, vertraue aber darauf. Wenn man Strassen über mehrere Jahre saniert, gehört ein Bericht und Antrag hin. Die Salomitaktik genügt nicht. Das gleiche ist auf Seite 90 mit der Zonenplanung. Rebberg: dasselbe. Eine saubere finanzielle Abwicklung solcher langjährigen Projekte über die ganze Gemeinde heisst Bericht und Antrag. Am Ende der ganzen Kette steht eine Abrechnung über den Kredit.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist eine völlig falsche und unwirtschaftliche Überlegung von Herrn Gallati. Bei jedem Haus oder jeder Liegenschaft muss man Unterhalt betreiben, man muss diesen permanent betreiben. Entscheidend ist, dass man ein Konzept hat, dass man weiss, wie der Zustand ist und wie man vorgehen will. Hier will der Gemeinderat Ordnung schaffen. Helfen Sie uns, dies nicht zu verkomplizieren, sondern diese Arbeiten, die die Bauverwaltung sauber vorbereitet und ausführt, machen zu können. Lehnen Sie den Antrag ab.

Abstimmung (1 Person abwesend)

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 83

620.427 Verkehr / Gemeindestrassen / Parkplatzgebühren, Parkingmeterertrag

Meier Maja, Freis Wohle: Das Parkgebührenkonzept wurde vom Volk abgelehnt. Wir wissen auch warum. Freis Wohle/EVP hat bereits bei der Behandlung des Geschäftes im Einwohnerrat darauf hingewiesen, dass es massiv überladen ist. Wir sind überzeugt, dass das Konzept, wie es von der CVP in der Motion gefordert wird, vom Volk akzeptiert worden wäre. Gedenkt der Gemeinderat, eine abgespeckte Version zu erarbeiten und z.B. eine Arbeitsgruppe einzusetzen? Wenn Ja, wann? Wenn Nein, warum nicht?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat sich eine Denkpause auferlegt, welche bis mindestens Ende Jahr dauern wird. Danach werden wir dieses Geschäft wieder aufgleisen. Wir haben in einer ersten Stellungnahme und ersten Auslegeordnung gesagt, dass wir vorläufig auf diese beiden Gebühren verzichten werden. Bis Ende Jahr dauert die Denkpause und es wird keine Entscheidung getroffen. Wir haben weder eine Arbeitsgruppe gebildet, noch haben wir sonst etwas in dieser Beziehung gemacht.

Zu allen diesen Gebühren möchte ich noch folgendes sagen: Ich bitte Sie, die zusätzlichen Blätter zum Voranschlag zu beachten, welche der Gemeinderat verschickt hat. Konkret geht es um 620 und 720/721. Dies ist der neue Antrag des Gemeinderates betreffend Voranschlag.

Seite 87

740.318.01 Umwelt, Raumordnung / Friedhof, Bestattung / Friedhofbesorgung und Orgeldienst

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Darin enthalten sind Fr. 90'000 für Friedhofunterhalt Friedhofgärtner (Vertragsanpassung). In der letzten Rechnung waren es Fr. 66'000. Weshalb ist dies nun so viel höher?

Becker Doris, Gemeinderätin: Das ist eine berechtigte Frage. Dies ist eine massive Erhöhung. Der Friedhof Wohlen ist sehr naturnah gestaltet. Es gibt viele Bäume, die Laub und Nadeln verlieren. Ein Teil des Unterhaltes wird durch das Bauamt geleistet, der andere durch den Friedhofgärtner. Gerade dieser Teil des Friedhofgärtners ist sehr arbeitsintensiv; dies war bis jetzt schon so. Wir haben dies neu überdenkt und zwar deshalb, weil es offenbar so ist, dass sich ein grosser Teil der Bevölkerung einen regelmässigeren Unterhalt wünscht. Wir haben Reklamationen gehabt, auch in den vergangenen Jahren. Wir sind der Meinung, dass man mehr verlangen kann, wenn die Höhe der Entschädigung angepasst wird. Wir haben dies aber nicht einfach so gemacht. Der Gemeinderat hat sich entschieden, dass der Schweizerische Gärtnerunternehmerverband eine unabhängige Schätzung machen soll. Man hat im Voraus den Leistungsumfang definiert, auch die Regelmässigkeit der Arbeiten. Es resultierte daraus eine Zahl, welche weit über derjenigen liegt, die nun im Budget vorgesehen ist. Man hat sich in der Mitte gefunden. Es handelt sich nun um eine faire Entschädigung, auch gegenüber des Friedhofgärtners. Man kann klar sagen, dass die Gemeinde Wohlen in Zukunft einen tadellosen Unterhalt erwartet.

790.362 Umwelt, Raumordnung / Raumordnung / Beitrag an Regionalplanung

Gallati Jean-Pierre, SVP: Neu sind Fr. 28'400 vorgesehen, bisher jeweils Fr. 14'000. Wir beantragen die Belassung bei Fr. 14'000. Kürzbegründung: 1. Die Repla braucht es aus unserer Sicht nicht. Wir meinen es nicht wegen des Repla-Präsidenten. 2. Wir meinen, dass die vorgesehenen Aufgabenausweitung auf die Replas, welche völlig sachfremde Gebiete betrifft, völlig überflüssig ist und nichts bringt.

Antrag: Konto 790.362 sei von Fr. 28'400 auf Fr. 14'000 zu kürzen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Der zusätzliche Fr. 1.00/Einwohner betrifft das Pflegegesetz. Es hat eine Auslegeordnung „Langzeitpflege und Betreuung“ gegeben (Umfrage und Auswertung), welche die drei Replas Mutschellen-Reusstal-Kelleramt, Rohrdorferberg-Reusstal und Unteres Bünztal zusammen veranlasst haben. U.a. dabei die freisinnige Ständerätin Christine Egerszegi (Präsidentin), Karl Schneider, Oberwil-Lieli, Thomas Peterhans, Direktor Reusspark. Weshalb machen wir dies? Herr Gallati hat Recht: es ist eine artfremde Arbeit. Aber wissen Sie wieso? Weil das Departement des SVP-Regierungsrates Ernst Hasler den Gemeinden in diesem Fall nicht die Unterstützung gibt, die sie bräuchten. Im beschlossenen Pflegegesetz geht es darum, dass die Gemeinden zuständig sind für die Planung und Sicherstellung von bedarfgerichtetem und qualitativ gutem Angebot von Langzeitpflege. Es gibt eine Verordnung dazu, worin es heisst: „Die Gemeinden sorgen für die Erstellung der Planung bis spätestens 2 Jahre nach Genehmigung der Pflegeheimkonzeption durch den Regierungsrat.“ Dies ist genau das, was wir machen. Die vorher erwähnten Personen und ich hatten eine Besprechung mit Regierungsrat Hasler. Wir waren enttäuscht, dass wir nicht mehr Hilfe angeboten erhielten. Es ist eine Pionierarbeit, die aus einer Not heraus gemacht wird. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab. Es geht darum, wie wir die Zukunft der alten Menschen ausrichten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es ist sehr einfach, die Schuld dem SVP-Regierungsrat Hasler in die Schuhe zu schieben. Tatsache ist, dass das neue Gesetz überhaupt keine Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen und die anderen Gemeinden hat in diesem Zusammenhang. Ich zitiere aus einer E-Mail von Adrian Schmitter, Generalsekretär dieses Departementes: „Wir können uns keinen direkten Zusammenhang zwischen dem steigenden Aufwand und dem Pflegegesetz vorstellen. Mit dem NFA haben sich bereits 2002 Verschiebungen ergeben, welche aber keinen direkten Zusammenhang mit unserem Departement haben und schon gar nicht ein aktueller Anlass für Kostensteigerungen sind. Im Bereich Spitex gibt es gewisse Kosten für die Gemeinden, welche aber durch den NFA ausgeglichen werden.“ Glauben Sie es einfach nicht. Lassen Sie die Repla die jeweiligen Aufgaben lösen, die im Kerngebiet der Repla sind. Ich sage nicht, die Repla mache ihre Sache schlecht. Sie soll machen, was sie zu machen hat, und die anderen Sachen sollen diejenigen machen, die es können.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich muss mich nochmals wehren. Dies hat nichts damit zu tun. Es war eine grosse Veranstaltung im Reusspark mit Presseberichten. Alle an den Replas beteiligten Gemeinden waren eingeladen. Fazit war: man ist froh und dankbar, dass diese Arbeit gemacht wird und sich nicht jede Gemeinde mit diesen Problemen herumschlagen muss. Wenn dieser Betrag für nächstes Jahr budgetiert ist, heisst dies nicht, dass er auch für übernächstes Jahr budgetiert werden wird. In allen 3 Replas ist man übereingekommen, den Fr. 1.00 zu verlangen. Ich kann Ihnen sagen, dass bei einem Benchmark der Beitrag von Fr. 1.00/Einwohner am Ende der Liste erscheinen würde.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 88

750.314.02 Umwelt, Raumordnung / Gewässerverbauungen / Baulicher Unterhalt durch Dritte, ausserordentlich 750.480 Umwelt, Raumordnung / Gewässerverbauungen / Entnahme aus Erneuerungsfonds-Abwasserbeseitigung (1.2284.90)

Geissmann Armin, FDP: Hier haben wir Ausgaben und Einnahmen. Wohin führt das? Was machen wir damit?

Dubler Walter, Gemeindeammann: Auf Seite 30 sieht man die Erläuterungen zum Konto 750.314.02 Hochwasserschutz. Dies ist für die Dämme Anglikon Rigacker mit Fr. 100'000 sowie Sanierung eingedolter Reservoirbach Fr. 150'000. Gemäss unserem fortschrittlichen Abwasserreglement nehmen wir dies aus der Abwasserkasse.

Seite 92

840.318 Volkswirtschaft / Industrie, Gewerbe, Handel / Marketing Standort Wohlen

Lehmann Sandra, Freis Wohle: In der Rechnung 2007 sind Fr. 1'700 enthalten, jetzt sind Fr. 25'000 budgetiert. Was ist mit diesem Geld geplant? Ist ein Konzept vorhanden?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Nein, es gibt kein Konzept. Wir wissen aber, dass wir betreffend Standortmarketing etwas machen müssen, Aktivitäten anstossen müssen. Wir sind im Nachteil gegenüber anderen Gemeinden. Deshalb haben wir den Betrag auf Fr. 25'000 erhöht. Bis jetzt gibt es kein Konzept.

Seite 92

860.412 Volkswirtschaft / Energie / Konzessionsgebühren IB Wohlen AG

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, die Konzessionsgebühren auf Fr. 350'000 zu erhöhen. In der Vergangenheit war es auch schon möglich, diesen Betrag zu verändern, Verträge und Reglemente hin oder her. Dies sind sehr wichtige und sehr grosse Positionen. Hier kann die IBW unter Beweis stellen, wie grosszügig sie gegenüber der Gemeinde ist. Ich persönlich kenne keinen Vergleich mit anderen Gemeinden, wie viel sie von ihren Stromwerken für das Monopol verlangen. Dies wäre eine schöne Gelegenheit, unsere Rechnung zu entlasten sowie hintendrein mit einer Steuersenkung auszugleichen.

Antrag: Konto 860.412 sei von Fr 176'000 auf Fr. 350'000 zu erhöhen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir sind in einem Vertragsverhältnis zwischen der Einwohnergemeinde und der IB Wohlen AG. Ein Vertrag kann man nicht auf diese Art verändern. Wir stellen den Konzessionsvertrag immer wieder zur Diskussion. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben vorhin gehört, wie unseriös es ist, bei der Bibliothek die Gebühren zu erhöhen

bevor der Bericht und Antrag vorliegt. Das hier ist noch viel schlimmer. Weshalb? Ganz einfach, weil wir es mit einem Vertragspartner zu tun haben.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Juni hat Gemeindeammann Dubler gesagt, man habe im Rechnungsjahr die Konzessionsgebühr erhöht – meines Wissens im 2006. Dafür habe man die Dividende auf null gesetzt, um die Gewinnbesteuerung, Dividendenbesteuerung des Kantons zu umgehen. Diese wurden ganz einfach in einer Nacht- und Nebel-Aktion zwischen der IBW und dem Gemeinderat ohne Bericht und Antrag ausgehandelt. Wir wurden nicht informiert. Jetzt hören wir, was es nicht alles brauche, um dies zu erhöhen zu Gunsten des Steuerzahlers. Bitte unterstützen Sie diesen Antrag!

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat im Rahmen des Vertrages gehandelt. Das, was im Zusammenhang mit der Steueroptimierung vereinbart wurde, war völlig legal im Rahmen des Gesetzes. Ich habe zufälligerweise diese Passage gestern auch gelesen.

Stäger Urs, SVP: Dies wurde bereits von der Finanzkommission her angestossen. Uns wurde gesagt, man müsse den Vertrag ändern. Offenbar wurde nichts mehr gemacht, nicht wahr, Matthias Jauslin?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Auf Gemeindeebene: F. 175'000 kommt aus unserem Strassenreglement. Fr. 1.00/vergrabenem Rohrmeter in ganz Wohlen. Dieser Fr. 1.00 ist im Strassenreglement festgelegt. Warum dazumal die IBW einen anderen Betrag abgegeben hat, möchte ich hier nicht kommentieren. Aber Tatsache ist, dass wir pro Meter Rohr Fr. 1.00 als Konzessionsgebühr erhalten. Auf der anderen Seite haben wir die Dividende gemäss Geschäftsabschluss mit Fr. 800'000 budgetiert. Eine Verschiebung der Dividende Richtung Konzessionsgebühr erachte ich persönlich nicht als optimale Massnahme, weil die neuen Rechnungen uns nicht berechtigen, im Schlepptau der Gebührenanpassungen plötzlich mehr Konzessionsgebühren zu verlangen. Deshalb möchten wir uns an das Strassenreglement halten und schauen, welche Dividendenausschüttung die IBW wirklich machen könnte.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte auch nochmals betonen, dass es keinesfalls um eine vertragliche Konzessionsgebühr geht, sondern um eine Konzessionsgebühr, welche gestützt auf ein Reglement erhoben wird. D.h., wir sind jederzeit berechtigt, diese auch zu erhöhen. Dabei handelt es sich nicht um eine Vereinbarung. Die Stadt Bern hat dies gemacht. Sie hat nun die Konzessionsgebühren um ca. Fr. 2.7 Mio. erhöht. Ich persönlich weiss nicht, welche Strategie (Konzessionsgebühr oder Dividende) sich am Schluss als stichhaltig erweisen wird. Ich stehe dem etwas skeptisch gegenüber. Dies muss man in Zukunft, gerade mit der neuen Genehmigung der Tarife, ansprechen und überprüfen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 93

940.426 Finanzen, Steuern / Kapitalsdienst / Dividende Aktie IB Wohlen AG

Kohli Benno, FDP: Ich stelle den Antrag, dass diese Position von Fr. 800'000 auf Fr. 1.2 Mio. erhöht wird.

Antrag: Das Konto 940.426 sei von Fr. 800'000 auf Fr. 1.2 Mio. zu erhöhen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es wäre schön, wenn wir die Dividende schon im Voraus bestimmen könnten. Als Aktionär können wir aber nicht hingehen und von vornherein Zahlen einsetzen, von denen wir nicht wissen, ob sie erwirtschaftet werden können. Fr. 800'000 haben wir letztes Jahr erhalten. Der Gemeinderat hat gesagt, diesen Betrag wollen wir im Minimum wieder. Aufgrund des Geschäftsergebnisses, in Bezug natürlich auf die Investitionen, welche die IBW machen will, werden wir den Gewinn beurteilen müssen und über den Dividendenantrag des Verwaltungsrates entscheiden. Diesen Betrag zu erhöhen, beschönigt zwar den Voranschlag. Aber ob es realistisch ist, als Aktionär zum Vorneherein mit einer Dividendenerwartung hierhin zu stehen, dünkt mich nicht ganz richtig und nicht ganz seriös.

Thiébaud Alain, FDP: Ich finde auch, man sollte dies später eruieren. Man sollte von der IBW die Einsicht in ihre Bücher fordern und schauen, was herausgeholt werden kann. Es kann durchaus sein, dass etwas drin liegt. Aber im Moment dies einfach ins Blaue hinaus zu erhöhen, ist nicht meine Art.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag von Benno Kohli voll und ganz. Wenn der Ressortvorsteher Finanzen uns sagt, der Antrag sei unseriös, dann muss ich sagen, die Führung der IBW durch den Gemeinderat ist unseriös. Wenn jemand, egal ob dies das Gemeinwesen, eine Unternehmung oder eine Privatperson ist, eine Aktiengesellschaft zu 100 % besitzt und zu 100 % dominiert, macht er auch Vorgaben, wie die Dividenden- und Ausschüttungspolitik sein muss. Er kann z.B. sagen, er will gar keine Dividende oder Fr. 1 Mio. und dies während mehrerer Jahre. Und wenn der gleiche 100 %-Aktionär noch bis am 01.10.2008 die Kompetenz hatte, die Preise festzulegen, dann muss er uns nicht sagen, wir seien unseriös, wenn wir den Steuerzahler über die Dividende entlasten wollen, nachdem schon die Entlastung über die Konzession abgelehnt wurde. Diesen Vorwurf muss ich im Namen aller, die für diesen Antrag sind, zurückweisen. Die Unseriosität liegt woanders.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Einnahmen weniger Ausgaben gibt den Gewinn. Sie wollen mehr Gewinn und wollen tiefere Strompreise. Ihre Rechnung geht nicht auf. Es ist nicht nachvollziehbar.

Tanner Peter, SVP: Jetzt wollen wir nicht tiefere Strompreise und auch nicht eine höhere Dividende. Wir machen der IBW das Leben schon recht einfach. Ich pflichte Jean-Pierre Gallati bei, es liegt an der Führung des Gemeinderates zu sagen, was erwartet wird.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 104

31.312 Artengliederung / Sachaufwand / Wasser, Energie, Heizungsmaterialien

Meier Maja, Freis Wohle: Es ist erwiesen, dass bei einer Senkung von nur einem Grad Raumtemperatur 6 % Energiekosten eingespart werden können. Ich hätte gerne, dass die Raumtemperatur in sämtlichen öffentlichen Gebäude um 1 bis 2 Grad gesenkt wird. Es kann meiner Meinung nach nicht das Ziel sein, dass Schülerinnen mit ärmellosen T-Shirts in geheizten Schulzimmern sitzen und auch in den Büros kann man während der Heizperiode einen Pulli anziehen. So könnte man Energiekosten massiv senken. Das Problem ist, ich kann keinen Betrag dazu sagen, weil die Heizkosten nicht separat ausgewiesen sind. Kann ich hier auch einfach nur einen Antrag auf die Raumtemperatursenkung um 2 Grad stellen oder braucht es zwingend einen Betrag?

Becker Doris, Gemeinderätin: Bei mir rennt man mit solchen Anträgen offene Türen ein. Dies ist auch im Gemeinderat bekannt. Wir sind Energiestadt und ich habe dies schon immer verfochten. Ich habe mit der Schule gesprochen. Es wurde eigentlich positiv aufgenommen. Ich muss klar sagen, eine Senkung um 1 bis 2 Grad wäre für mich kein Thema. Andere Gemeinden machen dies auch. Es ist etwas schwierig wegen dem Betrag, weil hier alles miteinander aufgeführt ist. Es wird schwierig sein, einen Betrag zu nennen. Aber dass die Bemühungen in diese Richtung gehen, unterstütze ich voll.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir nehmen den Wunsch entgegen. Die Umsetzung beginnt hier. Wir werden auch hier im Casino die Temperaturen auf einem tieferen Niveau halten. Wir nehmen den Wunsch entgegen und leiten ihn weiter.

Meier Maja, Freis Wohle: Die Bemerkung mit dem Casino hätte der Gemeindeammann unterlassen können. Das heisst ja eigentlich, dass er das nicht will, denn dann müsste er hier auch senken. Es gibt viele Räume, da kann man senken. Ich war erst kürzlich in einem Schulzimmer, wo die Mädchen mit Träger-Shirts sassen. Ich sehe nicht ein, weshalb man im Winter mit Träger-Shirts herumlaufen muss.

Becker Doris, Gemeinderätin: Es fällt mir zu diesem Thema noch etwas ein. Dies habe ich auch schon gegenüber der Schule erwähnt. Es gibt ein Pflichtenheft für die Hauswarte. Darin steht, dass man die Schulräume auf 18 Grad, die Turnhallen auf 14 Grad heizen soll. Dies wurde durch das Schulsekretariat verfasst. So weit würde ich nicht gehen, ehrlich gesagt.

Keller Anna, Eusi Lüüt&Grüne: Ich bin gleicher Meinung wie Maja. Nur geht es nicht um die Senkung von 1 bis 2 Grad. Ich denke, es ist angenehm, wenn 20 Grad in Räumen, wo man sitzt, herrscht. Wenn zusätzlich durch Körpertemperatur geheizt wird, kann man tiefer beginnen. Aber ich bin froh, wenn es hier im Casino nicht unter 20 Grad ist.

Seite 104

32 Artengliederung / Passivzinsen

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich habe versucht herauszufinden, wie viel Zinsen die Gemeinde für ihre Schulden bezahlt. Ich weiss nicht, was die „Übrige“ sind. Sind es nun knapp Fr. 3.4 Mio. oder sind es wie im Finanzplan um die Fr. 800'000?

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Passivzinsen, welche die Gemeinde bezahlt, sieht man in der Dienststelle 940, Seite 93. Dort sieht man, dass das Konto 322 Darlehenszinsen knapp Fr. 1.6 Mio. ausweist. Das sind die gesamten Passivzinsen, die wir aufgrund der langfristigen Schulden zu bezahlen haben.

Seite 99

Investitionsrechnung

Kohli Benno, FDP: Ich komme auf meinen Antrag in der Laufenden Rechnung zurück. Der zweite Teil meines Antrages ist, dass das Herzog-Haus vom Verwaltungsvermögen neu ins Finanzvermögen verschoben werden soll. Es macht nur Sinn, es in das Finanzvermögen zu verschieben, um es auch veräussern zu können.

Antrag: Das Herzoghaus soll vom Verwaltungsvermögen neu ins Finanzvermögen verschoben werden.

Jauslin Matthias, FDP: Ich muss die Frage weitergeben an den Finanzverwalter.

Kaufmann Gregor, Finanzverwalter: Meines Wissens befindet sich die Liegenschaft in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Es müsste zuerst eine Umzonung stattfinden.

Kohli Benno, FDP: Den Antrag für die Umzonung werde ich an der nächsten Sitzung der Raum-, Bau- und Verkehrsplanungskommission selbstverständlich eingeben. Aber bis wir einen neuen Zonenplan haben, geht es noch 3 Jahre.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wenn sich die Liegenschaft in der falschen Zone befindet und nicht rechtskräftig umgezont ist, können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Das funktioniert nicht. Ausser man nimmt es als Anregung entgegen und bringt es in die Zonenplankommission ein.

Gfeller Konrad, Präsident: Benno Kohli, wollen Sie es nicht in ein Postulat umwandeln?

Kohli Benno, FDP: Dies geht jetzt nicht. Wenn dies nicht möglich sein soll, gibt es die Möglichkeit einer Teilzonenplanänderung. Ich finde, man sollte schauen, dass es geht.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich möchte nicht belehren. Ich bin einfach der Meinung, wenn die Gemeinde die Absicht hat, aus dieser Parzelle, dieser Liegenschaft einen Pausenplatz zu machen, dann ist es Verwaltungsvermögen. Wenn die Gemeinde die Absicht hat, die Parzelle zu veräußern, darf man es ins Finanzvermögen verschieben, auch dann, wenn es in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen ist. Es stellt sich die Frage nach dem Willen. Der Rat hat vorhin symbolisiert, dass er verkaufen möchte. Aber so sicher bin ich auch nicht. Wenn man dann aber nicht umzont, die Parzelle nicht in eine andere Zone überführt, die auch eine Nutzung für einen Privaten zulässt, macht es wirklich keinen Sinn. Wenn der Rat heute die Übertragung ins Finanzvermögen beschliesst, dann muss er nachher auch die Umzonung beschliessen. Dann macht es Sinn, sonst nicht.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte nochmals daran erinnern, dass das Verwaltungsgebäude der IBW auch in der öffentlichen Zone liegt. Dieses gehört ja jetzt der IBW.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Den Entscheid, welchen Sie heute getroffen haben, ist, dass man das Haus nicht abbrechen soll. Das genügt. Sandra Lehmann hat gesagt, man wolle es im Zusammenhang mit dem Masterplan anschauen. Fechten wir doch nicht solche Kämpfe aus. Lassen Sie es, wie es ist. Wir werden uns dann nochmals darüber unterhalten, ob es abgebrochen oder verkauft werden soll.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Seite 110

Stellenplan

Brunner Franz, CVP: Im Jahr 2006 wurden in den Sozialen Diensten eine zusätzliche Stelle bewilligt. Wie ich gehört habe, wird diese nicht voll ausgelastet. Weshalb?

Spillmann Urs, Leiter Soziale Dienste: Sie haben gehört, der Aussendienst wurde geplant. Dadurch, dass der Kanton gesagt hat, er übernehme dies für das Jahr 2008/2009, planen wir mit dieser Teilstelle von 20 % nachher den Aussendienst übernehmen zu können. Aus diesen Überlegungen haben wir dies noch nicht ausgeschöpft.

Meier Maja, Freis Wohle: Die Mitarbeiter im Stundenlohn sind nun auch ersichtlich. Besten Dank an den Gemeinderat für diese Auflistung. Diese Pensen machen 20 % der bewilligten Stellen aus. Auf diese Stellen hat der Einwohnerrat keinen Einfluss. Diese werden durch den Gemeinderat bewilligt. Meiner Meinung nach eine sehr hohe Zahl. Offenbar sind auch noch Stellen bewilligt, die nicht ausgeschöpft sind. Es stellt sich die Frage, ob es noch weitere bewilligte Stellen gibt, die nicht aufgeführt sind, z.B. Schulleitungssekretariate. Wir wünschen uns, dass die Auflistung der effektiven Stellen auch bei den Budgets gemacht wird. So, wie es in den Jahresrechnungen bereits der Fall ist. Man würde dann auch gleich sehen, woher die Stellen kommen, die z.B. die Bauverwaltung erhalten hat.

Steuerfussdiskussion

Steiner Landert Judith, SVP: Es gibt noch einen Antrag der SVP, den Steuerfuss auf 99 % zu senken. Sie haben gehört, dass etwa Fr. 1 Mio. vom letzten Jahr übrig bleibt.

Perroud Arsène, SP: Unsere Fraktion stellt den Antrag, den Steuerfuss auf 115 % zu erhöhen. Dies, weil wir ehrlich sind. Wir stehen zur schlechten Situation und übernehmen die Verantwortung gegenüber unserer Wählerschaft und der gesamten Wohler Bevölkerung. Auch wenn es ein saurer Apfel ist um reinzubeissen. Wir fordern 115 %.

Abstimmungen

Gegenüberstellung des beantragten Steuerfusses von 99 % (SVP Wohlen) gegen den beantragten Steuerfuss von 115 % (SP Wohlen)

Der Antrag der SVP Wohlen

Der Steuerfuss sei auf 99 % zu senken.

erhält 9 Stimmen.

Der Antrag der SP Wohlen

Der Voranschlag 2009 sei mit einem Steuerfuss von 115 % zu genehmigen.

erhält 13 Stimmen, womit dieser obsiegt.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Wir kommen jetzt zur Entscheidung, bei der der vorgeschlagene Steuerfuss des Gemeinderates über 113 % zur Abstimmung kommt. Ich bitte Sie, dem Vorschlag des Gemeinderates zu folgen. Mit 115 % haben wir auch beim Stimmvolk keine Chance. Dieses Budget würde durch die Bevölkerung, da bin ich fast zu 100 % sicher, abgelehnt. Nur mit 113 % haben wir die Chance, dass das Volk, der Stimmbürger und v.a. der Steuerzahler, hinter diesem Voranschlag stehen kann. Ich bitte Sie dringendst, 113 % zuzustimmen.

Gegenüberstellung Steuerfuss 115 % (Antrag SP) / Steuerfuss 113 % (Antrag Gemeinderat)

Der Antrag der SP Wohlen

Der Voranschlag 2009 sei mit einem Steuerfuss von 115 % zu genehmigen.

erhält 9 Stimmen.

Der gemeinderätliche Antrag

Der Voranschlag 2009 sei mit einem Steuerfuss von 113 % zu genehmigen.

erhält 17 Stimmen, welcher somit obsiegt.

Hauptabstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung des Voranschlages 2009 mit einem Steuerfuss von 113 %

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Gfeller Konrad, Präsident: schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll

Konrad Gfeller, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.